



universität  
wien

# DIPLOMARBEIT

Titel der Diplomarbeit

„Das jemenitische Dilemma –  
Auswirkungen somalischer Piraterie und Flüchtlingsströme auf  
den Jemen, ein Land im Spannungsfeld zwischen  
Stammeskultur und Zentralstaat.“

Verfasser

Daniel Zadra

angestrebter akademischer Grad

Magister der Philosophie (Mag. phil.)

Wien, im August 2009

Studienkennzahl lt. Studienblatt: A – 300

Studienrichtung lt. Studienblatt: Politikwissenschaft

Betreuer: Ao. Univ. Prof. Dr. Otmar Höll



## Inhaltsverzeichnis

<b>1. EINFÜHRUNG</b> .....	<b>7</b>
1.1. EINLEITUNG.....	7
1.2. GANG DER ARGUMENTATION.....	9
1.3. FRAGESTELLUNG.....	11
1.3.1. KONFLIKT IN SOMALIA.....	11
1.3.2. AUSWIRKUNGEN.....	13
<b>2. THEORIE</b> .....	<b>15</b>
2.1. EINFÜHRUNG.....	15
2.2. DER KONKRETE THEORIENMIX.....	18
2.2.1. INTERDEPENDENZTHEORIE.....	18
2.2.2. KOMPLEXE INTERDEPENDENZEN VS. REALISMUS.....	21
2.2.3. REGIMETHEORIE.....	22
2.3. ZUSAMMENFASSUNG:.....	24
<b>3. METHODIK</b> .....	<b>25</b>
3.1. DATENSAMMLUNG.....	25
3.2. DATENSTRUKTURIERUNG UND BEARBEITUNG.....	27
<b>4. DIE REPUBLIK JEMEN</b> .....	<b>29</b>
4.1. BASISDATEN.....	29
4.2. GESCHICHTE DES MODERNEN JEMENS.....	31
4.3. DER STAMM – QUELLE DER JEMENTISCHEN IDENTITÄT.....	32
4.4. JEMEN: MODERNE REPUBLIK, „FAILED STATE“ ODER „PARTLY FREE“?.....	34
4.5. JEMEN – EIN ALTERNATIVER EINTEILUNGSVERSUCH.....	36
4.6. BEDEUTUNG FÜR DIE ANALYSE.....	41
<b>5. PIRATERIE UND MARITIMER TERRORISMUS</b> .....	<b>43</b>
5.1. EINLEITUNG.....	43
5.2. DEFINITIONEN.....	44
5.2.1. DEFINITION NACH INTERNATIONALEM RECHT.....	44
5.2.2. DEFINITION VON MARITIMEN TERRORISMUS.....	46
5.2.3. DEFINITION DES INTERNATIONAL MARITIME BUREAU (IMB).....	47

5.2.4.	VERSUCH EINER DYNAMISCHEN DEFINITION.....	47
<b>5.3.</b>	<b>PIRATERIE IM GOLF VON ADEN.....</b>	<b>50</b>
5.3.1.	ENTSTEHUNG DER SOMALISCHEN PIRATERIE .....	51
5.3.2.	DERZEITIGE SITUATION .....	53
5.3.3.	NEUE ENTWICKLUNGEN DER SOMALISCHEN PIRATERIE – EINE IDEOLOGISIERUNG.....	55
<b>5.4.</b>	<b>INTERNATIONALE ANTWORT AUF DIE PIRATERIE.....</b>	<b>57</b>
5.4.1.	DIE ANTWORT DER VEREINTEN NATIONEN.....	57
5.4.2.	DIE ANTWORT DER MILITÄRMÄCHTE: EU-OPERATION ATALANTA, COMBINED TASK FORCE 150 & 151 UND ANDERE OPERATIONEN .....	58
<b>5.5.</b>	<b>AUSWIRKUNGEN AUF DIE REPUBLIK JEMEN.....</b>	<b>60</b>
5.5.1.	„SENSITIVITY“ - DIMENSION: .....	60
5.5.2.	„VULNERABILITY“ - DIMENSION.....	69
<b>5.6.</b>	<b>HANDLUNGSOPTIONEN DER REPUBLIK JEMEN .....</b>	<b>70</b>
5.6.1.	REALISMUS PUR - EIN MILITÄRISCHER ALLEINGANG DER REPUBLIK JEMEN.....	70
5.6.2.	„OUTSOURCING“ – EINE TEILPRIVATISIERUNG DES GEWALTMONOPOLS .....	72
5.6.3.	REGIMEBILDUNG – BILATERALE, REGIONALE UND INTERNATIONALE KOOPERATION .....	76
<b>5.7.</b>	<b>ABSCHLIEßENDE BEMERKUNGEN .....</b>	<b>83</b>
<b>6.</b>	<b><u>DIE MIGRATIONSBEWEGUNG AM GOLF VON ADEN.....</u></b>	<b>86</b>
<b>6.1.</b>	<b>BEGRIFFE.....</b>	<b>86</b>
6.1.1.	FLÜCHTLING .....	86
6.1.2.	MIGRATION .....	87
<b>6.2.</b>	<b>TRADITION DER MIGRATION/EMIGRATION .....</b>	<b>87</b>
<b>6.3.</b>	<b>JEMEN ALS AUFNAHMELAND .....</b>	<b>88</b>
<b>6.4.</b>	<b>DERZEITIGE MIGRATIONSBEWEGUNG .....</b>	<b>89</b>
<b>6.5.</b>	<b>EINWANDERUNGSPOLITIK IM JEMEN.....</b>	<b>90</b>
<b>6.6.</b>	<b>ANALYSE .....</b>	<b>91</b>
6.6.1.	AUSBREITUNG VON KONFLIKTEN .....	93
6.6.2.	VERÄNDERUNG DER ETHNISCHEN ZUSAMMENSETZUNG .....	93
6.6.3.	EXKURS: AUSWIRKUNGEN AUF DEN JEMENITISCHEN „HEIRATSMARKT“ .....	95
6.6.4.	ÖKONOMISCHE SITUATION: .....	96
6.6.5.	IMPORT VON GEWALTBEREITEN KÄMPFERN UND GEWALTTÄTIGEN IDEOLOGIEN.....	98
<b>6.7.</b>	<b>PIRATERIE UND MENSCHENSCHMUGGEL – EIN DOPPELTES GESCHÄFT? .....</b>	<b>99</b>
<b>6.8.</b>	<b>HANDLUNGSOPTIONEN DER REPUBLIK JEMEN .....</b>	<b>100</b>
6.8.1.	BEIBEHALTUNG DER BISHERIGEN EINWANDERUNGSPOLITIK .....	100
6.8.2.	VERSCHÄRFUNG DER VORGEHENSWEISE.....	101
6.8.3.	INTERNATIONALE ZUSAMMENARBEIT – ABRÜCKEN VOM JEMENITISCHEN SYSTEM .....	102

<b>6.9. ABSCHLIEßENDE BEMERKUNGEN:</b> .....	<b>103</b>
<b>7. <u>CONCLUSIO:</u></b> .....	<b>104</b>
<b>8. <u>LITERATURVERZEICHNIS:</u></b> .....	<b>113</b>
<b><u>ANHANG:</u></b> .....	<b>126</b>
<b><u>ABKÜRZUNGSVERZEICHNIS:</u></b> .....	<b>126</b>



# 1. Einführung

## 1.1. Einleitung

Die Idee für diese Arbeit ist in Ma'rib<sup>1</sup> entstanden. Eine mehrwöchige Reise durch den Jemen im Jahre 2007 hat mich sehr beeindruckt und ich erhielt Einblicke in eine mir bisher sehr fremde Kultur und eine andere Form des politischen Systems.

Durch diese Reise geprägt, habe ich begonnen, regelmäßig englischsprachige jemenitische Zeitungen<sup>2</sup> zu lesen und habe dadurch einen Einblick in die lokale Berichterstattung erhalten.

Nach einiger Zeit ist mir eine Häufung von Berichten, die die Situation in Somalia thematisierten, aufgefallen. In diesem Zusammenhang bin ich auch auf Artikel, die sich mit der aufkeimenden Piraterie am Golf von Aden auseinandersetzten, gestoßen. Dies war zu einer Zeit, als westliche Medien das Phänomen der neuen somalischen Piraterie noch kaum behandelten. Doch schon kurz darauf, Ende 2008 und Anfang 2009, waren „unsere“ Medien voll mit Berichten über die Situation rund um das Horn von Afrika.

Die westliche Berichterstattung stellte sich für mich aber oft als äußerst oberflächlich heraus und wichtige Punkte wurden nur am Rande oder gar nicht angesprochen. Die Auswirkungen des Konflikts auf die anderen Anrainerstaaten des Golfs von Aden wurden dabei gar nicht thematisiert und auch die humanitäre Katastrophe, die durch die verzweifelte Flucht von tausenden SomalierInnen in der Region entsteht, wurde meist ausgeklammert. Die westliche „Medienindustrie“ konzentrierte sich ganz auf die Inszenierung der neuen „Freibeuter“ und deren Bedrohung für die zivile Schifffahrt.

Auch die Antwort der internationalen Militärmächte passte ganz in diese Dramaturgie. Auf den Meeresflächen zwischen Rotem Meer und Indischem Ozean kreuzt inzwischen eine Armada von Kriegsschiffen aus verschiedensten Ländern. Die internationale Präsenz wird dabei von den Anrainerstaaten durchaus kritisch betrachtet und als potentielle Bedrohung wahrgenommen.

---

<sup>1</sup> Ma'rib ist die Hauptstadt der gleichnamigen Provinz in Jemen und befindet sich ca. 100 km östlich von Sana'a. Ma'rib gilt als die Hauptstadt des Reichs von Saba und besitzt mit dem Awam Tempel ein beeindruckendes Relikt aus dieser Zeit.

<sup>2</sup> Online erscheinen drei jemenitische Zeitungen – „Yemen Times“, „Yemen observer“ und „Yemen Post – in verschiedenen Abständen in englischer Sprache.

Doch es sind nicht nur somalische Piraten, Handelsschiffe, Tanker und Kriegsschiffe, die den Golf von Aden zu einer der am meist befahrenen Wasserstraßen dieser Erde machen, sondern auch die kleinen, mit somalischen Flüchtlingen überfüllten Boote, auf dem Weg in eine vermeintlich bessere Zukunft. Im Jahr 2008 erreichten auf diesem Weg über 50.000 Neuankömmlinge die jemenitische Küste, viele bezahlten die Überfahrt mit ihrem Leben (Vgl. United States Committee for Refugees 2009, 1).

Ich versuche mich in dieser Arbeit mit den aufgeworfenen Themen kritisch auseinanderzusetzen und werde mich insbesondere auf die Folgen des anhaltenden Konflikts in Somalia auf die Republik Jemen konzentrieren. Hauptaugenmerk werde ich dabei auf die zwei Themenbereiche „Piraterie“ und „Migration“ legen und deren Auswirkungen und Gefahren für das jemenitische System analysieren.

Diese Themen liegen derzeit noch nicht im politikwissenschaftlichen „Mainstream“ und dementsprechend überschaubar ist die bisher vorhandene wissenschaftliche Literatur. Ich sehe dies jedoch nicht als Nachteil, sondern im Gegenteil, als Ansporn und hoffe mit dieser Arbeit das Bewusstsein für die Wichtigkeit der Thematik zu erhöhen. Ich habe mich sehr darum bemüht, alle meine Argumente nachvollziehbar darzustellen. Die Suche nach verwertbarem Material stellte sich als durchaus schwierig dar und die Recherchearbeiten nahmen einen wesentlichen Teil der Arbeitszeit ein<sup>3</sup>. Für meine Arbeit habe ich mir zum Ziel gesetzt, möglichst ohne vorgefertigte Ansichten und „Bias“ das vorhandene Material zu sichten und zu bearbeiten. Dabei habe ich besonderen Wert darauf gelegt, sowohl „westliche“ Literatur, UN-Dokumente, als auch jemenitische und vereinzelt sogar somalische Literatur in die Analyse einzubeziehen.

Ich glaube, dass in Zukunft die Republik Jemen mehr Raum in unserer Wahrnehmung einnehmen wird. Dabei befürchte ich, dass es weiterhin kaum positive Schlagzeilen sein werden, die uns aus Jemen erreichen. Nicht zuletzt die Ermordung von drei Ausländerinnen,

---

<sup>3</sup> Die Republik Jemen ist sehr in sich geschlossen, es gibt kaum wissenschaftliche Einrichtungen und die Datenlage ist sehr beschränkt. Dadurch wird die Recherche sehr erschwert. Diese Situation zeigte sich auch im Zusammenhang mit den Verbrechen rund um die im Juni 2009 getöteten Deutschen. Hier konnte selbst das deutsche Außenamt, drei Tage nach Bekanntwerden des Verbrechens, keine gesicherten Informationen vorweisen. Dies zeigt, wie schwierig es selbst für staatliche Institutionen ist, verwertbare Informationen zu Ereignissen im Jemen zu erhalten. Für mich als Student war dies noch schwieriger, daher möchte ich in diesem Zusammenhang all jenen danken, die mich bei meinen Recherchetätigkeiten unterstützt haben.



darunter zwei Deutsche im Juni 2009, und der Verdacht, dass das Land al-Qaeda-Terroristen als Rückzugsgebiet dienen soll, zeigen, wie ernst die Lage ist.

Gilles de Kerchove, Koordinator für Terrorismusbekämpfung der Europäischen Union, warnt in diesem Zusammenhang: „It's a state that really needs to be assisted. It is confronted with many challenges and we have to avoid Yemen becoming another safe haven or another Afghanistan.“ (Lowe 2009, 1)

## **1.2. Gang der Argumentation**

Die vorliegende Arbeit gliedert sich in fünf Hauptkapitel, welche sich wiederum in verschiedene Unterkapitel teilen.

Im ersten Kapitel geht es darum, das zu behandelnde Thema den LeserInnen näherzubringen. Ich erkläre darin, welches Ziel diese Arbeit verfolgt, welche Fragen beantwortet und welche bewusst ausgeklammert werden. Weiters wird die Fragestellung genau erläutert und eingeschränkt. Dies stellt jedoch keine abschließende Begriffsarbeit dar. Es werden in allen Teilen der Arbeit immer wieder neue Begrifflichkeiten verwendet und diese sollen auch innerhalb der betreffenden Kapitel beschrieben werden. Dadurch erhoffe ich mir für den/die LeserIn eine bessere Übersicht und auch das umständliche Hin- und Herblättern zwischen Begriffsarbeit und inhaltlichen Kapiteln soll dadurch vermieden werden.

Das zweite und dritte Kapitel setzt sich mit der verwendeten Methodik sowie mit den Theorien, die dieser Arbeit zugrunde gelegt werden, auseinander. Dies dient dazu, den analytischen Bezugsrahmen für die weiteren Untersuchungen festzulegen und die Argumentation nachvollziehbar aufbereiten zu können. Die weiteren Ausführungen werden auf diesem Bezugsrahmen aufbauen und es ist daher für den/die LeserIn empfehlenswert, sich auch mit dem theoretischen Teil zu beschäftigen.

Das nächste Kapitel beschreibt einige, für die Analyse wichtige Aspekte der Republik Jemen. Obwohl ein Österreicher, Eduard Glaser, mit seinen Forschungsreisen im 19. Jahrhundert sehr zur Erforschung des Landes beigetragen hat ist hierzulande der Jemen ein eher unbekanntes Land. Innerhalb dieses Kapitels werde ich einige Bereiche des jemenitischen politische Systems beschreiben und analysieren. Ich werde dabei zunächst auf relevante geschichtliche

Ereignisse eingehen und dann zentrale Elemente des heutigen Jemens beschreiben. Oftmals wird der Jemen der Kategorie eines „failed State“, einer versagenden Staatlichkeit, zugeordnet. Ich werde erklären, warum diese Einordnung für mich keinen Erklärungswert hat und werde, eine andere, für mich besser passende theoretische Einordnung vorzuschlagen. Erst durch diese Beschäftigung mit innerjemenitischen Themen wird es möglich, von außen auftretende Auswirkungen und deren Folgen für den Jemen zu verstehen.

Innerhalb des fünften und sechsten Kapitels werden dann die Auswirkungen des Konflikts in Somalia auf die Republik Jemen anhand zweier aktueller Aspekte analysiert und mögliche Handlungsoptionen des Jemens skizziert. Die Argumentation wird auf den bisherigen Ergebnissen aufbauen, ich werde aber auf einige Aspekte des Theorieteiles erneut eingehen.

Dabei wird sich das fünfte Kapitel der Analyse der Folgen der Piraterie und des maritimen Terrorismus für den Jemen widmen. Die Entstehung des Piraterieproblems, die derzeitige Situation und die Antwort der militärischen Mächte sollen dabei ebenso behandelt werden wie auch einige mögliche Handlungsoptionen des Jemens.

Im sechsten Kapitel werde ich ein Thema ansprechen, welches von den westlichen Medien und auch von der internationalen Gemeinschaft sträflich vernachlässigt wird. Die Migrationsbewegung von Somalia nach Jemen entwickelt sich immer mehr zur humanitären Katastrophe und die jemenitischen Behörden und Hilfskräfte sind mit der Situation überfordert und brauchen dringend Unterstützung aus dem Ausland.<sup>4</sup> Dabei wird besonders auf die Folgen der Zuwanderung auf das politische, soziale und wirtschaftliche System eingegangen und es werden wiederum einige Reaktionsmöglichkeiten der Republik Jemen angesprochen. Dabei werde ich aber bewusst nicht auf die Möglichkeit der Hilfe durch das Ausland eingehen, da sich diese in der Vergangenheit auf ein Minimum beschränkt hat und es bisher keine Anzeichen dafür gibt, dass sich etwas grundlegend an dieser Situation ändern könnte.

Das letzte, kürzer gehaltene Kapitel stellt ein Resümee sowie einen Ausblick dar. Hier werde ich auf einige wichtige Punkte der Analyse eingehen und die besprochenen Dinge in einem größeren Rahmen analysiert. Es stellt aber auf keinen Fall eine Zusammenfassung des bisher

---

<sup>4</sup> Dies sieht auch der UN-Flüchtlingshochkommissar, António Guterres, so. In einer Ansprache in Sana'a 2008 wies er darauf hin, dass Jemen alleine die Situation nicht in den Griff bekommen wird und weiter: „it needs more from us, more meaningful solidarity from the international community“. (UNHCR 2008, 1)

Besprochenen dar. Jedes Kapitel ist so untergliedert, dass am Ende des jeweiligen Kapitels bereits ein kurzer Überblick über das Gesagte gegeben wird und daher wäre eine erneute Zusammenfassung reichlich sinnlos.

### **1.3. Fragestellung**

Die leitenden Fragestellungen dieser Arbeit lauten:

„Welche Auswirkungen hat der Konflikt in Somalia auf die Republik Jemen und welche Möglichkeit besitzt Jemen darauf zu reagieren?“

Diese Fragen erscheinen zunächst selbsterklärend zu sein, bei genauerer Betrachtung bedürfen sie jedoch durchaus einer Klärung und es müssen auch einige Einschränkungen vorgenommen werden. Unter den Begriffen „Konflikt in Somalia“ und „Auswirkungen“ kann Vielerlei verstanden werden und daher ist es nötig, die spezifische Verwendung der Begriffe in dieser Arbeit zu klären.

#### **1.3.1. Konflikt in Somalia**

Ich beschäftige mich in dieser Arbeit mit den Auswirkungen eines Konflikts auf ein anderes Land, dessen Folgen in diesem Land und zeige einige Handlungsmöglichkeiten des Landes, um auf den Konflikt zu reagieren, auf. Daher ist es zwar wichtig, um die Besonderheiten und historischen und kulturellen Verknüpfungen überhaupt verstehen zu können, sich mit dem eigentlichen Konflikt auseinanderzusetzen. Dennoch darf nicht übersehen werden, dass der Konflikt nicht direkter Gegenstand der Arbeit ist. Er selbst ist die zentrale Ursache der Auswirkungen auf die Republik Jemen, so ist beispielsweise die nicht existente Staatsgewalt in Somalia sehr begünstigend für die Entstehung der derzeitigen Sicherheitsrisiken am Golf von Aden (Piraterie und maritimer Terrorismus) und die latente Bedrohung der „Zivilbevölkerung“ in Somalia ist eine primäre Fluchtursache („Push-faktor“). Dennoch soll nicht der Konflikt, dessen Entstehung, Ursachen, Akteure und Folgen für Somalia untersucht werden, sondern er wird als gegebene Größe akzeptiert und als Ursache für die Auswirkungen auf Jemen gesehen.

Daher möchte ich in diesem Rahmen auch nur auf einige Aspekte des Konflikts in Somalia verweisen.

Die derzeitige Situation Somalias hat eine lange Vorgeschichte und die Konflikte schwelen bereits seit dem Zusammenschluss von Italienisch- und Britisch-Somaliland im Jahre 1960. Das Regime unter Siad Barre förderte gezielt bestimmte Clans und die „Clanisierung“ der Politik förderte die Fragmentierung der Gesellschaft. Seit dem Sturz von Siad Barre 1991 tobt ein grausamer Bürgerkrieg, der durch zahlreiche Auf und Abs gekennzeichnet ist (Vgl. Terlinden 2008, 1).

Nachbarstaaten, insbesondere Äthiopien und Eritrea, sind genauso in den Konflikt involviert wie die Vereinten Nationen, die USA und seit geraumer Zeit auch international agierende Terroristen.

Und auch Akteure aus Jemen sind direkt in den Konflikt involviert, hier geht es in erster Linie um Waffenschmuggel von Jemen nach Somalia. Die „UN-Monitoring Group concerning Somalia“ hat als Aufgabe die Prüfung und Sammlung von allen Informationen, die mit einer möglichen Verletzung des Waffenembargos, welches gegen Somalia besteht, in Zusammenhang stehen könnten.

In einem Bericht von 2006 zählt die „Monitoring Group“ zahlreiche Informationen auf, die sie erhalten hat, die beweisen, dass sowohl die jemenitische Regierung als auch jemenitische Waffenschmugglernetzwerke, in Umgehung des Waffenembargos, Waffen nach Somalia geliefert haben. Die Regierung Jemens bezog auf die Anschuldigungen Stellung und versicherte, keine Waffenlieferungen in diesem Zeitraum vorgenommen zu haben. Man wolle auch gegen die Waffenschmuggler vorgehen und sei daher an einer Kooperation interessiert:

*„The Government of the Republic of Yemen is making enormous efforts to combat arms-smuggling operations to Somalia and is working hard to finish equipping the coastguard forces recently established to secure its long coastal strip, a project for which additional support is required from the international community.“ (Monitoring Group 2006, 71).*

Der Aufbau und die Kapazitäten der jemenitischen Küstenwache werden auch in mehreren anderen Stellen der Arbeit thematisiert.

Dennoch kann bezweifelt werden, dass die Aussagen der Republik Jemen wirklich der Realität entsprechen. Für mich erscheinen die vorgebrachten Argumente und Beweise der Monitoring Group als durchaus überzeugend (Vgl. Monitoring Group 2006, 28ff.).

An diesem Beispiel zeigt sich, dass der Konflikt in Somalia nicht nur Auswirkungen auf den Jemen hat, sondern auch genauso Akteure aus dem Jemen den Konflikt in Somalia beeinflussen. Dadurch entstehen gegenseitige Abhängigkeiten und Verknüpfungen, diese werden in der Analyse berücksichtigt.

Derzeit findet man in Somalia eine Situation vor, die sehr an den Naturzustand, wie ihn Thomas Hobbes beschreibt, erinnert. Ein „bellum omnia contra omnes“ – der Krieg aller gegen alle, welcher zu Unsicherheiten, Gesetzlosigkeit und wirtschaftlichem Elend führt. Die Lage in Somalia und die Anzahl der involvierten Konfliktparteien ist unübersichtlich und der Konflikt unterliegt einem ständigen und mitunter sehr raschen Wandel. Doch die Situation ist nicht in allen Landesteilen gleich, es gibt Regionen wie beispielsweise Somaliland und auch Teile Puntlands<sup>5</sup>, die weniger stark von Kampfhandlungen betroffen sind.

Derzeit präsentiert sich die Lage in weiten Teilen Somalias aber so, dass seit der Vertreibung der Union islamischer Gerichtshöfe (UIC), durch von Äthiopien geführten Truppen, deren radikaler militärischer Flügel al-Shabaab, der in Somalia verblieben ist, stark an Macht gewinnt und massive Angriffe gegen die Übergangsregierung, die ihren Sitz „noch“ in Mogadischuh hat, startet. Dieser Akteur setzt sich für die Errichtung eines radikal islamischen Gottesstaates in Somalia ein und steht auch im Verdacht mit al-Qaeda zu kooperieren. Die Bevölkerung ist von einer humanitären Katastrophe betroffen und weitgehend auf sich selbst gestellt. Die Arbeit von Hilfsorganisationen in den Krisengebieten ist durch die anhaltenden Kampfhandlungen und gezielte Anschläge auf HelferInnen fast unmöglich geworden.

### **1.3.2. Auswirkungen**

Das zentrale Analyseobjekt stellen die Auswirkungen des Konflikts auf den Jemen dar. Hierunter werden im Rahmen dieser Arbeit alle Folgen, die sich aus der derzeitigen Situation in Somalia für die Republik Jemen ergeben verstanden. Das Feld der möglichen Auswirkungen ist sehr groß und ich werde mich daher gezielt auf zwei Themengebiete beschränken. Die somalische Piraterie und Migration haben in vielen Bereichen des Jemens

---

<sup>5</sup> Somaliland erklärte sich nach dem Sturz Siad Barres einseitig für unabhängig und wird als „de-facto Regime“ bezeichnet. Die Lage in Somaliland ist wesentlich besser als in Restsomalia, aber es gibt auch hier zahlreiche Probleme, wie etwa einen Grenzkonflikt über die Provinzen Sool und Sanaag mit Puntland. Puntland hingegen erklärte sich 1998 zu einem autonomen Teilstaat innerhalb Somalias, Puntland wird auch immer wieder als Hauptbasis der Piraterie genannt.

weitreichende Folgen und daher halte ich eine Beschäftigung mit diesen Themen für sinnvoll. Weiters ist es äußerst interessant, welche unterschiedliche Aufmerksamkeit diese Aspekte in unserer westlichen Berichterstattung geschenkt wird. Während die Piraterie sehr präsent ist, ist die Massenmigration kaum ein Thema. Ich werde mich in dieser Arbeit mit beiden Themenbereichen gleichermaßen beschäftigen und so versuchen aufzuzeigen, wie vielfältig die Auswirkungen des Konflikts in Somalia auf die Republik Jemen sind.

## 2. Theorie

### 2.1. Einführung

„We live in an era of interdependence“. (Keohane/Nye 1977, 3) Dieses aus dem Jahre 1977 stammende Zitat wurde durch die Entwicklung der Weltwirtschaft und der Finanzmärkte in den letzten Jahren erneut eindrucksvoll unter Beweis gestellt. Was im Jahr 2007 als Immobilienkrise in den USA begonnen hat, entwickelte sich in wenigen Monaten zu einer weltweiten Krise, die immer weitere Kreise zieht. Längst sind nicht nur die Finanzzentren von Manhattan oder London City betroffen. Es gibt kaum einen Lebensbereich, der davon verschont geblieben ist. Die Rentensysteme, deren Finanzierbarkeit heute oft unmittelbar an den Anstieg der Aktienkurse gekoppelt ist, ja ganze Staaten (am Beispiel Islands oder Ungarns zu sehen) drohen zu kollabieren. Auch die sogenannten Entwicklungsländer sind längst davon betroffen, Länder, die aufgrund ihrer beschränkten Möglichkeiten, Hilfspakete zu schnüren oder Anpassungen ihrer Politiken vornehmen zu können (dies wird später als „vulnerability“ beschrieben), oftmals sogar stärker darunter leiden als jene Staaten, von denen die Krise ursprünglich ausgegangen ist.

Auch in Sana'a und Mogadischu wirkt sich die Finanzkrise auf das Leben der Menschen unmittelbar aus. Ist in Somalia die rückläufige Höhe der Zahlungen der Diaspora ein wesentliches Problem, so ist es im Jemen der aufgrund der Krise stark gefallene Ölpreis. Über 75% der gesamten Staatseinnahmen des Jemens stammen aus dem Export von Öl und Gas (Vgl. Kopp 2005, 105). Jede Änderung des Preises schlägt sich unmittelbar im Staatshaushalt nieder.

Längst stellen sich vielerorts Kommentatoren die Frage, wie sich Probleme am US-Immobiliensektor zu dem größten Sicherheitsrisiko der USA<sup>6</sup> ja vielleicht sogar der Welt entwickelt haben können. Als Antwort werden vermehrt wechselseitige Abhängigkeiten ins Spiel gebracht. Dabei ist „das Nachdenken über internationale Abhängigkeiten nicht neu. Ihre ideellen Wurzeln liegen bei den Klassikern der Freihandelstheorie und des politischen Liberalismus wie Adam Smith, David Ricardo oder John Stuart Mill“. (Spindler 2003, 89f.)

---

<sup>6</sup> “The primary near-term security concern of the United States (U.S.) is the global economic crisis and its geopolitical implications.” (DNI 2009, 2)

Das Beispiel der derzeitigen Krise zeigt sehr gut, dass die wechselseitigen Abhängigkeiten, die auch als Interdependenzen bezeichnet werden, heute längst nicht mehr auf das Gebiet der Wirtschaft beschränkt sind. Wechselseitige Abhängigkeiten herrschen in nahezu allen Politikfeldern, sei dies im Bereich des Umweltschutzes, der Sozialpolitik oder der Migration.

Aber auch in Fragen der nationalen und internationalen Sicherheit, für Realisten der Bereich der „high politics“, wird die Debatte über Interdependenzen spätestens seit dem 11. September 2001 zunehmend in die Diskussion einbezogen. Was folgte, kann durchaus als sicherheitspolitischer Paradigmenwechsel bezeichnet werden. So wird beispielsweise der lokalen Sicherheitslage in Kabul eine entscheidende Rolle für die Sicherheitsbedrohung der USA beigemessen. In der Sprache der nationalen Sicherheitsstrategie der USA lautet dies: „America is now threatened less by conquering states than we are by failing ones“. (The White House 2002, 1)

Dies deutet darauf hin, dass in den machtpolitischen Zentren der Welt die Nachricht angekommen ist, dass auch im Bereich der Sicherheit sich die Bedrohungsszenarien gewandelt haben. Die Antwort auf diese Erkenntnis, die Invasion der USA in Afghanistan 2001 und Irak 2003, war demgegenüber ganz der traditionellen, realistischen Denkschule verpflichtet. Robert O. Keohane, einer der wichtigsten Vertreter der Interdependenztheorie und später der Regimetheorie, meint in diesem Zusammenhang, dass die Schritte der USA schwerwiegend durch die ideologische Ausrichtung der Personen an der Macht beeinflusst waren. Bei einem anderen Ausgang der Wahlen im Jahre 2002 wäre eine derartige Vorgangsweise – eine Invasion ohne UN-Mandat und nachhaltige Unterstützung durch die traditionellen europäischen Alliierten – wohl kaum vorstellbar gewesen (Vgl. Keohane 2005, xii).

Durch diese Ausführungen wirft sich eine für die Arbeit zentrale Frage auf: Wenn man der Auffassung folgt, dass heute alle Politikfelder von verschiedensten, wechselseitigen Abhängigkeiten beeinflusst werden, macht es dann überhaupt noch Sinn, sich mit der Frage der Auswirkungen eines Konflikts auf einen anderen Staat auseinanderzusetzen?

Für mich lautet die klare Antwort: Ja, es macht durchaus Sinn. Um zu einem zufriedenstellenden Ergebnis gelangen zu können, darf man jedoch die Analyse nicht auf ein reines Input/Output-Modell reduzieren. Man muss sich eines theoretischen Ansatzes



bedienen, der in der Lage ist, Aspekte in die Analyse einzubeziehen, die sich sowohl auf innerstaatlicher, zwischenstaatlicher als auch auf internationaler Ebene abspielen. Eine weitere entscheidende Rolle spielt die Definition des konkreten Akteurbegriffs. Räumt man lediglich Nationalstaaten, wie es der Titel der Arbeit vermuten lässt, die Akteursqualität ein, so beraubt man sich von Beginn an der Möglichkeit einer Analyse einer Reihe von entscheidenden Interaktionen.

Nach eingehender Analyse bin ich daher zu der Entscheidung gelangt, dass diese Arbeit nicht auf einem einzigen theoretischen Konzept aufbauen kann. Zu sehr würde ich mich dadurch einer Analyse wichtiger Aspekte von vornherein verschließen. Würde ich auf einer Denkweise aufbauen die nur dem Realismus verpflichtet ist, so könnte ich dem Handeln wichtiger Akteure, wie beispielsweise International Nongovernmental Organizations (INGOs), private Gewaltakteure oder private Sicherheitsunternehmen, nur einen geringen Stellenwert einräumen. Dennoch können andere Theorien, insbesondere der Realismus, in anderen Teilen durchaus treffende und praxisbezogene Erkenntnisse liefern. Keohane meint dazu „We need to go beyond Realism, not discard it“. (Keohane 2005, 16)

Durch die Möglichkeit, viele Aspekte der wechselseitigen Auswirkungen des Konflikts in Somalia auf die Republik Jemen in meine Analyse mit einbeziehen zu können, hoffe ich, die Realität dieser komplexen Situation zu erfassen. Dies wird erst durch die Kombination verschiedener Theorieansätze möglich. In diesem Zusammenhang erachte ich es weiters für sinnvoll, bei einzelnen Themenkomplexen mich auch mit Aspekten auseinanderzusetzen, die insbesondere durch die aktuelle Debatte um „neue Kriege“ und Kriegsökonomie aufgeworfen wurden.

## **2.2. Der konkrete Theorienmix**

### **2.2.1. Interdependenztheorie**

Wie bereits ausgeführt, gehe ich davon aus, dass Interdependenzen eine entscheidende Rolle in nahezu allen Bereichen der Politik spielen. In weiterer Folge sind auch Ansätze für Problemlösungen vermehrt nur noch auf internationaler Ebene zu finden.

Die beiden US-amerikanischen Politikwissenschaftler Robert O. Keohane und Joseph S. Nye beschäftigten sich bereits in dem 1977 erschienenen Buch „Power and Interdependence - World Politics in Transition“ (kurz „PaI“) eingehend mit der Problematik der wechselseitigen Abhängigkeiten und deren Auswirkungen auf die internationale Politik.

Mit PaI wurde ein Grundstein für die Entwicklung eines neuen Theoriestrangs gelegt, dessen Ziel es ist, die Realität besser erfassen zu können als die bisher vorherrschenden Theorien des Realismus oder Idealismus.

„We shall develop several different but potentially complementary models, or intellectual tools, for grasping the reality of interdependence in contemporary world politics. [...] Contemporary world politics is not a seamless web; it is a tapestry of diverse relationships. In such a world, one model cannot explain all situations. The secret of understanding lies in knowing which approach or combination of approaches to use in analyzing a situation. There will never be a substitute for careful analysis of actual situations“. (Keohane/Nye 1977, 4)

Keohane/Nye grenzen in ihrem Konzept den Begriff der Interdependenzen klar von jenem der Verbundenheit ab. Dies gelingt über das Kriterium der Kosten: Nur dort, wo Interaktionen wechselseitig Kosten verursachen, liegen Interdependenzen vor. Diese müssen aber nicht unbedingt symmetrisch verteilt sein. In den Bereichen, bei denen Interaktionen keine bedeutsamen Kosten verursachen, liegen einfache wechselseitige Verbundenheiten vor (Vgl. Keohane/Nye 1977, 9).

Interdependenzen sind grundsätzlich immer kostspielig, da sie die einzelstaatliche Autonomie beschränken und Anpassungsleistungen erforderlich machen. Hier führen Keohane/Nye zwei Kategorien von Interdependenzen ein: die Dimension der Interdependenz-Empfindlichkeit („sensitivity“) und der Interdependenz-Verwundbarkeit („vulnerability“) (Vgl. Spindler 2003, 96).

„Sensitivity involves degrees of responsiveness within a policy framework – how quickly do changes in one country bring costly changes in another, and how great are the costly effects?“ (Keohane/Nye 1977, 12). Damit sind jene Kosten angesprochen, die entstehen, wenn ein Land von einem anderen Land ausgehenden Veränderungen beeinflusst wird, bevor aktive politische Gegenmaßnahmen oder Abwehrreaktionen gesetzt werden können.

Als zweite Kategorie wird die Interdependenz-Verwundbarkeit angeführt. Sie kann „as an actors liability to suffer costs imposed by external events even after policies have been altered“ (Keohane/Nye 1977, 13) definiert werden. Es geht hierbei also darum, welche Handlungsmöglichkeiten Staaten überhaupt besitzen, um auf von außen auftretende Veränderungen zu reagieren und welche Kosten dadurch entstehen. Im hypothetisch schlimmsten Fall stehen überhaupt keine Möglichkeiten zur Gegenreaktion zur Verfügung oder aber die getroffenen Maßnahmen zeigen keinerlei Wirkung.

Um diese beiden Dimensionen zu veranschaulichen, möchte ich ein Beispiel aus der bereits angesprochenen aktuellen Finanzkrise verwenden: Angenommen, im Staat X bricht der Immobiliensektor zusammen und die Häuserpreise sinken stark, dann kann dies auf den Staat Y direkte Auswirkungen haben und ihm dadurch Kosten verursachen (z.B. Pensionskassen des Staates Y haben sich an Immobilien oder Baufirmen des Staates X beteiligt). Dies wäre die Dimension der Interdependenzen-Empfindlichkeit („sensitivity“), da der Staat direkt und ohne Änderung von Politiken diesen Kosten ausgeliefert ist. Nun wäre es möglich, dass der Staat Y seine Politik im Bereich der Pensionskassen ändert (z.B. staatliche Subventionen, Erlass von bestimmten Kriterien für zukünftige Investitionspolitik der Pensionskassen). Dadurch wird nun eine andere Dimension ins Spiel gebracht: die Ebene der Interdependenz-Verwundbarkeit („vulnerability“). Durch die Gegenmaßnahmen kann es zu einer Erholung der Pensionskassen kommen, es können gleichzeitig aber neue Kosten (z.B. könnte das Staatsbudget negativ beeinflusst oder das Rating des Staates Y gesenkt werden) anfallen. Diese Kosten werden dann unter die Kategorie der „vulnerability“ subsumiert.

Die „vulnerability – interdependence“ beinhaltet dadurch auch eine strategische Dimension, welche der „sensitivity“ fehlt. Deshalb messen Keohane und Nye ihr einen besonderen Stellenwert zu. Dennoch ist die „sensitivity – interdependence“ keinesfalls politisch irrelevant. Schnell ansteigende „sensitivity“ führt oft zu Klagen über Interdependenzen und es entsteht politischer Druck, alternative Politiken zu suchen (Vgl. Keohane/Nye 1977, 16).

Die Konzentration der Interdependenztheorie auf ökonomische Abhängigkeitsstrukturen innerhalb der industrialisierten OECD-Welt hat zu zahlreicher Kritik geführt. Will man die „neuen, zentrifugalen Realitäten einer multipolaren, polyarchaischen und zugleich globalisierten Welt“ (Krosigk 1992, 31) in die Debatte einbeziehen, so wird gefordert, dass Schwellen- und Entwicklungsländer stärker in die Analyse einbezogen werden und die Aufmerksamkeit auf neue Themengebiete und Akteure gerichtet wird (Vgl. Borchard 2004, 374).

In dieser Arbeit soll diese, durchaus berechtigte Kritik beherzigt werden. Nicht die Wirtschaftsbeziehungen zwischen Staaten der „industrialisierten Welt“ sind Objekt der Analyse, sondern stattdessen sollen Interdependenzen zwischen den zwei „Entwicklungsländern“ Somalia und Jemen analysiert werden. Hier stehen auch nicht die Wirtschaftsverflechtungen im Zentrum, sondern Interdependenzen, die aus anderen Politikfeldern wie Migration, internationaler Terrorismus und moderner Piraterie resultieren.

### 2.2.2. Komplexe Interdependenzen vs. Realismus

In weiterer Folge entwickeln Keohane und Nye in PaI einen den realistischen Annahmen entgegengesetzten Idealtypus der Weltpolitik. Dazu werden realistische Ansichten ins Gegenteil verkehrt und es entsteht ein anderes Bild der Weltpolitik (siehe Tab. 1).

**Tab. 1: Realismus und komplexe Interdependenzen im Vergleich<sup>7</sup>**

	Realismus	Komplexe Interdependenzen
<b>Akteure</b>	Staaten sind die einzig wichtigen Akteure in der internationalen Politik. Sie sind in sich geschlossene Einheiten	Staaten sind nicht in sich geschlossene Einheiten, auch nicht die einzig relevanten Akteure in der Weltpolitik. Es herrschen "multiple channels of contact": sowohl auf formeller Ebene (Regierungseliten etc.) als auch auf informeller (zwischen Wissenschaftlern, NGO's und grenzüberschreitend agierenden Konzernen). Sie können in "interstate"- "transgovernmental"- und "transnational"- Beziehungen kategorisiert werden.
<b>Mittel der Zielverwirklichung</b>	Ausübung oder Androhung von Gewalt ist das effektivste Mittel der Politik	Militärische Macht besitzt in durch komplexe Interdependenzen gekennzeichneten Beziehungszusammenhängen nur eine untergeordnete Bedeutung als Mittel der Politik.
<b>Hierarchie der Ziele in der IP</b>	Es gibt eine Hierarchie der Ziele innerhalb der IP. "High Politics": militärische Sicherheit; "low politics": wirtschaftliche oder soziale Fragen	Rangfolge der Ziele in der IP ist nicht hierarchisch geordnet. Es gibt keine Zweiteilung in "high und low politics".

Hierbei handelt es sich in beiden Fällen um idealtypische Annahmen, wie sie in der Realität kaum vorkommen. Dennoch können sie eine zentrale Hilfestellung bei der Analyse von Problemfeldern innerhalb der internationalen Politik bieten. In diesem Zusammenhang ist es wichtig festzuhalten, dass sich meine Arbeit zwischen den „Extrempolen“ bewegt und

<sup>7</sup> Tab. 1: Quellen: eigene Darstellung nach: Keohane/Nye 1977, 23f.; Filzmaier et. al. 2006, 75 und Spindler 2003, 97f

verschiedene Bereiche mit unterschiedlichen Ansatzpunkten bearbeitet werden. Hier ist eine ausreichende und insbesondere auch verständliche Dokumentation entscheidend. Ich werde daher, wenn nötig, innerhalb der einzelnen Kapitel erneut auf die verwendete Theorie hinweisen.

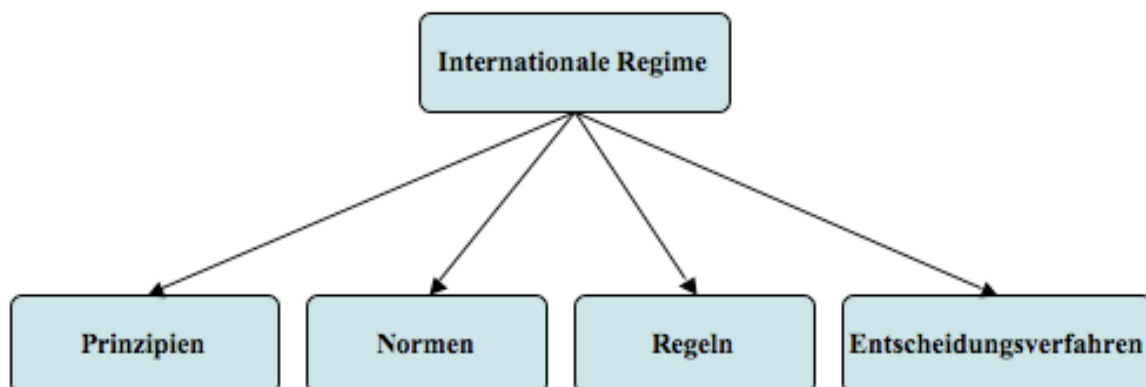
### 2.2.3. Regimetheorie

Eine Weiterentwicklung erlangte die Interdependenztheorie durch Autoren wie Stephan D. Krasner, Kenneth Oye, John G. Ruggie und Robert O. Keohane. Sie alle beschäftigen sich mit der Entwicklung von Regimen und den dafür ausschlaggebenden Gründen.

Die heute gebräuchlichste Definition eines internationalen Regimes hat insbesondere Stephan D. Krasner geprägt. Er versteht darunter:

„Zusammenhänge von impliziten oder expliziten Prinzipien, Normen, Regeln und Entscheidungsverfahren, an denen sich die Erwartungen von Akteuren in einem gegebenen Problemfeld der internationalen Beziehungen ausrichten. Prinzipien umfassen empirische, kausale und normative Grundsätze. Normen sind Verhaltensstandards, die sich in Rechten und Pflichten ausdrücken. Regeln sind spezifische Verhaltensvorschriften und -verbote. Entscheidungsverfahren sind die maßgeblichen Praktiken beim Treffen und bei der Implementierung kollektiver Entscheidungen“ (Krasner 1983, 2).

Abb. 1: Visualisierung - Int. Regime<sup>8</sup>



<sup>8</sup> Abb. 1: Quellen: eigene Darstellung nach Krasner 1983, 2

Aus welchen Gründen schränken Staaten ihre oder zumindest Teile ihrer Handlungsautonomie nach außen ein und akzeptieren den damit einhergehenden Machtverlust zugunsten z.B. internationaler Institutionen?

Keohane erklärt dies durch den von den Staaten antizipierten Effekt internationaler Regime, gemeinsame Interessen durch internationale Kooperation besser verwirklichen zu können (Vgl. Zangl 2003, 127). Es führt aber nicht jedes gemeinsame Interesse schon zu einer Regimebildung, vielmehr hängt ein solches von verschiedensten Bedingungen ab. Keohane behandelt in seinem Buch „After Hegemony“ diese Bedingungen und nennt dabei eine Kosten-Nutzen-Relation und die Beteiligung eines Hegemons als entscheidende Kriterien. Dabei vertritt er aber die Meinung, wie der Titel des Buches schon vermuten lässt, dass es für die Bildung von internationalen Regimen nicht notwendigerweise eines Hegemons bedarf (Vgl. Keohane 2005, 78ff.).

Insbesondere die Interdependenzdichte bestimmt den Nutzen, der den daran beteiligten Staaten aus einem Regime erwachsen kann.

„Je größer die Interdependenzdichte, um so mehr können sie von internationaler Kooperation profitieren und um so mehr kann durch Rückgriff auf ‚Selbsthilfe‘ verloren werden. [...] Das heißt, je höher die Interdependenzdichte ist, um so eher werden die Kosten, die mit der Regimebildung und Regimeerhaltung verbunden sind, durch den Nutzen des Regimes aufgewogen“ (Zangl 2003, 128).

Welchen Nutzen kann die Regimetheorie für die vorliegende Arbeit bringen? Die Regimetheorie kann für die Arbeit entscheidende Ergebnisse liefern, denn bei genauerer Betrachtungsweise stellt sich die Interdependenzdichte zwischen Jemen und Somalia als durchaus bedeutend heraus. Auf einer höheren Ebene betrachtet, zeigt sich, dass gerade das Horn von Afrika ein „hot spot“ der Interdependenzen ist. Hier verlaufen wichtige Schiffrouten, es ist eine militärisch strategisch wichtige Region mit einer wichtigen wirtschaftlichen Bedeutung. Eine internationale Kooperation könnte hier durchaus einen großen Nutzen für Sana´a bringen, denn die Kosten, die durch die derzeitige Situation entstehen, sind beträchtlich.

### **2.3. Zusammenfassung:**

Wie bereits dargestellt, ist es für diese Arbeit notwendig, unterschiedliche Bereiche mit verschiedenen theoretischen Ansätzen zu bearbeiten. Durch diesen Theorienmix soll es gelingen, möglichst viele entscheidende Aspekte in die Analyse mit einzubeziehen, um dadurch der Realität ein Stück näher zu kommen. In den einzelnen Kapiteln werde ich immer wieder auf theoretische Aspekte eingehen, dies hat insbesondere zwei Gründe:

1. Dadurch werde ich dem Vorwurf der Theorienbeliebigkeit entgegenwirken. Die verwendete Theorie wird angesprochen und deren Nutzen für die inhaltliche Bearbeitung besprochen.
2. Die verwendeten Theorien sind für das Gelingen der Arbeit von entscheidender Bedeutung. Die am Golf von Aden herrschende Situation ist überaus komplex und die verwendeten Theorien können und sollen meinen Forschungsprozess anleiten und strukturieren. Um dies zu ermöglichen, habe ich mich auch zu Beginn der Analyse eingehend mit den in Frage kommenden Theorien auseinandergesetzt und eine Vorauswahl getroffen. Diese Auswahl wird dann in den einzelnen Arbeitsschritten spezifiziert.



### **3. Methodik**

Im Zentrum der Arbeit stehen die Auswirkungen des Konflikts in Somalia auf die Republik Jemen. Hier dient der Begriff der Interdependenzen als theoretischer Bezugsrahmen. „Dabei handelt es sich bei „Interdependenzen“ grundsätzlich nicht um eine Theorie, sondern um ein analytisches Konzept (häufig wird auch von „Interdependenz-Analyse“ gesprochen), das in der nachfolgenden Theoriebildung der IB [...] eine Schlüsselposition einnimmt.“ (Spindler 2003, 93)

Wie aber kann man Interdependenzen methodisch erfassen? Für diese Arbeit zeichnete sich, nach einer ersten Sichtung des verfügbaren Materials, rasch ab, dass es keinen methodischen Königsweg geben wird. Eine einzige, streng angewendete Methodik würde zu kurz greifen. Würde man lediglich im quantitativen Paradigma operieren, dann wären zwar Daten zu Piratenüberfällen, internationaler Präsenz im Golf von Aden, UNHCR/NGO-Statistiken zur Migration und Statistiken über Ein/Ausfahrten der jemenitischen Häfen etc. verfügbar. Viele andere Aspekte, wie wichtige Aussagen von PolitikerInnen, ForscherInnen und Interessensvertretungen, könnten allerdings nur eingeschränkt berücksichtigt werden.

Dies zeigt, dass ein optimales Ergebnis nur erreicht werden kann, wenn alle zur Verfügung stehenden Daten und Dokumente in die Analyse einbezogen werden. Darunter verstehe ich sowohl wissenschaftliche und journalistische Texte, aber auch UN/NGO-Dokumente. Weiters habe ich auch auf Videodokumente (z.B. Interviews mit jemenitischen Behörden oder dem Außenminister) zurückgegriffen. Umso wichtiger war es von Beginn an, klare Regeln für die Analyse, die Auswahl und Aggregation der Daten zu formulieren. Dadurch konnte ich eine Struktur entwickeln, die Argumente logisch anordnen, sie kommentieren und letztendlich garantiert eine solche, strukturierte Vorgehensweise eine Überprüfbarkeit der getroffenen Aussagen.

#### **3.1. Datensammlung**

Bereits die Datensammlung und Strukturierung ist ein wichtiger Punkt meiner Methodik. Ausgangspunkte dafür sind einige Grundlagentexte aus verschiedenen Themengebieten. Theoretisches Fundament stellt dabei das bereits mehrfach erwähnte Werk von Keohane und Nye „Power and Interdependence“ und „After Hegemony“ von Keohane dar. Davon

ausgehend beschäftige ich mich mit der dazugehörigen Sekundärliteratur und mit anknüpfenden anderen theoretischen Werken, auch aus anderen Strömungen (wie etwa dem Realismus). Dabei habe ich lehrbuchmäßig mehrere Stadien der Ideenentwicklung und Verwerfung, Strukturierung, Planung, Aufbereitung und Neuorientierung durchlaufen. „Die normale Praxis des wissenschaftlichen Schreibens sieht meist so aus: Sie werden mehrere oder viele Ideen, Strukturpläne, Gedankensammlungen und Gliederungen ent- und verwerfen, bevor Sie einen Text zu schreiben beginnen, der Ihnen in weiten Teilen lange als unfertig erscheinen wird.“ (Stykow/Daase et.al. 2009, 79)

Die Datenmengen begannen sich zu vervielfachen und ich vertiefte mich in einzelne inhaltliche Schwerpunkte. Wie bereits erwähnt, unterstützte mich das Studium von jemenitischen Zeitungen in der Frage der Auswahl der zu untersuchenden Auswirkungen des Konflikts auf den Jemen. Die Berichterstattung im Bezug auf Somalia zeigte einen quantitativen und qualitativen Schwerpunkt hinsichtlich der Themengebiete „Piraterie“ und „Flüchtlinge“. Dies bestätigte mich in meiner Auswahl und erleichterte mir den Zugang zu weiterführender Literatur.

Grundsätzlich stellt das Internet den wichtigsten Ausgangspunkt für die Datensammlung dar, gerade die Aktualität und der Spezialisierungsgrad des Themas macht es unbedingt notwendig, wissenschaftliche Papers, Mitteilungen von NGO's, Blogs, Zeitungsartikel und andere Dokumente zu berücksichtigen. Daneben sind aber auch wissenschaftliche Sammelbände, allen voran das „Lloyd's MIU Handbook of Maritime Security“, juristische Kommentare, Sicherheitsratsresolutionen und internationale Dokumente, wie beispielsweise das Seerechtsübereinkommen oder die „Convention Relating to the Status of Refugees“, zentrale Bestandteile der behandelten Daten und dienten immer wieder als Anker und Anknüpfungspunkt.

Zu dieser Vielzahl an geschriebenen Dokumenten treten aufgrund der vielfältigen Möglichkeiten, die das Internet eröffnet, auch neue Quellen der Dokumentation hinzu. So zählen auch Videos<sup>9</sup> und Statistiken zu meinem Analysematerial. Durch die Berücksichtigung verschiedener Dokumente auch aus anderen Disziplinen (hier seien z.B. die Bereiche:

---

<sup>9</sup>In diesem Zusammenhang möchte ich z.B. auf das Interview mit dem jemenitischen Außenminister und einem Vertreter der jemenitischen Küstenwache abrufbar unter: Yemen struggles to fight piracy, [http://www.youtube.com/watch?v=aH1n\\_Ev3Fm8](http://www.youtube.com/watch?v=aH1n_Ev3Fm8); (Zugriff: 02.05.2009) verweisen.

Wirtschaft, Rechtswissenschaft und Ethnologie genannt) wird auch dem Anspruch nach Interdisziplinarität Genüge getan.

### **3.2. Datenstrukturierung und Bearbeitung**

Die Verschiedenheit der zu analysierenden Daten machte es umso notwendiger, eine präzise Ordnung einzuhalten und bereits bei der Auswahl der Dokumente mit einer Kategorisierung zu beginnen.

Die Dokumente und insbesondere deren Autoren wurden in einem ersten Schritt in verschiedene Kategorien (wie z.B. wissenschaftlicher Text, jemenitische Medien etc.) eingeteilt und in verschiedenen Ordnern (am Computer oder in Mappen) abgelegt. Dies stellt eine Übersichtlichkeit her und auch eine erste, oberflächliche Analyse wird dadurch bewirkt.

Für die weiteren Analyseschritte habe ich mir die von René Descarts entwickelten Denkschritte als Vorbild genommen:

1. Abstraktion – Distanzierung von Alltagsvorstellungen, Vorurteilen, einen Grundzweifel an allen gängigen Voreinstellungen, die zu einem Gegenstand existieren;
2. Analyse – das Auseinandernehmen zusammengesetzter Dinge;
3. Synthese – das Aneinanderfügen der getrennten Dinge, nachdem man sie einzeln betrachtet hat;
4. Synopse – die Zusammenschau der analysierten und wieder aneinandergefügte Teile im Zusammenhang mit anderen Wissensteilen (Vgl. Schlichte 2005, 80).

An die erste Kategorisierung anknüpfend, habe ich die für das Dokument jeweils wichtigsten „Keywords“<sup>10</sup> ausgearbeitet, die ich dann in kurzer und möglichst prägnanter Form in dieser isolierten Form analysiert habe<sup>11</sup>. In der weiteren Folge habe ich die verschiedenen „Keywords“ einzelnen Themenkomplexen zugeordnet und in dann in der zusammengesetzten Form erneut analysiert.

---

<sup>10</sup> Ein Beispiel für ein Keyword ist beispielsweise „window of vulnerability“ für den Text „Piracy at Sea: A 21st Century Threat“ des US-Magazins Homeland Security Today, abrufbar unter: [http://www.hstoday.us/index2.php?option=com\\_content&do\\_pdf=1&id=3717](http://www.hstoday.us/index2.php?option=com_content&do_pdf=1&id=3717); (Zugriff: 25.05.2009).

<sup>11</sup> Hier: Der maritime Bereich wurde vernachlässigt, daher hat sich ein „window“ geöffnet oder nicht geschlossen. Für diese Versäumnisse der Vergangenheit wird nun der Preis bezahlt (Piraterie evt. maritimer Terrorismus).

In einem letzten Schritt habe ich die erzielten Analyseergebnisse mit anderen Wissensteilen gemeinsam betrachtet und den theoretischen Kontext eingebettet. Die Verwendung von „Keywords“ ist sehr an die qualitative Inhaltsanalyse angelehnt, die das Material ebenfalls zerlegt und schrittweise bearbeitet, indem sie die Analyseaspekte in Kategorien erfasst (Vgl. Mayring 2000, 3).

Die Art der Kategorienentwicklung stellt für die qualitative Inhaltsanalyse einen zentralen Punkt dar und so verdient dieser Aspekt auch in der von mir verwendeten Methodik Beachtung.

Die ganze Methodik orientiert sich sehr stark am vorhandenen Material und auch die „Keywords“ und die Themenkategorien werden aus dem Material selbst gebildet. Hier kommt der diesem Prozess vorgeschalteten Auseinandersetzung mit dem Text und dem Autor eine entscheidende Rolle zu. Denn durch die Berücksichtigung der Fragen: Wer hat das Dokument produziert?, wie hat er es produziert? und vor allem warum und mit welchem Ziel? ist es möglich, sich mit dem/der AutorIn auseinanderzusetzen und dadurch die Inhalte besser zu verstehen und analysieren zu können.

Die angewendete Methodik steht dadurch zwischen der qualitativen Inhaltsanalyse und der Hermeneutik. Es werden sowohl abschnittsweise Kategorien respektive „Keywords“ gebildet, aber auch der Ursprung, der Zweck und Intention des Autors sowie die formale Bedingtheit werden in die Analyse einbezogen (Vgl. Sauer 2008, 7). Dadurch soll ein tieferes Verständnis für die Situation und deren Umfeld gebildet werden. Um dies zu erreichen, ist die Beschäftigung mit den Texten nicht als linearer Prozess zu verstehen, sondern dieser vollzieht sich in konzentrischen Kreisen.

Dadurch wird erreicht, dass die einzelnen Analyseergebnisse sich selbst vervollständigen, aber auch Widersprüche aufdecken, die dann einer weiteren Analyse unterzogen werden müssen. Dieser kreislaufförmige Prozess hat theoretisch kein Ende und somit würde die Arbeit auch nie beendet werden. Meine Arbeit stellt daher auch keine abschließende Betrachtung der Thematik dar, sondern fasst meine bisherigen Forschungsergebnisse zusammen und soll das Bewusstsein für die behandelten Themengebiete erhöhen und weitere Personen ermuntern, sich damit auseinanderzusetzen.

## 4. Die Republik Jemen

Der Hauptfokus der Arbeit liegt auf der systematischen Aufarbeitung ausgewählter Einflüsse des Konflikts in Somalia auf die Republik Jemen. Ein weiterer Aspekt stellt das Aufzeigen von möglichen Handlungsoptionen der Republik Jemen dar. Um dieses Ziel zu erreichen, muss man sich zunächst in einem vorgelagerten Schritt mit der Verfasstheit des jemenitischen Staates beschäftigen. Der Zustand und die Einteilung der Republik Jemen stellen westliche WissenschaftlerInnen und LeserInnen vor große Herausforderungen. Ich stelle in dieser Arbeit nicht den Anspruch, das komplexe und dem westlichen Staatsdenken so fremde System des Jemens lückenlos zu erklären. Dennoch sollen einige, für das Gelingen der Arbeit unbedingt notwendige Aspekte des politischen Systems des Jemen besprochen werden. Dadurch wird erkennbar, dass es durchaus Unterschiede macht, ob z.B. neue Flüchtlinge in Industrienationen oder in einer tribal geprägten Gesellschaft ankommen .

### 4.1. Basisdaten

Das Staatsgebiet der Republik Jemen beträgt zusammen mit allen zugehörigen Inseln 536.869 km<sup>2</sup>, das entspricht etwa der Größe von Deutschland, Österreich, Schweiz, Niederlande und Belgien gemeinsam (Vgl. Kopp 2005, 3). Die Einwohnerzahl liegt Schätzungen zufolge derzeit bei ca. 23 Millionen, Tendenz stark steigend, denn der Jemen hat mit einer Bevölkerungswachstumsrate von über 3% jährlich eine der am schnellsten wachsenden Bevölkerungen weltweit (Vgl. ded 2009, 1). Dies führt zu zahlreichen Problemen, die sich auf die Entwicklung des Landes negativ auswirken.

Weiters ist die Bevölkerung keinesfalls gleichmäßig auf alle Landesteile vergeteilt, es gibt Großlandschaften, wie etwa die Rub al-Khali („das leere Viertel“), die kaum bewohnt bzw. überhaupt bewohnbar sind. Daher herrscht in den bevorzugten Siedlungsgebieten und insbesondere in den größeren Städten ein erheblicher Siedlungsdruck. Mit dieser Entwicklung kann der Staat vielerorts nicht schritthalten und so fehlt es oft an einfachsten Infrastruktureinrichtungen, wie etwa befahrbaren Straßen, Schulen, Elektrizitätsversorgung und insbesondere die Wasserversorgung stellt ein erhebliches Problem dar<sup>12</sup>.

---

<sup>12</sup> Jemen besitzt nur sehr beschränkte Wasservorräte und das Trinkwasser wird hauptsächlich durch die Sammlung von Regenwasser und teilweise aus dem Grundwasser bezogen. Durch das starke Bevölkerungswachstum und durch den wasserintensiven Anbau der Qatpflanze, ihre jungen Blätter werden gekaut, wirken leicht berauschend und gehören zum jemenitischen Alltagsleben, wird immer mehr Wasser benötigt. Experten warnen schon seit längerer Zeit davor, dass die Wasserversorgung in Jemen in naher Zukunft nicht mehr gesichert sein wird (Vgl. Ward 2001, 1). Diese Entwicklung birgt ein großes Konfliktpotential in sich und kann die Stabilität des ganzen Landes beeinflussen.

Das Phänomen der zunehmenden Verstädterung hat in Jemen erst in den 1960er-Jahren eingesetzt, dann aber besonders stark. Allen voran die Hauptstadt Sana'a übt einen großen Anreiz für die Landbevölkerung aus und wächst jedes Jahr um 150.000 EinwohnerInnen (was einem Wachstum von ca. 10% pro Jahr gleichkommt), davon sind zwei Drittel Zuwanderer vom Land (Vgl. Kopp 2005, 89 ff.). Daneben siedeln sich aber auch sehr viele neuankommende MigrantInnen aus Afrika in städtischen Gebieten an. So leben alleine im Adener Stadtteil Basateen über 12.500 Flüchtlinge aus Ostafrika (Vgl. UNHCR 2008a, 5).

Die jemenitische Volkswirtschaft ist massiv auf die Einnahmen aus dem Rohöl und neuerdings auch Gasexport angewiesen. So stammen ca. 90% aller Exporterlöse und rund 75% aller Staatseinnahmen aus dem Ölgeschäft, und ein Drittel des gesamten Bruttoinlandsprodukts entfällt auf den Öl- und Gassektor. Insgesamt stammen nur knapp 20% der staatlichen Einnahmen aus Steuereinnahmen (Vgl. Kopp 2005, 105). Obwohl die Öl- und Gasförderung im Vergleich mit anderen Staaten der Arabischen Halbinsel sehr gering ist, ist das Land von diesen Einnahmen sehr stark abhängig und dies lässt eine Einteilung der Republik Jemen in die Kategorie des Rentierstaats<sup>13</sup> zu.

Die Einnahmen aus dem Öl/Gasgeschäft werden vom Staat kontrolliert. Er verteilt das Einkommen innerhalb der Gesellschaft, dies erfüllt eine wichtige Stabilisierungsfunktion und wird von mir später als ein patrimoniales Element des jemenitischen Systems beschrieben. „Somit folgt Wirtschaftspolitik im Jemen nicht den Prämissen einer nachhaltigen ökonomischen Entwicklung, sondern dem Diktat des politischen Machterhalts“. (Albrecht 2006, 74)

---

<sup>13</sup> „Unter einem Rentierstaat (auch Rentenstaat) wird ein Land verstanden, das seine Staatseinnahmen hauptsächlich aus Renten bezieht, d. h. dessen Einnahmen zum größten Teil auf der Grundlage vorhandener Rohstoffe von außen einfließen, ohne dass dem eine nennenswerte Produktions- und Investitionstätigkeit im Inneren gegenübersteht. Auf diese Weise wird ein Rentenstaat weitgehend unabhängig von inländischen Steuereinnahmen.“ (Microsoft Encarta 2009)

## 4.2. Geschichte des modernen Jemens

Es gibt eine Vielzahl von ausgezeichneten Analysen, die sich intensiv mit der Geschichte des Jemens auseinandersetzen. Hier sei der interessierte Leser/die interessierte Leserin insbesondere auf die Bücher von Paul Dresch<sup>14</sup> oder das allgemeiner gehaltene Buch von Horst Kopp „Länderkunde Jemen“ verwiesen.

Auf einige wichtige geschichtliche Aspekte kann und soll aber auch hier nicht verzichtet werden:

Die auch heute noch geläufige Bezeichnung für den Jemen „Arabia Felix – glückliches Arabien“ wurde von den Römern geprägt, geht aber bereits auf die Reiche der Minäer, Sabäer und die Königreiche Quataban und Hadhramaut zurück.

Im 7. Jahrhundert nach Christus wurde das Land islamisiert und ab 901 zu einem selbstständigen Imamats, das 1528 unter die Oberherrschaft des Osmanischen Reiches kam (Harenberg Staatenlexikon 2000, 376). Der Islam spielte für den Jemen eine wesentliche Rolle und ist auch heute tragender Pfeiler der politischen und kulturellen Gesellschaft und Staatsreligion.

In weitere Folge teilte sich das heutige Jemen in einen Nord- und Südteil. Diese Teilung wurde durch die britische Besetzung Adens im Jahr 1839 verfestigt und blieb bis zur Vereinigung zur heutigen Republik Jemen im Jahr 1990 bestehen (Vgl. Mirak-Weißbach 2004, 1).

Die beiden getrennten Landesteile machten eine sehr unterschiedliche weitere Entwicklung durch. Der Norden wurde nach dem Rückzug der Türken vorübergehend zu einer unabhängigen Monarchie, später zu der „Jemenitischen Arabischen Republik“.

Der Südjemen stand zunächst weiter unter der Herrschaft der Briten. Am 30. November 1967 erlangte der Südjemen die Unabhängigkeit von Großbritannien und nannte sich zunächst „Volksrepublik Jemen“ - drei Jahre später wurde der Name „Demokratische Volksrepublik Jemen (DVRJ)“ angenommen. Die interne Lage war von einem Machtkampf dominiert, der 1986 in einem mehrtägigen gewaltsamen Bürgerkrieg mündete. Als Sieger ging die

---

<sup>14</sup> z.B. das im Jahr 2000 erschienene Buch „A History of Modern Yemen“ (Cambridge University Press, 2000) oder „Tribes History and Government in Yemen“ (Oxford University Press, 1994).

sozialistische Nationale Befreiungsfront (NLF) hervor, die fortan die Geschicke des Landes leitete.

Die DVRJ wurde gezielt durch den Ostblock finanziell unterstützt und setzte auf kommunistische Politik. „Gezielt zerstörten die NLF die bestehenden gesellschaftlichen Strukturen, drängten den Einfluß religiöser Eliten zurück und versuchten (mit begrenztem Erfolg), lokales Recht durch zum Teil aus dem sozialistischen Ostblock inspirierten Gesetze zu ersetzen.“ (Ende/Steinbach et al. 2005, 555)

„Das Ende des Kalten Krieges, die weltweite Demokratisierungswelle und Ölfunde im gemeinsamen Grenzgebiet schufen günstige Voraussetzungen für die Vereinigung der beiden Staaten und eine politische und wirtschaftliche Öffnung.“ (ebenda 556)

Im November 1989 wurde in Aden ein Abkommen unterzeichnet, das die Vereinigung der beiden Staaten vorsah. Am 22. Mai 1990 wurde der neue vereinigte Staat „Republik Jemen“ proklamiert. Erster Präsident des vereinigten Jemens wurde der bis heute regierende Ali Abdullah Saleh.

Anhaltende innerstaatliche Konflikte zwischen dem traditioneller geprägten Nordteil und dem sozialistisch geprägten Süden führte 1994 zu einem offenen Bürgerkrieg, der rund 7.000 Tote forderte. Der Krieg konnte von den nordjemenitischen Truppen in nur wenigen Monaten für sich entscheiden werden und der Großteil der politischen Führung des Südjemens flüchtete ins Ausland.

Obwohl die beiden Teile eine sehr unterschiedliche Geschichte und Entwicklung haben, verbindet sie das Element der Stammesherrschaft. Sowohl der Nordteil als auch, wenn auch in einer etwas abgeschwächten Form, der Süden des Landes sind sehr stark durch die Stammeszugehörigkeit und Stammeskultur geprägt.

### **4.3. Der Stamm – Quelle der jemenitischen Identität**

Jeder westliche Besucher, der zum ersten Mal durch den Jemen reist, sei es nun aus touristischen, beruflichen oder wissenschaftlichen Gründen, wird von der Tatsache, dass die zentrale Regierung nur einen Bruchteil der Landesfläche effektiv unter Kontrolle hat, erstaunt sein. Passt dies doch so gar nicht in unsere Vorstellung eines souveränen Staates.



Elham Manea kommt in seiner Analyse über die jemenitische Stammesgesellschaft zum Schluss, dass die Stammeszugehörigkeit und nicht die Staatszugehörigkeit zentrales identifikationsstiftendes Element der jemenitischen nationalen Identität sei (Vgl. Manea 1998, 6f).

Fatima al Asrar geht in ihrer Studie noch einen Schritt weiter und bezeichnet die Stämme als „die informelle Regierung des Jemens“ (Vgl. al Asrar 2006, 9).

Dennoch kommen dem Staat zahlreiche Funktionen zu, die nicht unterschätzt werden dürfen. Manea charakterisiert die Staat-Stamm-Beziehungen durch zwei Elemente: „a tribal perception that separates national identity from the concept of a sovereign state; and an alienation of tribesmen from their tribal leaders who exercise political power in the center.“ (Manea 1998, 7)

Er argumentiert also, dass der Staat und der Stamm in zwei unterschiedlichen Sphären arbeiten. Der Staat im Zentrum der politischen Entscheidungen und der Stamm an der Peripherie.

Auch Iris Glosemeyer kommt in ihrer Arbeit „Jemen: Staatsbildung mit Hindernissen“ zu einem ähnlichen Schluss. Sie argumentiert, dass die Entmachtung der DVRJ-Führung 1994 die Rekonstruktion traditioneller gesellschaftlicher Organisationsformen in den südjemenitischen Gebieten begünstigt hat. Nun sei die „indirekte Herrschaft“ in ganz Jemen wieder auf dem Vormarsch, dadurch perpetuiert sich die Vorrangstellung traditioneller Eliten. Ein direkter Kontakt zwischen Staat und Bürger kann sich so nicht etablieren. Die zwei Sphären der Stammesherrschaft und des souveränen Staates bestehen nebeneinander (Vgl. Glosemeyer 2006, 288).

Dieser Argumentation kann ich sehr viel abgewinnen, kann sie doch helfen, wichtige Phänomene der jemenitischen Kultur zu verstehen, so auch das Thema der Entführungen von AusländerInnen durch Stammesangehörige. Diese stehen immer wieder im Zentrum der medialen Berichterstattung über den Jemen und sind für den Tourismus, ein wichtiger Devisenbringer, äußerst schädlich.

Die Praxis der Entführungen wurde von dem langjährigen Leiter der Friedrich Ebert Stiftung in Sana'a als „die jemenitische Form der Dienstaufsichtsbeschwerde“ bezeichnet (Vgl.

Lieckfeld 2006, 3). Durch Entführungen wird oft versucht, Versprechen (wie etwa den Bau von Brunnen, Straßen und Schulen) von der Zentralregierung einzufordern. Diese Vorgehensweise impliziert eine gewisse Akzeptanz des Staates und auch ein Vertrauen darauf, dass der Staat zumindest prinzipiell in der Lage sei, Wohlfahrts- und Sicherungsfunktionen übernehmen zu können. Dennoch sieht man sich nicht in der Lage mit der Zentralregierung, als Repräsentanten des souveränen Staates, direkt zu kommunizieren und auf Missstände aufmerksam zu machen. Daher wird über den Umweg der Entführung versucht, ein Druckmittel zu erlangen, um in das Zentrum der Macht vorzudringen und dadurch die eigenen Ziele zu erreichen.

Auch im Zusammenhang mit den in dieser Arbeit analysierten Themengebieten „Migration aus Somalia“ und „Piraterie“ spielt dieses Staatsverständnis eine wichtige Rolle.

Die ausgeprägte Stammeskultur birgt beides in sich, stabilisierende wie auch destabilisierende Faktoren. Iris Glosemeyer meint dazu:

„die weit verbreiteten tribalen Strukturen haben allerdings durchaus positive Effekte, obwohl sie den Aufbau des Staates behindern: Sie bieten – lokal und funktional begrenzte – alternative Organisationsformen und tragen darüber hinaus dazu bei, die Macht der Exekutive im Zaum zu halten, übernehmen also Dienstleistungs- und Kontrollfunktionen in Ermangelung effizienter „moderner“ Institutionen.“ (Glosemeyer 2006, 288)

#### **4.4. Jemen: moderne Republik, „failed State“ oder „partly free“?**

Wir wissen nun um die besondere Stellung der Stämme in der jemenitischen Gesellschaft und deren Bedeutung für das politische System Jemens. Wie aber ist nun die Republik Jemen einzuordnen? Auf die Frage gibt es, wie so oft, mehrere Antworten, ich werde die wichtigsten Einteilungsversuche erläutern und in weiteren Folge eine alternative, für mich innovativere Möglichkeit der Einteilung präsentieren.

Die Terroranschläge vom 11. September 2001 haben dazu beigetragen, dass die Debatte um „failed States“ – gescheiterte Staaten ins Zentrum der internationalen Politik aufgerückt ist. Hierunter werden Staaten verstanden, die zentrale Aufgaben einer Staatlichkeit nicht erfüllen können, darunter werden sowohl Sicherungs-, Wohlfahrts- und Herrschaftsfunktionen verstanden. Der in Washington D.C. beheimatete „think tank“ Fund for Peace veröffentlicht

seit 2006 einen Index der „failed States“<sup>15</sup>. Hier werden politische, soziale sowie wirtschaftliche Indikatoren herangezogen, um eine Rangliste anzufertigen. Die Republik Jemen wird in der Kategorie „failed State“ geführt und rangiert an der insgesamt 21. Stelle. Somalia wird hier an erster Stelle gelistet und gilt somit als der Staat, der seine Funktionen weltweit am wenigsten erfüllen kann.

Die Einteilung Jemens als „failed State“ ist zwar durchaus bequem, diese Vorstellung bringt aber auch erhebliche Schwierigkeiten mit sich. Ich gehe in meiner Arbeit von Jemen als souveränem Staat aus, der durchaus in der Lage ist, wenn auch begrenzt, seine Staatlichkeit zu verteidigen. Diese zwei Annahmen würden sich dabei diametral gegenüberstehen.

Diese Form von Einordnung von Staaten ist ganz dem westlichen Konzept eines modernen Staates im Sinne der Weberschen Definition verpflichtet. Im Zentrum steht für Weber hier das Gewaltmonopol „Staat soll ein politischer Anstaltsbetrieb heißen, wenn und insoweit sein Verwaltungsstab erfolgreich das Monopol legitimen physischen Zwangs für die Durchführung der Ordnung in Anspruch nimmt.“ (Weber 1922, 29)

Ulrich Schneckener führt in seiner Analyse „States at Risk“ aus, dass diese Vorgehensweise durchaus gerechtfertigt sei, da es weltweit kaum noch Gesellschaften gibt, die auf der Basis vormoderner (tribaler) Strukturen organisiert sind, die als Anknüpfungspunkte für ein alternatives Modell in Frage kämen (Vgl. Schneckener 2006, 19f.).

Für die Republik Jemen ist dies jedoch nur begrenzt zutreffend. Wie bereits beschrieben, spielen tribale Strukturen eine zentrale Rolle. Dies und die Annahme, dass es zwei Systeme der Staatlichkeit gibt, die in zwei unterschiedlichen Sphären agieren, geht gerade davon aus, dass Jemen ein alternatives Modell darstellt.

Dies soll aber keinesfalls dahingehend ausgelegt werden, dass es sich im Fall Jemens um eine stabile, nur eben alternative Form von Staatlichkeit handelt. Dies trifft nicht zu, es ist aber genauso wenig zutreffend, wenn man Jemen mit der westlichen Definition von Staatlichkeit vergleicht, um dann zum Schluss zu kommen, dass sie erheblich davon abweicht und damit als „failed“ zu klassifizieren ist. Daher schlage ich eine andere, vermittelnde Einteilung für die Republik Jemen vor.

---

<sup>15</sup> Der „Failed State Index“ des Funds for Peace ist unter: <http://tinyurl.com/5sgs6f>; (verkürzter Link hergestellt und Zugriff: 08.06.2009) abrufbar.

Die Begründungen zu der Einteilung des Funds for Peace liefern aber dennoch ganz wesentliche Erkenntnisse und sind in vielen Bereichen sehr zutreffend. Die Republik Jemen steht vor großen Herausforderungen und will sie sich als souveräner Staat etablieren, so muss das Land in vielen Bereichen grundlegende Reformen einleiten. Iris Glosemeyer bringt die Sache auf den Punkt, indem sie schreibt: „Es gibt kaum ererbte, staatliche Strukturen, und der Jemen ist ein typisches Beispiel für jene Staaten, in denen nicht der Verfall, sondern der schleppende Aufbau von Staatlichkeit zur Einordnung in die Kategorie „versagende Staaten“ geführt hat.“ (Glosemeyer 2006, 276)

Weiters soll durch meine alternative Einteilungsversuche keinesfalls von zentralen Missständen, wie beispielsweise Menschenrechtsverletzungen, abgelenkt werden. Hier gibt es einen großen Aufholbedarf, auf den es immer hinzuweisen gilt. Die fundamentalen Menschenrechte sind universal und weder von der Staatsform, noch von der konkreten Ausformung eines politischen Systems abhängig. Dies muss auch die Republik Jemen in allen ihren Politiken berücksichtigen.

#### **4.5. Jemen – ein alternativer Einteilungsversuch**

Gero Erdmann entwickelt in seinen Artikel zur Verfasstheit der Demokratie und Staatlichkeit in Ländern Sub-Sahara-Afrikas ein Modell für die Beschreibung des herrschenden Herrschaftstypus in Form eines Hybridsystems (Vgl. Erdmann 2001, 2).

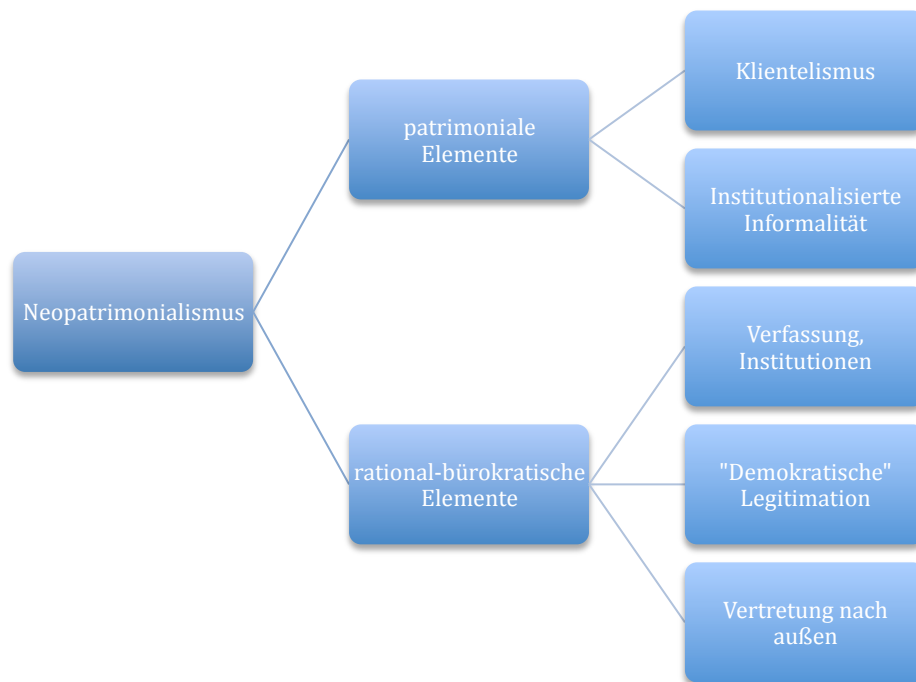
„Der hybride Herrschaftstyp hat mit der Demokratie gemeinsam, dass der Herrschaftszugang und die Herrschaftslegitimation durch freie Wahlen gewährleistet ist. Die übrigen bürgerlichen und politischen Menschenrechte werden indessen nicht immer und gleichbleibend beachtet; Menschenrechtsverletzungen sind häufig, wenn auch nicht in schwerer oder systematischer Weise. Die maßgeblichen Unterscheidungskriterien gegenüber Diktaturen sind, dass in diesen keine freien Wahlen stattfinden, und dass Menschenrechte in systematischer Form fortwährend verletzt werden.“ (ebenda)

Als gemeinsamen systematischen Grund, warum so viele Regime in einem hybriden Stadium verharren sind, nennt Erdmann die Vorherrschaft der neopatrimonialen Herrschaftsformen.

Er definiert Neopatrimonialismus in Anlehnung an Max Webers Definition des Patrimonialismus, der so eine Form von Herrschaft nennt, die sich auf nur dem Herrscher persönlich verantwortliches Verwaltungs- und Militärpersonal stützt.

Der Neopatrimonialismus zeichne sich durch eine Mischung von patrimonialer und rational-bürokratischer Herrschaft, die nebeneinander, teilweise miteinander verwoben vorkommt, aus. Hier herrscht eine (zumindest formal) anerkannte Unterscheidung zwischen Privatem und Öffentlichem. So existieren zwei Systeme nebeneinander: das patrimoniale der persönlichen Beziehungen und das legal-rationale der Bürokratie. De facto existieren sie aber nicht nebeneinander, sondern das patrimoniale dringt in das legal-rationale System ein und deformiert seine Funktionslogik (Vgl. Erdmann 2001, 3ff.).

**Abbildung 1: Hybridsystem**



Ich glaube, dass das Konzept des Neopatrimonialismus, auf den Jemen umgelegt, wichtige Erkenntnisse liefern kann. In Abbildung 1 werden die wichtigsten patrimonialen sowie rational-bürokratischen Elemente abgebildet.

## **Patrimoniale Elemente**

Hierzu zählen insbesondere der Klientelismus und die institutionalisierte Informalität.

### *Klientelismus:*

Darunter wird im Konzept des Neopatrimonialismus die Vermittlung von Dienstleistungen und Ressourcen durch den Patron verstanden.

„Es werden meist nicht private, eigene Dienste oder Ressourcen des Patrons (reziprok) getauscht, sondern der Patron transferiert öffentliche Ressourcen und/oder Dienste. Klientelismus kann an Verwandtschaft anknüpfen, existiert aber auch ohne diesen Bezug; er kann mit traditionellen gesellschaftlichen Beziehungen verbunden sein, ist aber als ein modernes Phänomen zu begreifen.“ (Erdmann 2001, 3ff.)

Dieses Phänomen ist in der heutigen Republik Jemen weit verbreitet und durchdringt alle politischen Bereiche. Auch in westlichen Staaten kommt es in anderer, meist abgeschwächter Form vor. Hier wird es zumeist als Formen von Korruption, Nepotismus, Vetternwirtschaft oder in Österreich auch als Freunderlwirtschaft bezeichnet.

Der Funds for Peace bewertet dies als ein Hauptproblem des jemenitischen Systems: „Corruption is a huge problem at every level and branch of the government. Insider deals and embezzlement are common.“ (Funds for Peace 2009) Und im von Transparency International geführten Korruptionsindex belegt Jemen den 141. Platz (von insgesamt 180 Staaten) (Vgl. Transparency International 2008).

### *Institutionalisierte Informalität:*

Darunter wird verstanden, dass für alle Akteure das staatliche Handeln unberechenbar ist. Es gibt keine Rechtssicherheit und letztendlich hängt alles von der klientelistischen Beziehung ab. Eine Ausnahme trifft den Oberpatron, in Jemen in Form des Staatspräsidenten, er steht an der Spitze des Systems und beeinflusst alles staatliche Handeln.

„Der einzelne Akteur strebt danach, das unsichere System mit unterschiedlichen Mitteln für seine privaten Zwecke kalkulierbar zu machen. Die staatlichen Institutionen können damit nur eingeschränkt ihren universalistischen Zweck im Sinne gemeinschaftlicher Wohlfahrt erfüllen. Ihnen fehlt damit die Legitimität und praktische Anerkennung bei den Bürgern.“ (Erdmann 2001, 6)

Diese Erklärung kann auch zu einem Verständnis der Beziehungen Staat-Stamm beitragen: Der Stamm fungiert als Identifikationsobjekt und auf der anderen Seite steht der Staat, dieser weist keine direkte Berührungspunkte zum einzelnen Individuum auf. Die zwei Dimensionen agieren in zwei voneinander getrennten Sphären, die durch Klientelismus und institutionalisierte Informalität miteinander verbunden sind.

Auch das schon beschriebene jemenitische Phänomen der Entführungen von AusländerInnen durch Stammesangehörige kann in dieses theoretische Konzept eingeordnet werden. Reicht die klientelistische Beziehung nicht, um eine Forderung zu erreichen, so wird als letzter Ausweg zu „informellen“ Methoden, in diesem Falle eine Freiheitsberaubung, gegriffen, um dem Staat deutlich zu machen, dass man sich mit der derzeitigen Lage nicht zufrieden gibt. Die Bezeichnung „jemenitische Art der Dienstaufsichtsbeschwerde“ weist in dieselbe Richtung. Durch die institutionalisierte Informalität lassen sich jemenspezifische Ereignisse, hier die Entführung von AusländerInnen durch Stämme, besser verstehen und daher glaube ich, dass es sich beim Neopatrimonialismus durchaus um ein für Jemen brauchbares theoretisches Konzept handelt

### **Rational-bürokratische Elemente**

Darunter werden Elemente verstanden, die auch für einen modernen Staat in westlicher Ausprägung wesentlich sind: klar geregelte Strukturen, Rechtssicherheit und Rechtsanspruch, eine Kultur der legal-rationalen Verwaltung und eine funktionierende Bürokratie.

Für die Republik Jemen ist es schwer, rein rational-bürokratische Elemente auszumachen, zu sehr werden alle Bereiche von den patrimonialen Elementen durchdrungen.

#### *Außenvertretung:*

Die Vertretung nach außen wird weitestgehend von der jemenitischen Regierung übernommen, insofern weist in diesem Bereich Jemen einige rational-bürokratische Elemente auf. Ebenfalls wurden zahlreiche internationale Vereinbarungen unterzeichnet, wie beispielsweise die Genfer Flüchtlingskonvention oder die „Convention on the Elimination of All Forms of Discrimination against Women“, sodass gesagt werden kann, dass auf der Ebene der internationalen Politik und im Bereich der Vereinten Nationen Jemen als souveräner Staat auftreten kann.

### *Verfassung/ Institutionen:*

Jemen verfügt über eine moderne Verfassung, alle Lebensbereiche sind durch Gesetze geregelt. Die tatsächliche Umsetzung und Vollziehung dieser ist jedoch aus mehreren Gründen nicht immer gewährleistet, so berichtet auch der Funds for Peace über schwere Beeinträchtigungen im Justizbereich: „Judges have been harassed, reassigned, and fired for ruling against the government.“ (Funds for Peace 2009)

Auch die Verfassung wird unterwandert um das jemenitische System der Politik beibehalten zu können. So dauert beispielsweise die Amtszeit des jemenitischen Präsidenten fünf bzw. seit Verfassungsänderung von 2001 sieben Jahre, wobei eine einmalige Wiederwahl möglich ist. Nichtsdestotrotz herrscht Abdullah Ali Saleh seit der Gründung des Vereinigten Jemens 1990 ununterbrochen<sup>16</sup>. Dies wird dadurch erreicht, indem bei jeder Verfassungsveränderung eine neue Zählung angenommen wird. Daher kann Saleh, die letzte Wahl wurde im September 2006 abgehalten, nunmehr zumindest bis 2013 im Amt bleiben.

Es gibt zwar Institutionen und Ministerien, dennoch kann deren Funktionsweise und Logik nicht mit Institutionen der OECD-Länder verglichen werden. Auch hier sind Klientelismus und institutionalisierte Informalität weit verbreitet.

### *Demokratische Legitimation:*

Dies stellt ein wesentliches Element der rational-legalen Dimension dar. Im Jemen herrscht ein allgemeines und freies Wahlsystem, es sind mehrere Parteien<sup>17</sup> zu Wahlen zugelassen und dies wird durch die Verfassung garantiert. Das wird auch von der NGO Freedom House bestätigt, indem sie Jemen in ihrem „index of democracy“ als „partly free“ einstuft.

„The country appears to have a relatively open democratic system, with citizens voting for president and members of parliament.“ (Freedom House 2009)

Dennoch ist das Wahlsystem undurchschaubar und die Einteilung in Wahlbezirke ist sehr kompliziert, ebenso sind das Stammsystem, die beschränkten Rechte der Frauen und die hohe Analphabetenrate ein wesentliches Hindernis, um von einem wirklich demokratischen

---

<sup>16</sup> Zuvor amtierte er schon seit 1978 als Präsident der Jemenitischen Arabischen Republik.

<sup>17</sup> An den letzten Parlamentswahlen im Jahr 2003 nahmen insgesamt 22 verschiedene Parteien teil, wobei ein Großteil aller Stimmen auf die GPC (Allgemeiner Volkskongress – die Partei des Präsidenten Saleh) entfiel und sie 75% aller Parlamentssitze erreichte (Vgl. Auswärtiges Amt 2009a).



System auszugehen. Mohammad Ahmad al-Mikhlafi setzt sich in dem 2005 erschienenen Artikel „Building Democracy in Yemen“ eingehend mit dieser Thematik auseinander und kommt zum Schluss: „the electoral system is in urgent need of reform, so that it becomes a complete and integrated system that achieves pluralistic democracy and carries out the tasks of democratic transformation.“ (al-Mikhlafi 2005, 115)

#### **4.6. Bedeutung für die Analyse**

In diesem Kapitel habe ich aufgezeigt, dass der Staat Jemen nicht ohne weiteres mit einem modernen Staat nach westlicher Ausprägung verglichen werden kann. Es gibt grundlegende Unterschiede in nahezu allen Bereichen. Durch die Beschreibung des den Alltag prägenden Phänomens der Stammeskultur fällt es leichter, sich in ein uns so fremdes System, wie es das jemenitische darstellt, zu versetzen.

Durch die Beschreibung des politischen System Jemens als Hybridsystem, welches durch patrimoniale und rational-bürokratische Elemente geprägt ist, wird eine sinnvolle Analyse der Auswirkungen des Konflikts in Somalia auf Jemen erst ermöglicht. Dennoch werde ich in den weiteren Teilen der Arbeit teilweise von der eben beschriebenen politischen Realität abweichen. Dies ist erforderlich, da unser heutiges internationales System sehr durch die realistische Schule geprägt ist, die von Staaten als in sich geschlossene Einheiten ausgeht, deren wichtigstes Mittel der Zielerwirkung die Ausübung von Macht ist. Daher geht auch das System der Vereinten Nationen von einer gewissen „Gleichheit aller Staaten“ aus, die über eine fiktive Souveränität und ein Gewaltmonopol im Weberschen Sinne verfügen.

Selbst der somalischen Übergangsregierung, deren Macht noch weit beschränkter ist als die der jemenitischen, wird die Fähigkeit zuerkannt, für das ganze Staatsgebiet internationale Verträge zu schließen. Diese entwickeln weitreichende Konsequenzen, wie etwa durch die Resolution 1816 (2008), als die „Regierung von Somalia“ den internationalen Flotten die territorialen Gewässer öffnete, um darin nun im Einklang mit internationalem Recht gegen Piraten vorgehen zu können.

Die vorangegangene Beschreibung des jemenitischen Systems ist jedoch keinesfalls unbedeutend oder unnützlich, sondern soll bei dem weiteren Lesen der Arbeit stets mitbedacht werden. Im Fall von Jemen handelt es sich nicht um einen Staat nach westlicher Ausprägung

und auch das politische System ist nur schwer vergleichbar, daher bringen auch Auswirkungen von Ereignissen aus einem Krisengebiet andere Folgen mit sich.

## 5. Piraterie und maritimer Terrorismus

### 5.1. Einleitung

Über 71% der Erdoberfläche ist mit Wasser bedeckt, der davon überwiegende Teil der Gesamtwassermenge (96,5%) nehmen dabei die Weltmeere ein. Diese gigantischen Flächen, von denen wiederum ein Großteil auf internationale Gewässer entfällt, zeichneten sich schon immer durch eine gewisse Unkontrollierbarkeit aus. Die Geschichte der Schifffahrt war gleichzeitig auch immer eine Geschichte der Piraterie. So gibt es zahlreiche Aufzeichnungen von ägyptischen, griechischen und römischen Seefahrern über Überfälle auf See, die bis ins 14. Jhd. v. Chr. zurückreichen (siehe dazu u.A.: Kammerer-Grothaus 2000 oder Roder 1992).

Mit dem Aufkommen von Dampfschiffen, welche technisch allen bisherigen Piratenschiffen überlegen waren, wurde die Piraterie massiv eingedämmt. Im späten 19. Jahrhundert hatte die „klassische Piraterie“ ihren Höhepunkt bereits überschritten und im 20. Jahrhundert sprach kaum jemand mehr über maritime Piraterie, obwohl es weiterhin weltweit zu Übergriffen kam (Vgl. Lehr, 2009, 56).

Peter Chalk erklärt die Ausklammerung der maritimen Sicherheitsbedrohung durch Piraterie im Zusammenhang mit dem aufkommenden Ost-West-Konflikt. Dieser habe alle Debatten über Sicherheit monopolisiert und dadurch alle anderen Aspekte überdeckt (Vgl. Chalk 1997, 24). Phil Leggiere führt weiters aus, dass sich die Sicherheits- und Antiterrorbemühungen auch in den Jahren nach 9/11 zu wenig auf maritime Ziele konzentriert haben. Dies habe dazu beigetragen, ein „window of vulnerability“ auf den Weltmeeren entstehen zu lassen, welches nun von den aufkeimenden modernen Piraten und zunehmend auch von potentiellen Terroristen ausgenutzt werde (Vgl. Leggiere 2008, 1).

Seit kurzer Zeit nimmt die weltweite maritime Piraterie wieder einen zentralen Platz in der Sicherheitsdebatte ein und auch die Weltöffentlichkeit ist auf das Thema gerichtet. Die Qualität der Berichterstattung und der Diskussion lässt jedoch oftmals zu wünschen übrig. Dies liegt nicht zuletzt daran, dass sich die relevanten Bedrohungsszenarien sehr verändert haben und deren Komplexität zusätzlich stark zugenommen hat. Vielerorts dominiert noch eine Vorstellung von Seeräuberromantik, die durch Romane wie „*Die Schatzinsel*“ oder Filme wie „*Pirates of the Caribbean*“ geprägt wurde, die aber mit der Realität nichts mehr zu tun hat.

Die heutigen maritimen Bedrohungsszenarien liegen im Spannungsfeld zwischen moderner Piraterie und internationalem Terrorismus. Um überhaupt eine Analyse durchführen zu können, wenden wir uns zunächst in einem ersten Schritt den Definitionen von Piraterie, maritimen Terrorismus und deren Auftreten weltweit, insbesondere im Golf von Aden, zu, um dann in einem zweiten Schritt die Auswirkungen auf die Republik Jemen und mögliche Handlungsoptionen zu analysieren.

## **5.2. Definitionen**

In der öffentlichen Diskussion herrscht ein, durch die mediale Berichterstattung entscheidend beeinflusstes, sehr vereinfachtes und undifferenziertes Bild von maritimen Bedrohungen vor. Dieses ist für eine wissenschaftliche Analyse nicht geeignet und daher ist es von entscheidender Bedeutung, die wichtigsten Begriffe und die Aktionsweisen, den Handlungsradius, die handelnden Gruppen und deren Motivationen vorweg zu klären.

### **5.2.1. Definition nach internationalem Recht**

#### **Seerechtsübereinkommen der Vereinten Nationen 1982 (SRÜ)**

Das wichtigste Dokument in diesem Zusammenhang stellt das Seerechtsübereinkommen von 1982 dar. Dieses Dokument wurde von 156 Staaten, darunter nahezu allen Staaten der Region um den Golf von Aden (u.a. Somalia, Jemen und Kenia), unterzeichnet (Stand 05.02.2009).

In Art. 101 des SRÜ wird Piraterie wie folgt definiert:

*„Piracy consists of any of the following acts:*

*(a) any illegal acts of violence or detention, or any act of depredation, committed for private ends by the crew or the passengers of a private ship or a private aircraft, and directed:*

*(i) on the high seas, against another ship or aircraft, or against persons or property on board such ship or aircraft;*

*(ii) against a ship, aircraft, persons or property in a place outside the jurisdiction of any State;*

*(b) any act of voluntary participation in the operation of a ship or of an aircraft with knowledge of facts making it a pirate ship or aircraft;*

*(c) any act inciting or of intentionally facilitating an act described in sub-paragraph (a) or (b).”*

Diese Bestimmung bezieht sich definitionsgemäß nur auf Handlungen, die in internationalen Gewässern verübt werden. In einem Umkehrschluss bedeutet dies, dass alle Handlungen, die der Definition zwar entsprechen, aber innerhalb der territorialen Gewässer (12 sm) stattfinden, nicht der Definition von Piraterie nach SRÜ unterliegen. Dies hat zur Folge, dass es ohne Einwilligung des jeweiligen Küstenstaates innerhalb von dessen territorialen Gewässern zu keiner Festnahme und Verfolgung von Piraten oder Durchsuchung von Schiffen durch Schiffe eines anderen Staates kommen darf.

Alle entsprechenden Handlungen innerhalb des Hoheitsgewässers werden durch die Definition der „*armed robbery against ships*“ abgedeckt, darunter wird gemäß dem „Code of Practice for Investigation of the Crimes of Piracy and Armed Robbery Against Ships“

„*any unlawful act of violence or detention or any act of depredation, or threat thereof, other than an act of “piracy”, directed against a ship or against persons or property on board such ship, within a State’s jurisdiction over such offences*“ verstanden.

Alle Gegenmaßnahmen innerhalb der Hoheitsgewässer kann immer nur der Küstenstaat vornehmen oder aber einem anderen Staat (bzw. dessen Marine) die Ermächtigung geben, in seinem Staatsgebiet Handlungen gegen Piraten vorzunehmen, darunter fällt jede Festnahme, jede Verfolgung oder auch das bloße Borden von Schiffen.

Robert Beckman, Professor an der Universität von Singapur, stellt sich in diesem Zusammenhang die berechtigte Frage, ob das internationale Recht Teil des Problems sei oder eine mögliche Lösung (Vgl. Beckman 2009, 1ff.).

Weiters findet sich in Art. 101 der SRÜ die Beifügung „*committed for private ends*“. Damit sind Übergriffe, die zwar der klassischen Piraterie entsprechen, aber politisch motiviert sind, definitionsgemäß ausgeschlossen.

Erik Barrio meint dazu

„the requirement that the acts be motivated for private ends restricts this definition to attacks committed with the intent to rob, and also limits the ability of states to claim universal jurisdiction over politically motivated attacks. This requirement reflects the states primary underlying concern about interference with commercial shipping and transportation, and underscores the states’ general unwillingness to assert jurisdiction over politically motivated acts that do not have a commercial aspect.“ (Barrio 2005, 153)

## **„Convention for the Supression of Unlawful Acts Against the Safety of Maritime Navigation (SUA)“**

Ein weiteres wichtiges Dokument stellt in diesem Zusammenhang die „Convention for the Supression of Unlawful Acts Against the Safety of Maritime Navigation (SUA)“ dar. Diese Convention, die sich in erster Linie gegen das internationale Verbrechen richtet, wurde auch von Jemen unterzeichnet.

Die Convention bestimmt in Art. 3, dass jegliche Form von Handlungen, die ungesetzlich oder absichtlich die Sicherheit eines Schiffs oder einer Person auf einem Schiff gefährdet, die eine sichere Navigation beeinträchtigen kann, ein Verstoß gegen die Convention bedeutet.

In Art. 3 Abs. 1 lit. a-g und Abs. 2 lit. a-c finden sich die Handlungen sehr allgemein angeführt. Unter anderem findet sich hier unter

*lit. a: jede Übernahme der Kontrolle eines Schiffs durch Gewalt oder Drohung*

oder unter

*lit. b: jede gewalttätige Handlung gegen eine Person auf einem Schiff, welche eine sichere Navigation beeinträchtigen kann.*

Die Convention richtet sich in erster Linie an die unterzeichnenden Staaten. Sie sind durch Art. 5 und Art. 6 verpflichtet, nationale Gesetze zur Verfolgung der unter Art. 3 festgesetzten Verbrechen zu erlassen und auch eine zuständige Gerichtsbarkeit zu errichten.

Irreführenderweise wird im Zusammenhang mit der SUA oftmals von einer „Anti-Terrorismus Convention“ gesprochen. Dies trifft jedoch nur bedingt zu, da keine terroristische Motivation hinter einer Handlung, um gegen die SUA zu verstoßen, stecken muss.

### **5.2.2. Definition von maritimen Terrorismus**

Eine weit verbreitete Definition von maritimen Terrorismus ist die des „Council for Security Cooperation in the Asia Pacific Working Group on Maritime Terrorism“. Es versteht darunter:

*„Maritime terrorism refers to the undertaking of terrorist acts and activities (1) within the maritime environment, (2) using or against vessels or fixed platforms at sea or in port, or against any one of their passengers or personnel, (3) against coastal facilities or settlements, including tourist resorts, port areas and port towns or cities.“* (Chalk 2008, 3)

Diese breite Definition kann als Annäherung an die vielfältigen Erscheinungsformen des maritimen Terrorismus verstanden werden. Sie lässt jedoch viele Punkte offen, so wird nicht definiert, was überhaupt unter einem terroristischen Akt verstanden wird und auch nicht, ob sich ein solcher nur gegen zivile Schiffe oder auch militärisch genutzte Schiffe richten kann.

### **5.2.3. Definition des International Maritime Bureau (IMB)**

Das International Maritime Bureau (IMB)<sup>18</sup> geht mit seiner Definition der Piraterie einen anderen Weg und umgeht die Unterscheidung zwischen Akten, die innerhalb des Hoheitsgewässers oder auf hoher See verübt werden, indem es eine eigenen Definition für Piraterie verwendet.

Das IMB versteht unter Piraterie

*“an act of boarding or attempting to board any ship with the apparent intent to commit theft or any other crime and with the apparent intent or capability to use force in furtherance of that act.” (ICC 2008, 4)*

Auch diese Definition von Piraterie beschreibt, wie alle anderen bisher angeführten Definitionen, den Akt der Handlung und bezieht weder den oder die Täter noch deren Intention ein. Daher können hinter den Übergriffen, die als Piraterie qualifiziert werden, die unterschiedlichsten Organisationen und Motivationen stehen.

### **5.2.4. Versuch einer dynamischen Definition**

Heute verschwimmen die Grenzen zwischen politisch motivierten Angriffen und Piraterie. Gruppen, die zunächst politische Motive verfolgten, verwandeln sich in organisierte kriminelle Gruppen, bei denen die Motive nur mehr als Mittel zum Zweck dienen. Oftmals werden Lösegeldzahlungen, die durch Schiffsentführungen erpresst werden, zur Erreichung von politischen Zielen investiert. Außerdem gibt es zahlreiche Hinweise, dass somalische Piraten beginnen, mit militanten Islamisten gemeinsame Sache zu machen.

Der Anschlag auf die *USS Cole* vom 8. August 2000 im Hafen von Aden zeigte, wie einfach und kostengünstig terroristische Angriffe auf See zu verwirklichen sind. Es waren aber die

---

<sup>18</sup> Das International Maritime Bureau (IMB) wurde 1981 als auf die Bekämpfung aller maritimen Verbrechen spezialisierte Abteilung der internationalen Handelskammer (ICC) gegründet. Ein Hauptbetätigungsfeld des IMB ist die Bekämpfung der Piraterie. Zu diesem Zweck wurde 1992 auch ein 24-stündig besetztes Meldezentrum für Piraterie in Kuala Lumpur, Malaysia, eingerichtet. Im Internet ist es unter der Adresse <http://www.icc-ccs.org/> zu finden.

Terroranschläge vom 9.11.2001, welche eine noch entscheidendere Rolle für eine veränderte Sichtweise spielten. Dadurch wurde uns allen, in eindrucksvoller Weise, die Verletzbarkeit der Welttransportsysteme und deren Kraft als Waffe vor Augen geführt (Vgl. Raymond/Morrien 2009, 4).

Dass sich die Bedrohungsszenarien auch für die zivile Schifffahrt verändert haben, zeigte nicht zuletzt der Anschlag vom 6. Oktober 2002 auf den Öltanker *MV Limburg* im jemenitischen Hafen von Mina al-Dabah. Terroristisch motivierte Anschläge sind nicht mehr länger nur für die militärische Schifffahrt eine ernsthafte Bedrohung, sondern stellen auch für die zivile Schifffahrt ein in jeder Sicherheitsanalyse zu berücksichtigenden Faktor dar.

Will man die neuen maritimen Sicherheitsrisiken verstehen und darauf reagieren, so ist es unbedingt notwendig, sich mit den die Akte verübenden Gruppen, deren Motivation und Taktiken auseinanderzusetzen. Nur dadurch ist es möglich, nützliche Aussagen über die Situation und mögliche Maßnahmen, die über die bloße Überwachung der Meere hinausgehen, zu treffen (Vgl. Hansen 2009, 75).

Um dies zu erreichen, hat Hans Tino Hansen ein Modell entwickelt, welches ermöglichen soll, dass man sich mit den einzelnen Gruppen, deren Motivationen, Organisationsformen, Taktiken und deren Streben nach Öffentlichkeit auseinandersetzen kann.

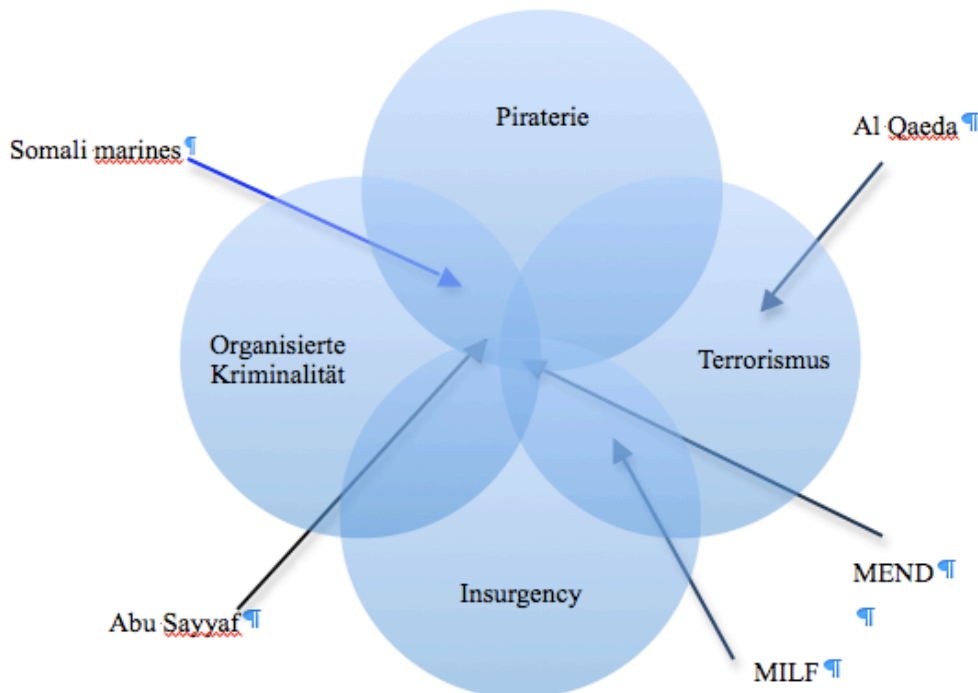


**Abbildung 2: Akteure, deren Aktionen und Praktiken<sup>19</sup>**

Organisation	Piraterie	Terrorismus	Aufstand	Organisierte Kriminalität
Motive und Ziele	Finanzielle	Politische (auch religiöse, ideologische oder nationalistische)	Politische	Finanzielle
Zum Einsatz kommende Taktiken	Piraterie	Terror	Terror und Piraterie	Terror und Piraterie
Ziel in der Öffentlichkeit zu stehen	Nein	Hoch	Mittel	Niedrig
Beispiele	„Somali Marines“	Al Qaeda (AQ),	Moro Islamic Liberation Front (MILF), MEND	Abu Sayyaf

Überträgt man das bisherige Wissen in das „Four Circles Model“ von Hansen, so erhält man folgendes Bild:

**Abbildung 3: „The Four Circles Model“ nach Hansen<sup>20</sup>**



<sup>19</sup>Quelle: eigene Darstellung, nach: Hansen 2009, 78

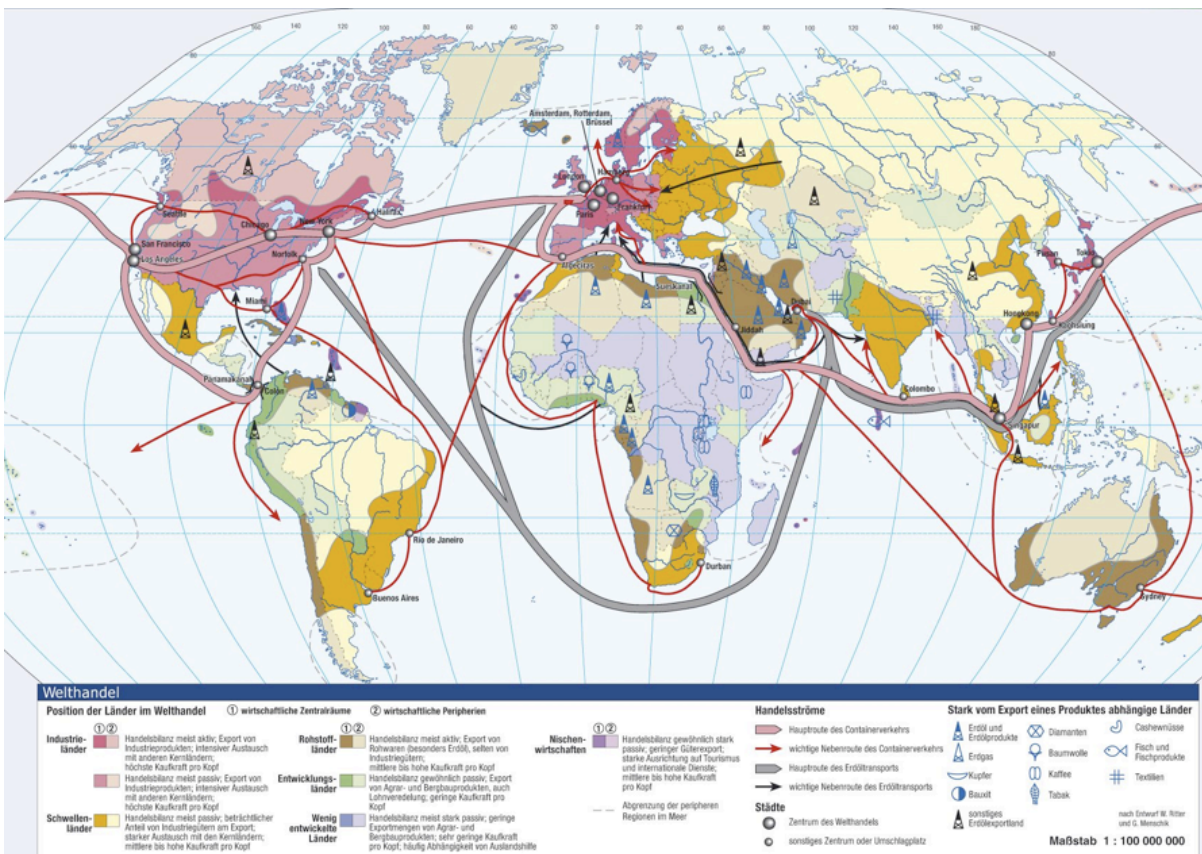
<sup>20</sup>Quelle: eigene Darstellung, nach: Hansen 2009, 78

Hier zeigt sich, dass es sich um eine wesentlich dynamischere Herangehensweise an die maritimen Bedrohungsszenarien handelt. Die Tätergruppen können mehrere Motivationen oder Organisationsformen in sich tragen und es können auch Verschiebungen, wie sie in der Realität immer wieder vorkommen, berücksichtigt werden.

### 5.3. Piraterie im Golf von Aden

Durch den Golf von Aden führt eine der bedeutendsten Schiffsrouten der Welt, welche jährlich von über 20.000 Schiffen befahren wird (siehe auch Abbildung 4: Welthandelsrouten). Sie ist insbesondere von strategischer Bedeutung, da sie die wichtigste Verbindung zwischen Europa (via Rotes Meer/ Suez Kanal) und Asien darstellt und dadurch sowohl für die Containerschifffahrt als auch für die Tankerschifffahrt eine entscheidende Rolle spielt (Vgl. Intertanko 2008). Insgesamt passieren über 22.000 Schiffe jährlich den Golf und dabei werden 8% des Welthandels und 12% des gesamten auf dem Wasser transportierten Rohöls durch den Golf geleitet (Vgl. IMO 2008a).

Abbildung 4: Welthandelsrouten<sup>21</sup>



<sup>21</sup> Quelle: Hessisches Kultusministerium, abrufbar unter: <http://www.itl-hessen.de/start/files/2286.jpg>; (Zugriff: 30.04.2009).

Der engste Punkt innerhalb des Golfs von Aden stellt das Bab el-Mandab dar, hier liegen nur 18 Meilen (28,9 km) zwischen Afrika (Eritrea und Dschibuti) und Asien (Jemen). Diesen Punkt passierten im Jahr 2006 täglich Schiffe mit einer Schiffsladung von 3.3 Millionen Barrels Öl (Vgl. EIA 2008).

In diesem weltpolitisch sensiblen Bereich entwickelte sich, ausgehend von Somalia, in den letzten Jahren eine wahre Entführungs- und Überfallsindustrie. Täglich werden neue, noch spektakulärere Vorfälle gemeldet. Traurige Höhepunkte stellten bisher die Entführung der ukrainischen *MV Fain*, die auf ihrem Weg nach Kenia 33 T 72 Kampfpanzer und andere schwere Waffen geladen hatte, und die Kaperung der *MV Sirius Star* dar. Der saudische Supertanker *Sirius Star*, der dreimal die Größe eines US Flugzeugträgers besitzt, wurde erst nach Bezahlung von 3.5 Millionen Dollar am 9.1.2009 von den Entführern frei gegeben (Vgl. Lennox 2008, 10)<sup>22</sup>.

Diese Vorfälle zeigen, wie dramatisch die Situation am Golf von Aden ist.

In weiterer Folge wird in dieser Arbeit zunächst auf die Entstehung der Piraterie und die daraus resultierenden Auswirkungen auf die Republik Jemen und deren mögliche Handlungsoptionen eingegangen.

### **5.3.1. Entstehung der somalischen Piraterie**

Um die heute in den Gewässern rund um Somalia auftretende Piraterie zu verstehen, sollte man sich mit den Hintergründen und der Geschichte der Piraterie vor der Küste Somalias beschäftigen. Hansen bezeichnet in seinem Four-Circles-Modell die derzeit in diesem Gebiet agierenden Piraten „Somali marines“ oder auch „defenders of the Somali territorial waters“. Diese Namen erinnern an ihre Entstehungsgeschichte, haben aber mit ihrem heutigen Auftreten nur mehr bedingt etwas zu tun.

Die Entstehungsgeschichte der somalischen Piraterie ist äußerst komplex und kann in dieser Arbeit keinesfalls abschließend behandelt werden. Auf einige Aspekte muss, um ein vollständiges Bild zu erhalten, jedoch eingegangen werden. .

Die territorialen Gewässer vor Somalia sind besonders fischreich so stellt die Fischerei eine Haupteinnahmequelle für die küstennahen Bewohner dar. Der Sturz des Barre-Regimes im

---

<sup>22</sup> Der Tanker hatte zu dieser Zeit Erdöl im Wert von 100 Millionen Dollar an Bord (Vgl. Haefliger 2008, 1).

Jahr 1991 und das darauf folgende Machtvakuum hatte auch im maritimen Bereich einschneidende Folgen.

In zahlreichen Quellen<sup>23</sup> wird angeführt, dass der durch den Niedergang des somalischen Staates entstandene rechtsfreie Raum von ausländischen Fischereifloten (wie z.B. aus der EU, Japan, Korea aber auch Jemen) systematisch missbraucht wird. Die Welternährungsorganisation FAO geht davon aus, dass zu Höchstzeiten bis zu 700 Schiffe gleichzeitig innerhalb der somalischen AWZ gefischt haben. Zahlreiche Schiffe sollen auch innerhalb der 12-Meilen-Zone von Somalia auf Fischfang gegangen sein (FAO 2005). Über die Höhe dieser IUU - (illegal, unreported and unregulated) Fischerei gibt es nur vage Schätzungen, die zwischen \$94 Millionen (MRAG 2005, 167) und \$450 Millionen (Waldo 2009, 4) Schaden jährlich liegen<sup>24</sup>.

Mohamed Waldo, ein aus Somalia stammender und heute in Kenia arbeitender Journalist, meint in diesem Zusammenhang: Es gibt zwei Piraterien! Allerdings wird nur über eine dieser gesprochen (Vgl. Waldo 2009, 1ff.).

Weiters liegen zahlreiche Verdachtsmomente vor, dass die ungeschützten somalischen Meeresflächen missbraucht werden, um giftige Abfälle illegal zu deponieren<sup>25</sup>. Einige Fischer organisierten sich, um gegen die IUU-Fischerei und die illegale Deponierung von giftigen Abfällen in den somalischen Hoheitsgewässern vorzugehen. Diese, nun bewaffneten Gruppen von jungen somalischen Fischern haben schnell erkannt, dass es eine einfache und sicherere Methode gibt, um an wesentlich mehr Geld zu kommen. Dies besteht darin, unbewaffnete, langsam fahrende Handelsschiffe zu überfallen (Vgl. Lennox 2008, 9). Von einigen Kommentatoren wird dies als Geburtsstunde der Piraterie an der Küste von Somalia bezeichnet.

---

<sup>23</sup> Vgl. dazu: Waldo 2009, 1ff., Murphy 2007, 31; Coffen-Smout 1999, 1ff.; Musse/Tako 1999, 5ff.; MRAG 2005, 166ff.

<sup>24</sup> Der Wert dieser Schätzungen bezieht sich auf den Wert der illegal in somalischen Gewässern gefangenen Fische.

<sup>25</sup> In dieses lukrative Geschäft sollen zahlreiche westliche Firmen verwickelt sein. Hochgiftige Abfälle werden in den territorialen Gewässern von Somalia illegal im Meer versenkt. Damit umgehen sie hohe Entsorgungskosten und generieren hohe Gewinne (Vgl. Clayton 2005 oder Abdullahi 2008).

Eine technische fact-finding mission der UNO, die vom 25-29 Mai 2005 in Puntland zu diesem Thema stattgefunden hat, hat keine neuen Ergebnisse zum Vorschein gebracht. Was allerdings klar wurde ist, dass es unbedingt notwendig ist, die natürliche Umwelt von Somalia besser zu untersuchen, um auch der vermuteten illegalen Müllentsorgung auf den Grund zu gehen (Vgl.: UN Press release 2005).

Diese Erklärung hat einiges für sich, jedoch stellt sie für mich, isoliert gesehen, eine zu einfache Verallgemeinerung dar. Die gesamte Dynamik der derzeitigen Piraterie vor der Küste von Somalia kann damit nicht erklärt werden. Das Nichtvorhandensein einer handlungsfähigen Regierung hinterlässt auch im maritimen Bereich ein Vakuum. Die Erklärung, dass die Piraterie sich jedoch allein aufgrund der Ausbeutung der territorialen Gewässer entwickelt hat, halte ich für sehr unwahrscheinlich. Es stellt zweifelsohne einen zentralen Punkt dar, jedoch ist eine monokausale Erklärung kaum jemals treffend. Es muss auch berücksichtigt werden, dass bewaffnete Überfälle schon immer zur Schifffahrt gehörten und auch andere Aspekte, wie beispielsweise organisierte Kriminalität und Kriegsfinanzierung, eine entscheidende Rolle in der Entstehung der Piraterie spielen.

Der Aspekt der Ausbeutung der territorialen Gewässer durch Akteure aus anderen Staaten zeigt erneut, dass die Region rund um das Horn von Afrika durch starke Interdependenzen gekennzeichnet ist. Hier verschmelzen Welthandel, Fischereiinteressen, illegale Aktivitäten, Kriegsfinanzierung, humanitäre Katastrophe und internationaler Terrorismus zu einer verdichteten „Interdependenzsuppe“.

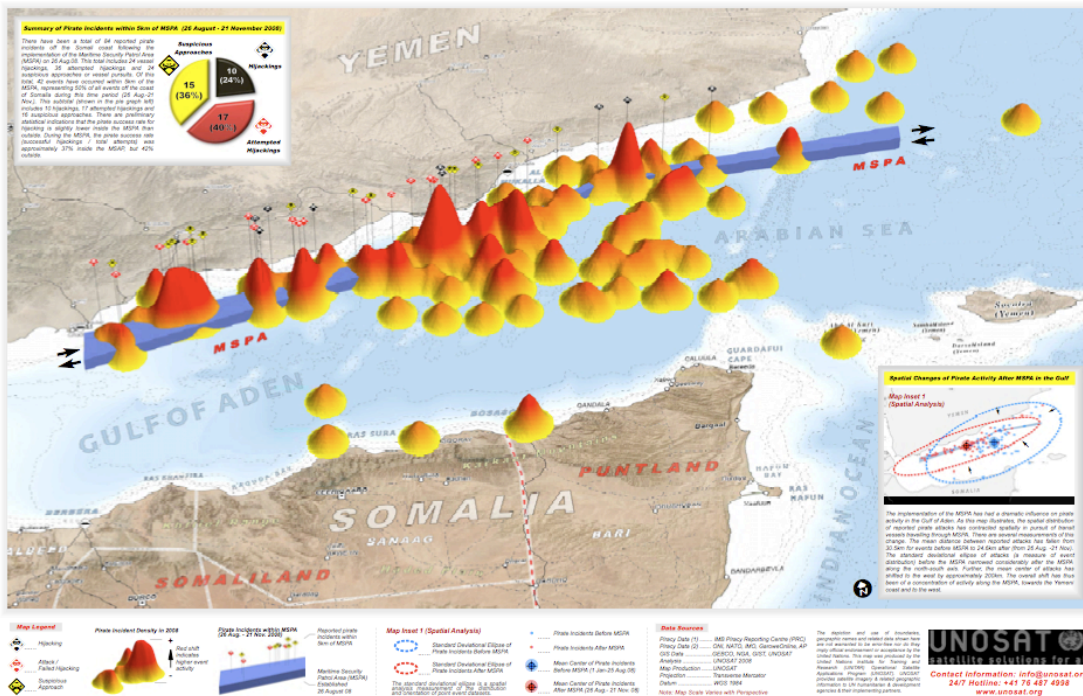
### **5.3.2. Derzeitige Situation**

Die Situationen, die sich derzeit auf den Wasserflächen zwischen Somalia und Jemen abspielen, können nicht mehr mit der Verteidigung der territorialen Gewässer von Somalia gerechtfertigt werden. Jeden Tag werden neue, geglückte oder nur versuchte Überfälle und Entführungen gemeldet. Das IMB - International Maritime Bureau führt alle gemeldeten Ereignisse in ihrem „Live Piracy Report“<sup>26</sup> auf.

---

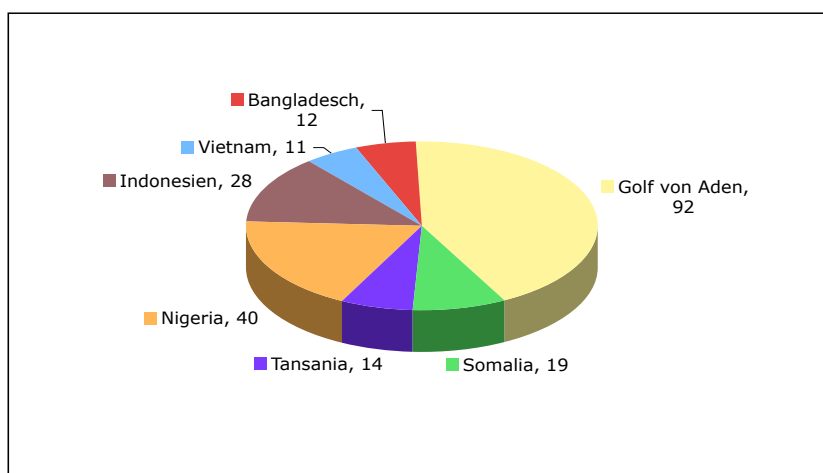
<sup>26</sup> Der „Live Piracy Report“ ist kostenfrei unter: [http://www.icccs.org/index.php?option=com\\_fabrik&view=table&tableid=26&calculations=0&Itemid=82](http://www.icccs.org/index.php?option=com_fabrik&view=table&tableid=26&calculations=0&Itemid=82) abrufbar (Zugriff: 10.05.2009). Diese und auch alle in meiner Arbeit angeführten Werte können sich nur auf die gemeldeten Übergriffe beziehen. Es wird jedoch vermutet, dass viele nicht erfolgreiche Angriffe von den Reedereien gar nicht gemeldet werden, da jeder Tag des Stillstands eines Schiffs tausende Euro kostet.

## Abbildung 5: Intensität und Position der Angriffe 2008<sup>27</sup>



Für das Jahr 2008 wurden weltweit 293 Piratenangriffe gemeldet, davon ereigneten sich 92 im Golf von Aden und weitere 19 in somalischen Hoheitsgewässern. Rechnet man diese beiden Werte zusammen, so zeigt sich, dass sich 38% aller im Jahr 2008 gemeldeten Vorfälle in der Region rund um das Horn von Afrika ereigneten. Dabei wurden insgesamt 815 Personen<sup>28</sup> zumindest kurzfristig als Geisel genommen, vier Crewmitglieder wurden getötet und weitere 14 Menschen werden vermisst.

## Abbildung 6: Anzahl der Übergriffe 2008 nach Regionen<sup>29</sup>



<sup>27</sup>

Quelle:

UNOSAT,

abrufbar

unter:

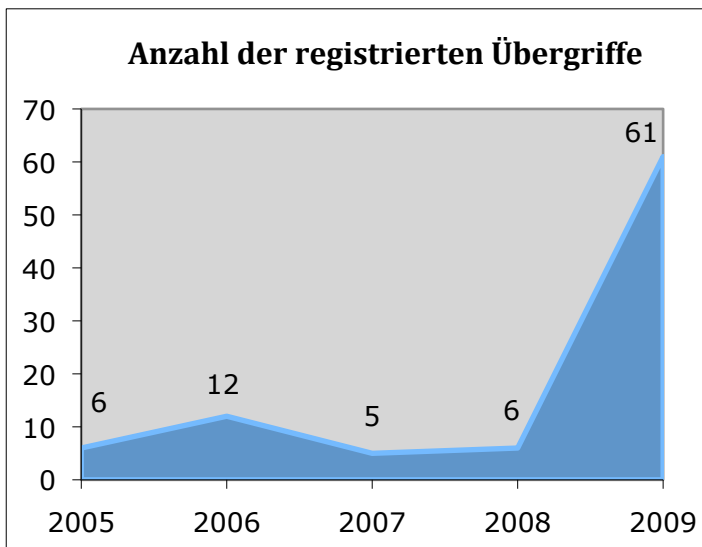
[http://unosat.web.cern.ch/unosat/freeproducts/somalia/Piracy/UNOSAT\\_SO\\_PirateDensity\\_Nov08\\_Highres\\_v1.pdf](http://unosat.web.cern.ch/unosat/freeproducts/somalia/Piracy/UNOSAT_SO_PirateDensity_Nov08_Highres_v1.pdf); (Zugriff: 30.04.2009).

<sup>28</sup> Dies sind über 90% aller weltweit bei Piratenüberfällen genommenen Geiseln.

<sup>29</sup> Auf die in der Abbildung angegebenen Orte entfallen über ¾ aller Vorfälle (216 von 293). Quelle: Eigene Darstellung nach Daten des IMB (IMB 2009a, 6).

Der Bericht des IMB für das erste Quartal 2009 lässt trotz der verstärkten internationalen Präsenz einen weiteren dramatischen Anstieg der Überfälle in der Region befürchten. Dr. Abdul Kareem al-Eryani, politischer Berater des jemenitischen Präsidenten Saleh, äußerte sich bei einer Veranstaltung, die gemeinsam von der Universität Sana´a und der französischen Botschaft organisiert wurde, im Hinblick auf diese Entwicklung durchaus kritisch. Er zeigte sich verwundert darüber, dass die Anzahl der Piratenübergriffe direkt mit dem Anstieg der Präsenz der internationalen Kriegsschiffe in der Region korreliere (Vgl. Al-Kibsi 2009, 1).

**Abbildung 7: Anzahl der Übergriffe im 1. Quartal in der Region<sup>30</sup>**



### **5.3.3. Neue Entwicklungen der somalischen Piraterie – eine Ideologisierung**

Überträgt man diese Informationen auf das oben erläuterte „Four Cycles Model“, so bestätigt sich die von Hansen vorgenommene Einteilung der Piraten von Somalia als in der Querschnittsmenge zwischen Piraterie und organisiertem Verbrechen angesiedelte Gruppe (Vgl. Hansen 2009, 80f.).

Dies lässt jedoch neueste Informationen unberücksichtigt, denen zufolge es bereits zur teilweisen Formierung von „Zweckallianzen“ zwischen islamistischen Extremisten (wie al-Shabaab) und Piratengruppen kommen soll.

<sup>30</sup> Quelle: eigene Darstellung nach Daten des IMB (IMB 2009b, 5ff.). Hier wird unter Region der Golf von Aden (19 Übergriffe im 1.Quartal 2009) das Rote Meer (1) sowie die territorialen Gewässer von Somalia (20) verstanden

Schon seit Jahren warnen ExpertInnen davor, dass es zu folgenschweren Verbindungen zwischen Terroristen und Piraten kommen könnte (Vgl. uA. Young/Valencia 2003 und Ong 2004, 1ff). Peter Chalk erwähnt in seinem 2008 erstellten Artikel, dass es bisher noch keine Anzeichen eines solchen Zusammenhangs gegeben hat. Dies versucht er damit zu erklären, dass sich die Ziele der beiden Akteure zu sehr unterscheiden. Die Piraterie sei von einer florierenden und aktiven Schifffahrt abhängig. Im Gegensatz dazu streben Terroristen, im Zusammenhang mit ihrem Kampf gegen den Westen, eine Zerstörung des global agierenden Seehandels an. Weiters seien die Motive (finanzielle vs. politische) ihrer Aktionen zu unterschiedlich (Vgl. Chalk 2008, 31).

Auch in Somalia schien es lange Zeit so, als ob islamistische Gruppierungen wie die UIC (Union islamischer Gerichtshöfe) oder al-Shabaab gegen Piraten vorgehen würden. In letzter Zeit mehren sich jedoch Hinweise, dass es vereinzelt zu Zweckbündnissen zwischen al-Shabaab Kräften, die nach der Niederlage der UIC in vielen Teilen Somalias die Kontrolle übernommen haben, und Piraten kommen soll. Hier können die Geschehnisse<sup>31</sup> rund um die Befreiung des Kapitäns Richard Phillips eine entscheidende Rolle spielen. Im Anschluss daran drohten mehrere Piraten mit Rache und erklärten Amerika und ihre Verbündeten zu ihrem neuen Hauptfeind<sup>32</sup>.

Dies stellt nicht nur einen Umbruch in der Rhetorik dar, sondern könnte auch frühere Gräben zwischen extremistischen Islamisten und Piraten überdecken. Sheik Hassan Turki, Führer der somalischen Hizbul Islam, erklärte, dass die Piraten Mudschaheddin sind, „because they are at war with the Christian countries“, und Mukhtar Robow von al-Shabaab meint, die Piraten verteidigen „the coast against Allah’s enemies“. Bei der Zusammenarbeit soll es sich insbesondere um gemeinsames Training und Zusammenarbeit beim Waffenschmuggel handeln (Vgl. Gebauer/Goetz et. alt. 2009, 3).

---

<sup>31</sup> Der US-Staatsbürger Richard Phillips (Kapitän des Frachters Maersk Alabama) wurde im April 2009 vor der somalischen Küste von Piraten entführt. Während der Verhandlungen für die Übergabe des geforderten Lösegelds wurden drei Piraten durch gezielte Kopfschüsse von der US Navy erschossen. Dies wurde damit gerechtfertigt, dass die Entführer eine Waffe auf Phillips gerichtet hätten und daher schnell reagiert werden musste.

<sup>32</sup> Siehe dazu Aussagen des „Piratenführers“ Abdi Garad, abrufbar unter: [http://www.focus.de/politik/ausland/somalia-piraten-drohen-mit-rache\\_aid\\_389453.html](http://www.focus.de/politik/ausland/somalia-piraten-drohen-mit-rache_aid_389453.html); (Zugriff: 05.05.2009) oder die Aussagen von Jamac Habeb, abrufbar unter: <http://abcnews.go.com/International/wireStory?id=7316398>; (Zugriff: 05.05.2009).



Eine Ideologisierung der Piraterie könnte zu einer Allianz mit Islamisten und Terroristen führen, die sowohl für die westlichen Staaten als auch für den Jemen unabschätzbare Auswirkungen haben könnte.

## **5.4.Internationale Antwort auf die Piraterie**

### **5.4.1. Die Antwort der Vereinten Nationen**

Nachdem sich die Situation rund um das Horn von Afrika stetig verschlimmerte, reagierte auch der UN-Sicherheitsrat mit der Verabschiedung von verschiedenen Resolutionen, die sich mit der Piraterie in Somalia auseinandersetzen. So wurden dazu alleine im Jahr 2008 vier Resolutionen [namentlich die Resolutionen 1816 (2008), 1838 (2008), 1846 (2008) und 1851 (2008)] vom Sicherheitsrat verabschiedet.

Die Resolution 1816 stellt eine Revolution innerhalb der Piratenbekämpfung dar. Es wird dadurch den mit der Übergangsregierung kooperierenden Staaten erlaubt, militärische Operationen im somalischen Hoheitsgebiet zur Bekämpfung der Piraterie auszuführen. Auf einer anderen Ebene betrachtet, führt dies zu einer partiellen Abschaffung der territorialen Gewässer von Somalia. Die von den Vereinten Nationen anerkannte Übergangsregierung hat dieser Praxis wohl zugestimmt, es ist aber durchaus fraglich, ob diese als legitimer Vertreter des somalischen Staats anzusehen ist.

Bei genauerer Betrachtung der Resolutionen fällt auf, dass auch auf den Aspekt der Ausbeutung der somalischen Ressourcen (Vgl. Seite 51) eingegangen wird.

Hier ist bemerkenswert, dass die Resolutionen 1838 und 1846 in ihren Präambeln die Formulierung

*„zutiefst besorgt über das jüngste Überhandnehmen seeräuberischer Handlungen und bewaffneter Raubüberfälle auf See gegen Schiffe vor der Küste Somalias und über die ernste Bedrohung, die dies für die rasche, sichere und wirksame Leistung humanitärer Hilfe an Somalia, die internationale Schifffahrt und die Sicherheit der der gewerblichen Seeschifffahrt dienenden Schifffahrtswege sowie für die in Übereinstimmung mit dem Völkerrecht durchgeführten Fischereitätigkeiten darstellt [i. Orig. keine Unterstreichung].“* (UN-Sicherheitsrat 2008b,c, 1)

In beiden Fällen wird zumindest indirekt darauf eingegangen, dass es Fischereitätigkeiten

geben könnte, die nicht in Übereinstimmung mit dem Völkerrecht sind. Und in der Resolution 1851 wird auf die somalischen maritimen Ressourcen sogar explizit eingegangen. In der Präambel der Resolution heißt es dazu: „*in Bekräftigung* [...] der Rechte Somalias in Bezug auf die natürlichen Ressourcen vor seiner Küste, namentlich die Fischereiresourcen [...]“ [i. Orig. keine Unterstreichung].“ (UN-Sicherheitsrat 2008d, 1.)

Die Resolutionen dienen als Basis für alle weiteren Bemühungen der internationalen Gemeinschaft. So bezieht sich die EU-Operation Atalanta direkt auf die Resolutionen (Vgl. EU 2009, 1) und Admiral Terry McKnight, „Commander Expeditionary Strike Group 2“ der Combined Task Force 151, erklärt in einer Aussendung der U.S. Navy: „the United Nations has come out with several resolutions ... that give us [Anm.: der Combined Task Force 151] more authority to combat piracy.“ (U.S. Navy 2009, 1)

#### **5.4.2. Die Antwort der Militärmächte: EU-Operation Atalanta, Combined Task Force 150 & 151 und andere Operationen**

Derzeit laufen mehrere internationale, multinationale sowie einzelstaatliche militärische Operationen parallel am Golf von Aden. Darunter auch der erste gemeinsame maritime Einsatz der Europäischen Union, die Mission Atalanta. Im Rahmen der „Operation Enduring Freedom“, die für den Kampf gegen den Terrorismus eingerichtet wurde, beteiligen sich Schiffe der Combined Task Force 150 an der Piratenjagd und daneben wurde noch die spezielle Combined Task Force 151 errichtet. Dadurch befinden sich eine Vielzahl von Kriegsschiffen unter unterschiedlicher Führung im Einsatzgebiet (siehe Tabelle 1).

**Tabelle 1: Übersicht über die am Horn von Afrika eingesetzten Schiffe<sup>33</sup>**

<i>EU-Mission Atalanta</i>	<i>Nato-Mission Allied Protector</i>	<i>Combined Task Force 150 (Operation Enduring Freedom, Anti-Terror)</i>	<i>Combined Task Force 151 - Anti-Piraterie</i>	<i>Unter nationalem Kommando</i>
Spanien - Fregatte <i>Numancia</i> (Flaggschiff und Force Headquarters), Tanker <i>Marques de la Ensenada</i> , Seefernaufklärer <i>Orion P-3</i>	Portugal - Fregatte <i>Corte Real</i> (Flaggschiff)	Frankreich - Führungsschiff <i>Marne</i>	USA - Kreuzer <i>Gettysburg</i> (Flaggschiff, aber Commander Task Force ist ein türkischer Admiral)	USA - Kreuzer <i>Lake Champlain</i> , Mehrzwecklandungsschiff <i>Comstock</i> , Transporter <i>Lewis and Clark</i> , Tanker <i>Walter S. Diehl</i>
Deutschland - Fregatte Rheinland-Pfalz, Fregatte <i>Emden</i> , Einsatzgruppenversorger Berlin, Seefernaufklärer <i>Orion P-3C</i>	Canada - Fregatte <i>Winnipeg</i>	Großbritannien - Fregatte <i>Portland</i>	<i>Türkei</i> - Fregatte <i>Giresun</i>	Indien - Fregatte <i>Brahmaputra</i> , Fregatte <i>Talvar</i> , Landungsschiff <i>Magar</i>
Frankreich - Fregatte <i>Nivose</i> , <i>Aviso Cdt. Bouan</i> , Patrouillenboot <i>Albatros</i> , Seefernaufklärer <i>Breguet-Atlantique</i> (zur Hälfte für Atalanta und CTF150)	Niederlande - Fregatte <i>De Zeven Provinciën</i>	unter nationalem Kommando - attachiert zur CTF 150: Saudi-Arabien - Fregatte <i>Riyadh</i>	Singapur - Mehrzwecklandungsschiff <i>Persistence</i>	China: Zerstörer <i>Shenzhen</i> , Fregatte <i>Huangshan</i> , Versorger <i>Weishanhu</i>
Schweden - Korvetten <i>Stockholm</i> , <i>Malmö</i> und Versorger <i>Trossö</i>	Spanien - Fregatte <i>Blas de Lezo</i> assoziiert	Ebenso: Japan - Zerstörer <i>Akebono</i> , Tanker <i>Tokiwa</i>	assoziiert: Südkorea - Zerstörer <i>Munmu der Große</i>	Malaysia - Landungsschiff <i>Sri Inderapura</i>
Griechenland - Fregatte <i>Nikiforos Fokas</i>	unter nationalem Kommando: USA - Fregatte <i>Halyburton</i>			Japan - Zerstörer <i>Sazanami</i> und <i>Samidare</i>
Italien: Fregatte <i>Maestrale</i>				Russland - Zerstörer <i>Admiral Panteleyev</i> , Tanker <i>Irkut</i> , <i>Izhora</i> , Schlepper <i>MB-37</i>
				Frankreich - ? Italien - ?
				Iran - Fregatte <i>Alborz</i> , Tanker <i>Bushehr</i>

<sup>33</sup> eigene Darstellung nach: Wieland 2009, 1; Stand 27.05.2009

Diese Ansammlung von verschiedenen Kriegsschiffen stellt eine potentielle Bedrohung für alle Anrainerstaaten dar. Vergleicht man die Zahlen der Piratenübergriffe und die Zahl der in der Region kreuzenden Kriegsschiffe, so wird schnell klar, dass eine erfolgreiche Bekämpfung der Piraterie durch rein militärische Mitteln auf See sehr unwahrscheinlich erscheint. Patrick Lennox nennt die derzeitige Präsenz von Schiffen gar eine „critical mass of warships“ (Lennox 2008, 13) und bezeichnet es weiter als „the largest and most diverse unplanned gathering of warships in recent history“. (ebenda)

## **5.5. Auswirkungen auf die Republik Jemen**

Die derzeitige Piraterie am Golf von Aden hat für Jemen aus mehreren Gründen weitreichende Folgen. Diese Auswirkungen sind jedoch in den meisten Fällen nicht von einseitiger Natur, sondern sind besser als wechselseitige Abhängigkeiten zu beschreiben. In den Fällen, in denen diese wechselseitigen Abhängigkeiten auch Kosten verursachen, liegen gemäß Keohane/Nye (Vgl. Kapitel 2) Interdependenzen vor.

Um eine Analyse vornehmen zu können, unterscheide ich zwischen zwei Dimensionen von Interdependenzen:

- „Sensitivity“ - Dimension
- „Vulnerability“ - Dimension

### **5.5.1. „Sensitivity“ - Dimension**

Dies betrifft jene Interdependenzen, deren Kosten durch Veränderungen entstanden sind, bevor aktive politische Gegenmaßnahmen oder Abwehrreaktionen gesetzt werden konnten.

#### **5.5.1.1. *Auswirkungen auf die Wirtschaft***

Auf der Hand liegt, dass die Entführung von jemenitischen Schiffen<sup>34</sup> unmittelbare Auswirkungen auf die Republik Jemen hat. Die Übergriffe setzen die jemenitische Regierung innerhalb des eigenen Landes unter Druck, ihre Politiken im Hinblick auf die Piraterie schnell zu ändern und aggressiver gegen die Freibeuter vorzugehen. Die Fischerei und die Schifffahrt stellen einen wesentlichen Wirtschaftszweig in Jemen dar. So waren im Jahr 2000 alleine in

---

<sup>34</sup> Darunter werden sowohl Schiffe, die von Jemen aus „gemanaged“ werden, unter jemenitischer Flagge oder für jemenitische Unternehmen fahren, verstanden.

der Fischerei über 12.200 Menschen beschäftigt und es wurden 114.000 t. Fisch in jemenitischen Gewässern gefangen<sup>35</sup>.

In Zukunft soll die Schifffahrt einen wesentlichen Beitrag zur unbedingt notwendigen Diversifikation der Wirtschaft des Jemen leisten. Insbesondere der Hafen von Aden spielt in diesem Zusammenhang eine wichtige Rolle. Er soll zu einem bedeutenden Warenumserschlagplatz und Handelszentrum entwickelt werden. Dafür wurde bereits ein Container-Terminal errichtet, der seit März 1999 in Betrieb ist. Weiters soll die Einfahrt in den Hafen verbreitert und vertieft werden, um auch den größten Schiffen das Anlegen zu ermöglichen (Vgl. Albrecht 2006, 71)<sup>36</sup>.

Auch das größte Zukunftsprojekt der jemenitischen Wirtschaft ist direkt von der Piraterie und der Sicherheit der jemenitischen Hoheitsgewässer abhängig. In Balhaf<sup>37</sup> wird eine Gasverflüssigungsanlage mit einer Gesamtkapazität von 6.7 Millionen Tonnen pro Jahr und ein Hafen für LNG-Tanker<sup>38</sup> für die Verschiffung errichtet. Mit der Inbetriebnahme der Anlage wird im 3. Quartal 2009 gerechnet. Die Gesamtinvestitionssumme wird mit 4 Milliarden USD budgetiert. Diese durch ein „Joint Venture“<sup>39</sup> errichtete Anlage stellt das größte jemals in Jemen verwirklichte Projekt dar und soll einen wesentlichen Beitrag zur Entwicklung des Landes leisten. Dementsprechend groß ist der Druck auf die Regierung, dass sowohl bei Errichtung als auch bei Betrieb keinerlei Schwierigkeiten auftreten. Ein Übergriff durch Piraten oder ein Anschlag auf einen die Anlage bedienenden LNG-Tanker könnte ungeahnte Folgen für die gesamtwirtschaftliche Lage mit sich bringen.

Wie schnell sich die Angriffsszenarien der Piraten ändern, soll anhand des folgenden Beispiels gezeigt werden: Peter Martin erwähnte noch Anfang des Jahres 2009 in seiner

---

<sup>35</sup> Daten bezogen: World Resources Institute, Earth Trends – Country Profil, *Coastal and Marine Ecosystems—Yemen*, Washington, abrufbar unter: [http://earthtrends.wri.org/pdf\\_library/country\\_profiles/coa\\_cou\\_887.pdf](http://earthtrends.wri.org/pdf_library/country_profiles/coa_cou_887.pdf); (Zugriff: 12.05.2009).

<sup>36</sup> Vgl. offizielle Homepage des Hafens von Aden: <http://www.portofaden.com/>; (Zugriff: 02.05.2009).

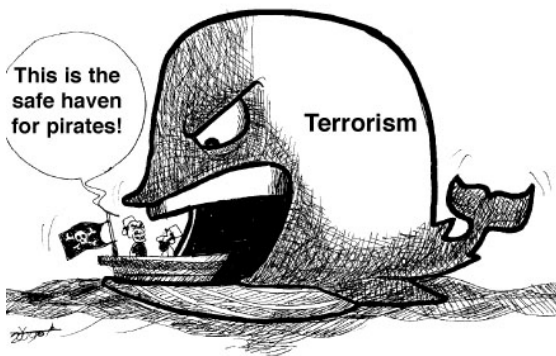
<sup>37</sup> Balhaf liegt ca. 200 km westlich von Mukalla und 400 km östlich von Aden im Süden von Jemen.

<sup>38</sup> LNG steht für „liquefied natural Gas“ (verflüssigtes Erdgas). Über eine 300 km lange Pipeline wird das in der Region um Marib vorkommende Erdgas nach Balhaf transportiert und dort in einer Anlage durch Druck und extreme Abkühlung verflüssigt. In dieser Form kann es auf spezielle Tanker gepumpt und in alle Teile der Welt verschifft werden.

<sup>39</sup> Die ausführende Yemen LNG Company besteht aus einem Konsortium rund um den französischen Ölmulti Total (39,62%). Weiters beteiligt sind die amerikanische Hunt Oil (17,22%), Yemen Gas (16,73%) die koreanischen SK Corporation (9,55%), Korea Gas (6%) und Hyundai Group (5,88%) sowie die jemenitische staatlichen „General Authority for Social Security & Pensions“ (5%). Diese und alle das Projekt betreffende Informationen stammen von der Homepage der Yemen LNG Company: <http://www.yemenlng.com/ws/en/home.aspx>; (Zugriff: 02.05.2009).

Analyse zu der Sicherheit der LNG-Industrie, dass bis dato kein LNG-Tanker von Terroristen und/oder Piraten attackiert wurde. Er begründete dies damit, dass es eines beträchtlichen maritimen Wissens und einer ebensolchen Erfahrung, insbesondere im Umgang mit LNG-Tankern bedürfte, um einen solchen zu überfallen (Vgl. Martin 2009, 166). Dass die im Golf von Aden operierenden Piraten bereits über diese Erfahrung verfügen, stellten sie schon am 29. Jänner 2009 unter Beweis. Hier wurde der von einem deutschen Unternehmen betriebene LNG-Tanker „MV *Longchamp*“ gekapert und in somalische Gewässer verschleppt. Es zeigte sich, dass sich die Einschätzungen im Zusammenhang mit der Piraterie sehr schnell selbst falsifizieren, da es sich nicht mehr um Einzeltäter, sondern um eine florierende Industrie handelt, die sich schnell angepasst und noch schneller entwickelt hat.

**Abbildung 8:**<sup>40</sup>



Sollte es sich bewahrheiten, dass es zu einer vermehrten Zusammenarbeit zwischen Terroristen und Piraten kommt, kann dies zu noch weitaus gravierenderen Folgen für Jemen und die Region führen.

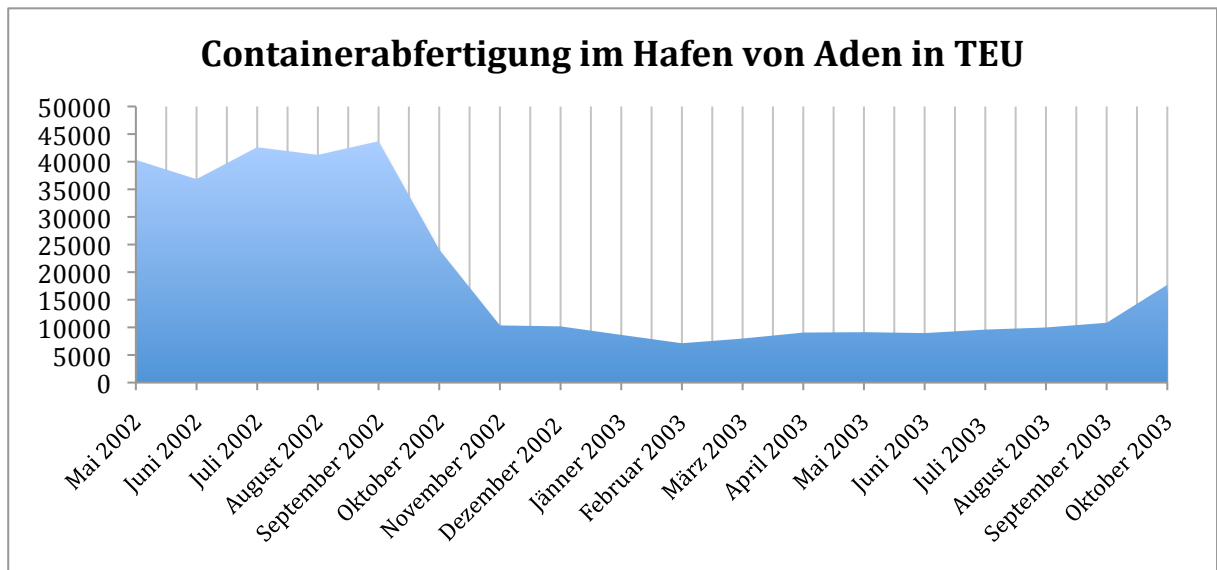
Wie anfällig Jemen für maritimen Terrorismus ist, zeigten die Anschläge auf das Kriegsschiff *USS Cole* im Jahr 2000 und den französischen Tanker *MV Limburg* vom 6. Oktober 2002. Der Anschlag auf die *MV Limburg* hatte schwerwiegende wirtschaftliche Folgen. So stieg der Ölpreis kurzfristig um 1,3% und die Versicherungsprämien für das Anlaufen von jemenitische Häfen verdreifachten sich<sup>41</sup> (Vgl. Lehr 2009, 60).

Das Attentat, zu dem sich später al-Qaeda bekannte, hatte auch langfristige Folgen. Dazu meint Peter Lehr: „Yemen’s economy was the real victim of the terrorist attack.“ (ebd.) Der Hafen von Aden litt besonders stark unter den Langzeitfolgen, die aus dem Rückgang der Schifffahrt resultieren.

<sup>40</sup> Die Befürchtungen, dass Piraten in Zukunft mit islamistischen Terroristen kooperieren könnten werden auch von jemenitischen Journalisten geteilt. So wurde diese Karikatur in der englischsprachigen *Jemen Times* am 27. April 2009 veröffentlicht. Abrufbar unter: <http://yementimes.com/article.shtml?i=1254&p=cartoon>; (Zugriff: 05.05.2009).

<sup>41</sup> Die Versicherungsprämie für das Anlaufen jemenitischer Häfen wurde auf 0,5% des Werts des Schiffsrumpfs und der Maschinen angehoben (Vgl. Lehr 2009, 60). Diese haben dadurch erhebliche Wettbewerbsnachteile zu anderen Häfen der Region (insbesondere Oman).

Abbildung 9<sup>42</sup>



Wie in Abbildung 9 erkennbar, verringerte sich die Menge der abgefertigten Container nach dem Anschlag vom Oktober 2002 stark<sup>43</sup> und erreichte erst vier Jahre später erneut die Marke von 40.000 TEU<sup>44</sup>. Die Republik Jemen rechnete durch den Rückgang der Schifffahrt mit einem Verlust von 3,8 Mill. USD pro Monat (Vgl. Office of Counterterrorism 2002, 1).

Ein Angriff auf die LNG-Industrie oder einen LNG-Tanker würde der jemenitischen Wirtschaft und damit auch den politischen Machthabern noch weit schwerwiegendere Probleme bereiten. Dies geht auch aus einer Einschätzung der Jamestown Foundation hervor, die weiters argumentiert, dass „the stability of President Ali Abdullah Saleh’s regime appears closely tied to the state’s dependence on export sales of it’s hydrocarbons.“ (Solomon 2007)

Dabei ist weiters festzuhalten, dass jede Schwächung der jemenitischen Wirtschaft auch direkt die Stabilität der Regierung Saleh bedroht. In dem derzeitigen System, wie oben beschrieben (Vgl. Kapitel 4), fungieren Zahlungen und andere Zuwendungen an die Bevölkerung als stabilisierende Elemente. Daher ist die Zentralregierung direkt auf hohe Renteneinkommen angewiesen, um sich ihr Überleben zu sichern. Ein Anschlag auf Anlagen, die dieses Einkommen generieren, könnte daher auch direkte Auswirkungen für den Verbleib der „Regierung Saleh“ haben.

<sup>42</sup> Eigene Darstellung, Daten von der Homepage Port of Aden, abrufbar unter: <http://www.portofaden.com/Stat.htm>; (Zugriff: 02.05.2009).

<sup>43</sup> Die abgefertigte Containermenge verringerte sich von im September 43703 TEU auf 24087 TEU im Oktober 2002.

<sup>44</sup> TEU = Twenty-foot Equivalent Unit, ist eine international standardisierte Einheit zur Zählung von Schiffscontainer.

### 5.5.1.2. *Auswirkungen auf den Anspruch auf das Gewaltmonopol*

- *im Inneren*

Es kann davon ausgegangen werden, dass die Angriffe, die innerhalb jemenitischen Territoriums geschehen, den Anspruch des jemenitischen Staats auf das Gewaltmonopol weiter untergraben. Dies stellt erhebliche Kosten dar, insbesondere für einen Staat, der sich bereits in einer ständigen Legitimationskrise befindet.

Diese ergibt sich insbesondere durch die anhaltenden lokalen Unruhen, die der Zentralgewalt die Kontrolle über weite Teile des Staatsgebiets erschweren. Vor allem in den relativ dünn besiedelten ländlichen Gebieten mit tribal organisierter Bevölkerung und schlechter Infrastruktur wie den Provinzen Sa'ada, al-Jauf, Marib, Shabwa, Halimain, Hubail Jabr, Abyan und Teilen der Provinz Danaa kommt es immer wieder zu Auseinandersetzungen zwischen Truppen der Zentralgewalt und Aufständischen<sup>45</sup> (Vgl. Glosemeyer 2006, 279).

Geht man von klassischen Definitionen eines staatlichen Gewaltmonopols<sup>46</sup> aus, so wird man zum Schluss kommen, dass der jemenitische Staat zu keinem Zeitpunkt seiner Geschichte ein zentrales Gewaltmonopol innehatte. Es stehen viele Teile des Landes nicht unter Kontrolle der Zentralgewalt und eine Schusswaffe gehört in Jemen zum Alltag<sup>47</sup>. Im ganzen Land sind auch schwere Waffen einfach zu erhalten. Das öffentliche Tragen von Waffen wird in allen Bevölkerungsschichten akzeptiert und alle bisherigen Versuche einer Entwaffnung oder zumindest Kontrolle sind außerhalb der Städte<sup>48</sup> gescheitert.

---

<sup>45</sup>So kam es Ende April 2009 in den Distrikten Halimain and Hubail Jab zu neuen Zwischenfällen zwischen Regierungstruppen und Aufständischen (Angehörige der „Southern Movement“), als die Armee neue Checkpoints installieren wollte (Vgl. Mus'ed/Saeed 2009) und in der Region Sa'ada herrschen derzeit kriegsähnliche Zuständen

<sup>46</sup>Der Begriff geht auf Max Webers Definition zurück, die besagt, dass in einem rechtlich geordneten Gemeinwesen der Staat allein staatliches Handeln mit der Anwendung physischer Gewalt legitimieren kann. Schneckener meint in diesem Zusammenhang dass, „ein staatliches Gewaltmonopol zur Kontrolle eines Territoriums besteht, wenn der Staat eine Verwaltung besitzt, mit der er seine Ressourcen kontrolliert, und eine Armee und Polizei zur Befriedung lokaler Konflikte sowie zur Entwaffnung privater Gewaltakteure einsetzen kann“. (Schneckener, 2003, 12)

<sup>47</sup>Zur Anzahl der wirklich vorhandenen Schusswaffen gibt es nur vage Schätzungen, die zwischen 50 Millionen (eher als legendärer, mythisch überhöhter Wert zu bezeichnen, der sich aber in vielen Publikationen zu Jemen finden), 15-16 Millionen (Außenministerium von Jemen) und 7.3 Millionen („small arms survey“) liegen (Vgl. Miller 2003, 5 ff.).

<sup>48</sup>In Sana'a und anderen Großstädten wurde das öffentliche Tragen von Schusswaffen bereits 2005 reguliert. Trotz dieser Bemühungen sind auch in den Großstädten weiterhin viele Waffen zu sehen.



Die Übergriffe durch Piraten auf jemenitische Schiffe, und hier insbesondere die Übergriffe in territorialen Gewässern, stellen die Sicherheitsfunktion des jemenitischen Staates weiter in Frage.

In einem ersten Schritt handelt es sich bei den bisher besprochenen resultierenden Kosten um Kosten, die die „Sensitivity“-Dimension der Interdependenzen betrifft. Durch die Ausweitung der Piraterie, die in Somalia ihren Ursprung hat, wird der jemenitische Staat unmittelbar beeinflusst und es entstehen hohe Kosten, die die jemenitische Schifffahrt/Wirtschaft treffen. Auch der Anspruch auf das Gewaltmonopol wird weiter unterminiert, dies führt zu einer erheblichen Destabilisierung der Regierung unter Saleh, was wiederum als Kosten verstanden werden kann.

- *Nach Außen*

Das Gewaltmonopol des jemenitischen Staates wird nicht nur von inneren Kräften hinterfragt. Die Präsenz der internationalen Kräfte am Golf von Aden<sup>49</sup> stellt eine große Herausforderung für alle Anrainerstaaten dar. In realistischen Denkmustern ausgedrückt, bedeutet die Präsenz eine potentielle Bedrohung dar, der die jemenitischen Streitkräfte niemals gewachsen wären. Die von den internationalen Kräften eingerichtete "Maritime Security Patrol Area (MSPA)" führt direkt entlang der jemenitischen Hoheitsgewässer. Jemens Marineeinheiten wären nicht in der Lage zu verhindern, dass Kriegsschiffe auch Akte gegen Piraten innerhalb der territorialen Gewässer setzen.

Diese Infragestellung des Gewaltmonopols findet sich auch in zahlreichen Dokumenten. Ein für das kanadische Institut für Verteidigung und außenpolitische Angelegenheiten erstellter Bericht enthält folgende Aussagen:

„Yemen has a nascent coast guard and is without a navy; Somalia, as an utterly failed state, has no functioning institutions of which to speak. There is no indigenous deterrent to piracy in the GOA, in other words.“ (Lennox 2008, 4)

Und auch Peter Chalk spricht in seinem 2008 erschienenen und von der U.S. Air Force gesponserten RAND Bericht davon, dass die Combined Task Force-Horn of Afrika unter

---

<sup>49</sup> Derzeit (Stand Mai 2009) sind Marineeinheiten der

- US geführte Combined Task Force 151 und Combined Task Force 150
- EU - NAVFOR Somalia – Atalanta
- sowie Einheiten aus China, Russland, Japan, Malaysia und Indien im Golf von Aden präsent.

anderem die Aufgabe habe, die gesamten Meeresflächen von Jemen zu sichern (Vgl. Chalk 2008, 40; zit. n. Schofield 2004, 47). Diese Aussage zeigt, wie sehr sich diese unüberlegte Diktion bereits verbreitet hat. Die „Sicherung“ von fremdem Territorium. Diese Sicherungsfunktion hätte unweigerlich zur Folge, dass der Anspruch auf das Gewaltmonopol des Souveräns ad absurdum geführt wird.

Von der Seite der jemenitischen Entscheidungsträger kommt Kritik im Hinblick auf die internationale Präsenz am Golf von Aden. Dazu meint der jemenitische Außenminister Abu Bakr al-Qirbi in einem Fernsehinterview mit al-Jazeera<sup>50</sup>

„Our concern is that with the presence of all this forces, everybody may have a right or some of them may have an agenda. And this agenda may affect the stability of our region as a whole and not only in the horn of Africa. So this is why Yemen has called [äh] for [äh] countries in our region to take the responsibility and to debate the issue of the security of the red sea, and the gulf of aden and the arab sea. So that we take more responsibility [äh] of safeguarding the international trade routes.“

Diese Aussagen zeigen, dass die jemenitische Regierung die Bedrohung der eigenen Souveränität sehr ernst nimmt. Diese Bedrohung verschärft sich fortlaufend, so wurden mehrere jemenitische Schiffe von den internationalen Einheiten angegriffen, da sie mit somalischen Piratenbooten verwechselt wurden<sup>51</sup>.

Den bisherigen Höhepunkt in diesem Zusammenhang stellt aber die Debatte um Einfahrtsrechte ausländischer Kriegsschiffe in jemenitische Gewässer dar. Nach dem Besuch des französischen Außenministers Bernard Kouchner in Sana'a am 21. Februar 2009 kursierte im Internet das Gerücht<sup>52</sup>, dass Jemen den ausländischen Marineeinheiten auf einer „case-to-case“-Basis erlauben würde, Piraten auch in jemenitischem Hoheitsgebiet zu jagen, wenn es für Jemen nicht möglich sei zu handeln.

---

<sup>50</sup> Interview abrufbar unter: Yemen struggles to fight piracy, [http://www.youtube.com/watch?v=aH1n\\_Ev3Fm8](http://www.youtube.com/watch?v=aH1n_Ev3Fm8); (Zugriff: 02.05.2009).

<sup>51</sup> Siehe z.B. Russian warplane shoots Yemeni boat, Yemenpost, 09.02.2009, abrufbar unter: <http://www.yemenpost.net/63/LocalNews/200819.htm>; (Zugriff: 05.05.2009); oder Yemeni Fishing Boat hit by French Helicopter, Yemenpost, 12.01.2009, abrufbar unter: <http://www.yemenpost.net/63/LocalNews/20086.htm>; (Zugriff: 05.05.2009).

<sup>52</sup> In diesem Zusammenhang wurde auf eine anonyme Quelle aus französischen Diplomatentreisen verwiesen. Siehe z.B. unter: der iranischen Homepage von Press TV, 22.02.2009, abrufbar unter: <http://www.presstv.ir/detail.aspx?id=86398&sectionid=351020206>; (Zugriff: 05.05.2009).

Diese Aussage führte zu diplomatischen Verstimmungen und wurde von offizieller jemenitischer Seite umgehend dementiert. Ali al-Ayashi, Jemens stellvertretender Außenminister für arabische, asiatische und afrikanische Angelegenheiten, verurteilte die Falschaussagen, die direkt gegen die jemenitische Souveränität gerichtet seien. Al-Ayashi wird weiters in einem Artikel des Yemen Observers zitiert: “The issue of fighting piracy by foreign ships in Yemen’s territorial waters is baseless, and Yemen has never agreed to any such procedures.“ (Yemenpost, 2009) Jemen habe mehrfach bewiesen, dass es gegen die Piraterie vorgehe und auch mit den internationalen Kräften kooperiere. Der Kampf gegen Piraten in territorialen Gewässern werde durch die jemenitische Küstenwache und durch gemeinsame Operationen der jemenitischen Navy und der Küstenwache vorgenommen (Vgl. Al-Kibsi 2009, 1).

Dass selbst eine Person, die den höchsten Regierungskreisen angehört, auf ein unbestätigtes Gerücht, welches im Internet kursiert, in derart schneller und entschiedener Art und Weise reagiert, zeigt, wie sehr sich Jemen durch jede Aussage in Richtung ihrer unbeschränkten Souveränität provoziert fühlt.

Der stellvertretende Leiter der Küstenwache von Aden, Abdul Rahman Mosa, führt aus, dass die jemenitische Küstenwache über hoch qualifiziertes Personal verfügt, von dem insgesamt über 1.200 Personen am Golf von Aden im Einsatz stehen. Als Hauptproblem nennt er die fehlende technische Ausstattung: „We have only 3 boats that can sail for 8 continuous hours. We need more boats, with greater capacity, that can sail for several days and enter international waters to engage the pirates.“ (Al-Kibsi 2009, 2)

Diese Aussagen lassen daran zweifeln, dass die jemenitische Küstenwache überhaupt die Möglichkeit besitzt, auch nur einen Bruchteil der Hoheitsgewässer, die jemenitische Küste ist über 3.000 km lang, zu überwachen.

Jeder erfolgreiche Überfall von Piraten in den jemenitischen Gewässern verursacht hohe Kosten, die sich zu einem erheblichen Problem für die Regierung entwickeln können. Abbildung 10 illustriert einige der Interdependenz-Empfindlichkeiten, die durch die Übergriffe für Jemen entstehen und geht auch auf mögliche, weitere Entwicklungen ein.

**Abbildung 10: Übersicht Interdependenz-Empfindlichkeiten („sensitivity“)**

Piratenübergriffe von Somalia ausgehend	Jemenitische Schiffe werden angegriffen	Druck auf die jemenitische Regierung, auf die Bedrohung zu reagieren, wächst von innen (Wirtschaft, Aufständische, Kräfte die gegen den Staat kämpfen u.A.). Kosten der Interdependenz-Empfindlichkeit („sensitivity“) sind zu hoch.
	LNG/Ölwirtschaft ist auf sichere Transportwege angewiesen	
	Übergriffe innerhalb jemenitischer Hoheitsgewässer	
	Reedereien versuchen auszuweichen (laufen andere Häfen an oder nehmen andere Strecke)	
	Mehr internationale Präsenz am Golf von Aden	
	Übergriffe in jemenitischen Hoheitsgewässern	
Piraten und Terroristen arbeiten zusammen	Gefahr des maritimen Terrorismus steigt stark an. Jemen ist ein bevorzugtes Anschlagziel (siehe bereits <i>USS Cole, MV Limburg</i> ). Anschläge auf LNG-Anlagen, Hafeneinrichtungen, Schiffe etc. möglich.	Interner und externen Druck würde EXTREM steigen - „sensitivity“-Kosten ebenfalls. Regierung müsste sehr schnell und wirksam darauf reagieren.

### 5.5.2. „Vulnerability“ - Dimension

Um die strategische Dimension nicht zu vernachlässigen, ist es unbedingt notwendig, sich in einem weiteren Analyseschritt mit den Möglichkeiten der Republik Jemen, auf die Piraterie zu reagieren, und den daraus resultierenden Kosten zu beschäftigen.

In den vorangehenden Ausführungen wurden die bisherigen Ereignisse und deren Auswirkungen auf Jemen analysiert. Hier darf jedoch nicht verkannt werden, dass Jemen in der Vergangenheit bereits zahlreiche Maßnahmen gesetzt hat, um auf die steigenden Kosten der Interdependenz-Empfindlichkeit („sensitivity“) zu reagieren.

Dies wird bisher insbesondere durch

- militärisch/polizeiliche Vorgehensweise (Verstärkung der Marineeinheiten, härteres Vorgehen gegen Piraten und Aufständische im Inland),
- Kooperationen mit anderen Kräften (Ausbildung von Personal im Ausland, Teilnahme und aktive Mitarbeit an internationalen Kooperationen),
- starkes Vorgehen gegen jede Hinterfragung der Souveränität (auch unbestätigte Internetgerüchte)
- und durch Lobbyismus/PR (z.B. in der Mai/Juni 2008 Ausgabe der Zeitung „Foreign Affairs“ hat der Staat Jemen acht Seiten Werbung geschaltet)

versucht zu erreichen.

Alle diese Gegenmaßnahmen haben bisher nur geringe Wirkung gezeigt, sodass der Schluss nahe liegt, dass einige der dadurch entstandenen Kosten besser bereits der „vulnerability“-Dimension zuzuordnen wären, die sich dadurch auszeichnen, dass sie trotz veränderter Politiken entstehen. Die Diskussion welche Kosten welcher Interdependenz-Kategorie idealerweise zuzuordnen sind, soll nicht an dieser Stelle geführt werden. Das Ziel dieses Kapitels ist es, zukünftige Handlungsmöglichkeiten der Republik Jemen aufzuzeigen und zu analysieren. Weiters stehen die durch neue Strategien eventuell auftretenden Kosten („Interdependenz-Verwundbarkeiten“) im Mittelpunkt des Interesses. Ziel jeder Handlungsalternative muss es sein, diese Kosten möglichst zu minimieren. Dabei dürfen neu hinzukommende Kosten, die durch die Anpassung erst entstehen, auf keinen Fall vernachlässigt werden, da diese die kurzfristig erzielten Erfolge schnell qualitativ und quantitativ übersteigen können.

Die ausgewählten Handlungsoptionen können nicht als abschließende Analyse aller Möglichkeiten gesehen werden, sondern stellen einige, als realistisch zu bewertende Vorgehensweisen exemplarisch dar.

## **5.6. Handlungsoptionen der Republik Jemen**

### **5.6.1. Realismus pur - ein militärischer Alleingang der Republik Jemen**

Eine wichtige Handlungsoption ist ganz dem Denkmuster des klassischen Realismus verpflichtet, der davon ausgeht, dass sich Staaten in einem permanenten Überlebenskampf befinden. Ziel eines jeden Staates ist es, seine Macht zu erhalten, zu verfestigen und auszubauen. Wichtigstes Mittel, dies zu erreichen, ist die Möglichkeit der Anwendung von militärischer Gewalt.

Einer der bekanntesten Vertreter der realistischen Schule meint in diesem Zusammenhang „Because some states may at any time use force, all states must be prepared to do so – or live at the mercy of their militarily more vigorous neighbors. Among states, the state of nature is a state of war.“ (Waltz 1979, 102)

Diese realistische Einstellung verkörpert auch der jemenitische Präsident Marschall Abdullah Saleh<sup>53</sup>. Er wurde in der Armee groß und feierte seinen größten innenpolitischen Erfolg durch die Vereinigung von Süd- und Nordjemen im Jahr 1990. Diese Einheit drohte jedoch schon in den Jahren 1993/94 zu zerbrechen. Präsident Saleh reagierte mit dem Einsatz von militärischer Macht und verhinderte die Staatsteilung. Nach etwa zwei Monaten konnten nordjemenitische Truppen mit der Einnahme von Aden den Sieg für sich beanspruchen.

Die neuere Geschichte Jemens zeigt, dass Saleh immer wieder auf militärische Lösungen zurückgreift und auch die in der jetzigen Situation an den Tag gelegte Rhetorik lässt den Schluss zu, dass Jemen gerne im Alleingang gegen die Bedrohungen durch Piraten und maritimen Terrorismus vorgehen würde.

Betrachtet man nun aber die Kosten und die Wirksamkeit einer solchen Vorgehensweise, so kommen schnell Zweifel auf, ob ein Alleingang durch Aufrüstung und Ausbau der Macht überhaupt eine mögliche Lösung für Jemen darstellt.

---

<sup>53</sup> So stellt sich Marschall Saleh auch selbst auf seiner Homepage (<http://www.presidentsaleh.gov.ye>) dar.

Dies ist insbesondere aus folgenden Gründen sehr unwahrscheinlich:

- Die internationale Präsenz am Golf von Aden ist zu stark, selbst das ambitionierteste Aufrüstungsprojekt könnte damit nicht Schritt halten.
- Die Bedrohung, die durch die somalischen Piraten für die Souveränität ausgeht, ist mit der realistischen Denkweise nur schwer zu fassen und auch mit konventionellen militärischen Einsätzen kaum bekämpfbar. Dies insbesondere, weil Angriffe nichtstaatlicher Akteure in den Bedrohungsszenarien kaum eine Rolle spielen. Weiters ist bereits eine starke Militärpräsenz im GOA durch die internationalen Marineeinheiten vorhanden. Diese hat die Piraterie bisher nicht eingedämmt, ganz im Gegenteil, die Übergriffe vervielfachen sich zur selben Zeit.
- Auch finanziell wäre ein Alleingang für die Republik Jemen nur sehr schwierig zu verkraften. Zum einen würden die militärischen Kräfte für den Einsatz auf dem Festland (um gegen Aufstände vorzugehen) fehlen, und zum anderen sind die finanziellen Mittel des Jemens sehr beschränkt. Insbesondere der im Zusammenhang mit der Wirtschaftskrise stark gesunkene Ölpreis hat verheerende Auswirkungen auf das Staatsbudget, da die dadurch erzielten Einnahmen immer noch 70% des gesamten Staatseinkommens darstellen (Vgl. Worldbank 2006, XV ff.).
- Ein Alleingang bedarf einer gewissen Vorbereitungszeit, es werden aber schnelle Handlungsalternativen gebraucht.

Diese Punkte lassen den Schluss zu, dass ein Alleingang auch für die Machthaber in Sana'a nicht als einzige Lösung der Probleme in Frage kommt. Zu hoch wären die damit verbundenen Kosten. Auch die Möglichkeit, dass die getroffenen Maßnahmen nicht ausreichende oder im schlimmsten Fall gar keine Verbesserungen bewirken, stellen ein unkontrollierbares Risiko dar. Sollte ein einmal begonnenes Projekt scheitern, könnte dies für das Saleh-Regime sehr rasch existenzbedrohende Auswirkungen haben.

Eine Aufrüstung, Aufwertung und bessere Ausbildung der Marine und Küstenwache stellt dennoch einen wichtigen Bestandteil der Handlungsalternativen des Jemens dar. Die Verteidigung des Anspruchs auf das Gewaltmonopol gilt als das oberste staatliche Attribut. Dies gilt nicht nur für Aufständische im Inneren, sondern auch für Kräfte, die den Anspruch von außen bedrohen. Eine Stärkung der maritimen militärischen Kapazitäten wäre ein Zeichen an die anderen involvierten Staaten. Es signalisiert die Bereitschaft, gegen die Piraterie in den jemenitischen Hoheitsgewässern vorzugehen und dass die Republik Jemen dies nicht den ausländischen Streitkräften allein überlassen will.

Die bisherigen Kapazitäten der jemenitischen Küstenwache sind, wie bereits mehrfach erwähnt, sehr gering und dürften auch nicht ansatzweise geeignet sein, um gegen die Aggressoren wirksam vorzugehen. Ein wesentliches Problem für der Entwicklung der jemenitischen Küstenwache wird in einer Analyse der Royal Navy angesprochen: das Fehlen von direkten familiären Beziehungen zu Präsidenten Saleh (Vgl. UKMTO 2006, 3). Hier wird deutlich, dass wichtige staatliche Entscheidungen in Jemen direkt von Präsident Saleh und seiner Familie abhängen. Dies zeigt die starke Ausprägung des Klientelismus in Jemen, ein entscheidendes patrimoniales Element innerhalb des jemenitischen politischen Systems. Wie bereits dargestellt, ist dies ein wesentliches Element, welches mich dazu veranlasst, Jemen als neopatrimonialen Staat darzustellen.

In den letzten Jahren dürfte sich die Lage für die Küstenwache jedoch entscheidend verbessert haben. So wurde ein Trainingszentrum errichtet, neue Ausrüstung angeschafft und Kooperationen mit Küstenwachen aus Italien, den USA, Großbritannien und Frankreich beschlossen. Präsident Saleh stellte in seiner Rede zur Eröffnung des Trainingszentrums fest:

„ We have worked to prepare the coast guard forces that reached more than 2,000 individuals, both soldiers and officers, which is good. Now, these forces are responsible for any attempts of infiltration into Yemeni waters, or smuggling of goods, drugs or arms, whose consequences cause big damages to the national economy“. (Almotamar 2006, 1)

### **5.6.2. „Outsourcing“ – eine Teilprivatisierung des Gewaltmonopols**

Eine andere Anpassungsmöglichkeit betrifft ebenfalls die Stärkung der militärischen Schlagkraft. Seit Jahren kann beobachtet werden, dass Private Militärische Unternehmen (PMU)<sup>54</sup> zahlreiche, vormals hoheitliche Funktionen von Staaten übernehmen. Dies betrifft sowohl hoch entwickelte Staaten, allen voran die USA, die Tausende von sogenannten „Contracters“ weltweit einsetzt, als auch Entwicklungsländer. PMU's bieten eine ganze Bandbreite von „Dienstleistungen“ im Sicherheitsbereich an, die von reinem Personenschutz über Nachrichtenbeschaffung bis hin zur Übernahme von ganzen Sicherungsfunktionen von Staaten reicht. Auch der Markt der maritimen Bedrohungen im Golf von Aden wird von den PMU's verstärkt beworben.

---

<sup>54</sup> Bei PMU's handelt es sich um private, gewinnorientierte Unternehmen, die militärische Dienstleistungen anbieten und Aufgaben übernehmen, die die Durchsetzung ökonomischer und politischer Ziele mit Hilfe militärischer Gewalt zum Ziel haben (Vgl. Ruf 2003, 76).



**Tabelle 2: Aktivitäten von ausgewählten PMU's am Golf von Aden/Jemen**

Aegis Defense Services	Das britische Sicherheits- und Militärunternehmen Aegis Defense Services <sup>55</sup> , dessen Hauptmarkt bisher der Irak ist, bereitet sich auf einen Einsatz gegen die Piraten am Golf von Aden vor. Einem Financial Times Artikel <sup>56</sup> zufolge, verhandelt das Unternehmen auch mit den Regierungen von Dschibuti und Jemen über die Installierung eines Anti-Piraten-Kommando- und Kontrollzentrums. Dieses soll als Überwachungszentrale dienen und die Aktivitäten auf den einzelnen Schiffen koordinieren. Aegis bietet sowohl Sicherheitspersonal auf Schiffen an, als auch nach Möglichkeit bewaffneten Begleitschutz.
Blackwater Worldwide (firmiert nun auch unter der Bezeichnung Xe)	Bietet seit Oktober 2008 ein für den Kampfeinsatz umgebautes Schiff ( <i>Mc Arthur</i> ) an, um gegen die Piraterie am Golf von Aden vorzugehen. Als Kunde wird insbesondere die Schiffsindustrie umworben. Das Schiff, welches mit einem eigenen Landeplatz für Helikopter ausgestattet ist, steht aber prinzipiell jedem liquiden Auftraggeber zur Verfügung (Vgl. Osler, David 2008).
HP Terra-Marine International, Tochterunternehmen von HollowPoint Protective Services	Ende Jänner 2009 meldete das Unternehmen auf seiner Homepage den erfolgreichen Abschluss eines Abkommens mit der jemenitischen Regierung. „ <i>Our Bases in Yemen allows us to provide our maritime clients with professional armed security personnel for onboard vessel security through the east-west route in the Gulf of Aden. [...] HP Terra-Marine International now provides transport by boat of our personnel to and from the client's vessel offshore from our ports of operation.</i> “ (HollowPoint 2009).
REDfour MSS	Das Unternehmen gründete zusammen mit HP Terra-Marine International ein Joint Venture, um gemeinsam verstärkt am Markt rund um den Golf von Aden tätig zu sein.
Phoenix Intelligence Support Services	Das private Sicherheitsunternehmen organisierte eine internationale Anti-Piraterie-Konferenz im Mai 2009 in Kairo,

<sup>55</sup> Dieses Unternehmen wurde 2002 von niemand geringerem als Tim Spicer gegründet, der zuvor bei Sandline International beschäftigt war. Er war sowohl an der Sandline-Affäre in Papua Neuguinea als auch in Sierra Leone direkt beteiligt (Vgl. Scahill 2007, 165).

<sup>56</sup> (Vgl. Pfeifer 2009)

Ägypten. Dazu meinte Bo Fielding, der Geschäftsführer, in einer Presseaussendung: „Auf dieser internationalen Konferenz kommen die wichtigsten Entscheidungsträger erstmals mit Fachleuten zusammen, die reale Lösungen vorschlagen, die sich in kürzester Zeit auf dem Meer und auch an Land auswirken werden. Die Konferenz bietet insofern mehr, als nur ein Diskussionsforum zu diesem wichtigen Thema“. (Phoenix Intelligence Solutions Services 2009) Die Art der Veranstaltung und deren Vermarktung lassen den Schluss zu, dass es sich dabei in Wirklichkeit um eine Lobbyveranstaltung von PMU's handelt.

Diese, keinesfalls als abschließend zu sehende Auflistung zeigt, wie stark die Regierungen der Region derzeit von PMU's umworben werden. Für Jemen eröffnet sich dadurch die Möglichkeit, mit ihnen zu kooperieren und ihnen gewisse Aufgaben zu übertragen. Beispielsweise könnte die gesamte Sicherung der jemenitischen Hoheitsgewässer vor Piraten an private Sicherheitsunternehmen ausgelagert werden. Diese Vorstellung klingt zwar ungewöhnlich, jedoch zeigt die Vergangenheit, dass die Möglichkeiten der privaten Sicherheitsunternehmen nahezu unbegrenzt sind. Dieses Geschäft könnte sich für die kontraktierenden Firmen in zweifacher Weise lohnen. Zunächst wäre der Vertrag mit Jemen gut dotiert und in Folge hätte man dadurch einen Wettbewerbsvorteil im Hinblick auf das Geschäft mit Reedereien vor allen anderen Mitbewerbern in der Region.

Es ist durchaus fraglich, ob Jemen überhaupt die finanziellen Mittel aufbringen könnte, dies zu finanzieren. PMU's handeln rein marktwirtschaftlich und nehmen hohe Risiken auf sich, die sie sich aber im Gegenzug auch vergüten lassen. Oft sind die Auftraggeber, wie in unserem Fall Jemen, nicht in harter Währung zahlungsfähig. Hier werden dann oftmals Zahlungen in Form von Übertragungen von Ausbeutungsrechten an Ressourcen (beispielsweise Anteile am Öl/LNG Geschäft) vorgenommen (Vgl. Ruf 2003, 81).

Neopatrimoniale Systeme brauchen aber finanzielle Mittel (Rentensystem), um die Klientelbeziehungen zu pflegen und Stämme bzw. die Bevölkerung durch gezielte Gewährung von Vorteilen bei Laune zu halten.

„Die seit den 90er-Jahren anhaltende Privatisierung und Liberalisierung der Wirtschaft sorgen

dafür, dass die Renteneinkommen schmaler und damit die Patronagemöglichkeiten der Politik geringer (oder doch zumindest verändert) werden.“ (Erdmann 2001, 7) Würde die Republik Jemen hier in großem Stil Aufträge an PMU's vergeben, dann wäre weniger Geld zur Verteilung verfügbar. Die Zahl derer, die nicht mehr in den Genuss von Leistungen des Patrons kommen, würde steigen und die Bereitschaft in Opposition zu der Regierung zu treten ebenfalls.

Eine vollständige Ausgliederung der Überwachung und Verteidigung der territorialen Gewässer würde die radikalste Lösung darstellen. Diese könnte sich kurzfristig durchaus als Erfolg erweisen. Die Beiziehung von PMU's wurde vor allem durch die USA salonfähig gemacht und könnte von anderen Staaten daher nur schwer kritisiert werden. Allen voran die USA, aber auch Großbritannien verwenden selbst zahlreiche „Contractors“ in ihren Auslandseinsätzen und zusätzlich stammen die meisten Firmen aus diesen Ländern.

Im Kampf gegen die Piraterie könnte sich der Einsatz von PMU's als erfolgreich erweisen. Sie sind sehr schlagkräftig, flexibel und verfügen über das neueste Equipment und ein weiterer, wahrscheinlich der bedeutendste Vorteil kommt ihnen im Gegensatz zu konventionellem Militär zugute. Sie könnten auf derselben Ebene wie ihre Gegner kämpfen. Dies würde eine ganz neue Situation bringen, stellt doch gerade die Asymmetrie der Kombattanten den Hauptvorteil der Piraten dar. Diese asymmetrische Kriegsführung, wie sie der Politikwissenschaftler Herfried Münkler bezeichnet, zeichnet sich dadurch aus, dass die vermeintlich militärisch „Unterlegenen“ dies in ihren Vorteil verkehren. Die Piraten sind auf den ersten Blick nicht von Zivilisten zu unterscheiden, agieren völlig unberechenbar und handeln nicht im Einklang mit internationalem Recht. Kurzum, sie stellen eine andere Art eines Gegners dar, auf welche konventionelle Streitkräfte nur schwer reagieren können. Dies ist keinesfalls eine Besonderheit im Bereich der Piraterie, sondern ist in vielen derzeit herrschenden Konflikten zu beobachten (man denke nur an Selbstmordattentäter) und stellt ein wesentliches Merkmal eines „neuen Kriegs“ dar.

Eine Privatisierung der Sicherungsfunktionen des Staates auf maritimen Gebiet könnte zwar in einem ersten Schritt stabilisierend wirken und die „sensitivity“-Kosten eindämmen. Über einen längeren Zeitraum betrachtet, hat dies aber zur Folge, dass die Staatlichkeit weiter schwindet. Werner Ruf erklärt dies durch die Ausuferung der Gewaltmärkte, die Unkontrollierbarkeit der PMU, ihr zumindest potenzieller Beitrag zur Auflösung von

Staatlichkeit, die transnational organisierte private Aneignung von attraktiven Ressourcen (Vgl. Ruf 2003, 81). Diese Ausführungen zeigen, dass sich die Kosten auf Seite der „vulnerability“-Dimension nach eventuellen ersten Erfolgen über einen längeren Zeitraum stark erhöhen. Die Erfahrungen, wie z.B im Irak, in Sierra Leone oder in der Republik Kongo haben gezeigt, dass Einsätze der PMU nicht dazu neigen, das staatliche Gewaltmonopol zu verfestigen, sondern ganz im Gegenteil sie katalysieren eine Entstaatlichung.

Es gibt aber zahlreiche Möglichkeiten, einzelne Dienstleistungen von PMU's zuzukaufen oder andere Kooperationen mit ihnen einzugehen. Diese Möglichkeiten werden von Jemen durchaus in Erwägung gezogen und es gibt bereits erste Vertragsabschlüsse.

Bis heute hat der Jemen jedoch noch keinen Vertrag geschlossen, der eine Übergabe der Kontrolle über die hoheitlichen Gewässer bedeuten würde. Sollte es in der Zukunft zu solchen Vereinbarungen kommen, kann befürchtet werden, dass die „vulnerability“-Kosten die Erfolge über einen längere Zeitraum gesehen bei weitem übersteigen werden. Bestenfalls können Kooperationen in Bereichen der Ausbildung oder in der Beschaffung/Anmietung von militärischem Equipment eine Handlungsmöglichkeit darstellen.

### **5.6.3. Regimebildung – bilaterale, regionale und internationale Kooperation**

Für Jahrhunderte wurden die Meeresflächen primär für zwei Zwecke verwendet: Schifffahrt und Fischerei (Vgl. Keohane/Nye 1977, 86). Die technische Entwicklung führte dazu, dass immer mehr Möglichkeiten, die Ozeane zu nutzen, entdeckt wurden (hier sei nur auf „Offshorefelder“ - für die Ausbeutung von Erdöl und Erdgas oder in neuerer Zeit „Offshore-Windparks“ verwiesen) und auch das Thema der Verschmutzung der Meere wurde immer wichtiger. Auch die Menge, der über das Meer transportierten Güter, und die Fischerei stiegen stark an. Dadurch entstanden zahlreiche wechselseitige Abhängigkeiten verschiedenster Natur. Dies alles führte dazu, dass sich das Thema der Meere vermehrt auch zu einer Agenda der internationalen Politik entwickelte.

Nicht zuletzt darum beschäftigen sich Robert Keohane und Joseph Nye in dem bereits mehrfach erwähnten Buch „Power and Interdependence“ eingehend mit der Entstehung des

neuen internationalen Politikfelds („policy“) maritime Angelegenheiten/Meer<sup>57</sup>. Hier zeigen sie in eindrucksvoller Weise auf, welchen wichtigen Stellenwert die Weltmeere in der internationalen Politik besitzen. Heidi Simonis, Ministerpräsidentin von Schleswig-Holstein, meinte in ihrem Plädoyer für eine koordinierte „Europäische Meerespolitik“ gar: „Wir stehen am Beginn eines maritimen Jahrhunderts [i. Orig. fett].“ (Simonis 2004, 1)

Eines der wichtigsten Themen in diesem Zusammenhang war stets die Bestimmung der Breite des Küstenmeers. Die lange gültige Dreimeilenzone, die sich aus der tatsächlichen Beherrschbarkeit der Küste entwickelte (Reichweite einer Kanone), wurde durch die Entstehung neuer Waffen zunehmend hinterfragt. Bereits 1912 weitete Russland sein Küstenmeer auf 12 Seemeilen aus.

Das internationale Seerecht wurde erstmals in den vier Genfer Übereinkommen „United Nations Convention on the Law of the Sea (UNCLOS I)“ kodifiziert. Hier konnte zwar keine Einigung über die Küstenmeerbreite erzielt werden, dennoch stellt es zusammen mit dem Seerechtsübereinkommen der Vereinten Nationen 1982 „United Nations Convention on the Law of the Sea (SRÜ)“ nach wie vor das wichtigste Vertragswerk dar (Vgl. Fischer/Köck 2004, 167).

Gemäß SRÜ (Art. 3 SRÜ) besitzt nun jeder Küstenstaat das Recht, die Breite seines Küstenmeeres bis zu 12 Seemeilen festzulegen. Das Abkommen trat am 16. November 1994 in Kraft und bis heute (Stand 05.02.2009) traten 158 Staaten bei<sup>58</sup>. Die Republik Jemen ratifizierte bereits am 21. Juli 1987 und auch Somalia trat am 24. Juli 1989 (noch unter Siad Barre) dem Abkommen bei.

Ein wesentlicher Meilenstein hin zur Etablierung eines internationalen Regimes der Weltmeere stellte die Errichtung des internationalen Seegerichtshofs in Hamburg, der 1996 seine Arbeit aufnahm, dar.

Wie ist das SRÜ nun aber theoretisch einzuordnen? Dazu möchte ich auf den theoretischen Teil verweisen. Die Definition eines internationalen Regimes von Stephan D. Krasner

---

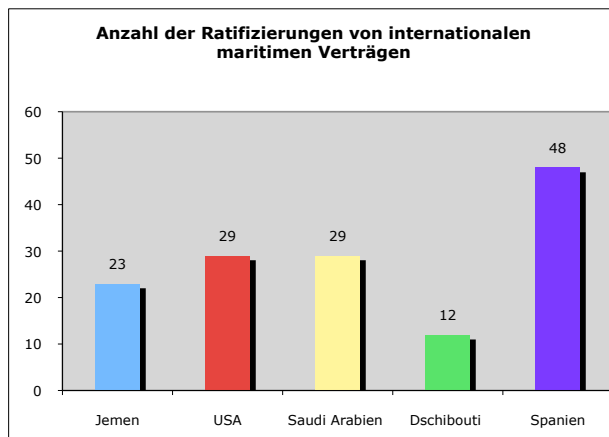
<sup>57</sup> Siehe: Kohane, O. Robert, Nye, S. Joseph (1977). *Power and Interdependence. World Politics in Transition*, Kapitel 4-6.

<sup>58</sup> Daten stammen von der „UN Division for Ocean Affairs and the Law of the Seas“, abrufbar unter: [http://www.un.org/Depts/los/reference\\_files/status2008.pdf](http://www.un.org/Depts/los/reference_files/status2008.pdf); (Zugriff: 07.05.2009).

beschreibt die Situation sehr treffend. Das SRÜ stellt das wichtigste Dokument im maritimen Problemfeld der internationalen Beziehungen dar. An den darin enthaltenen Prinzipien, Normen, Regeln und Entscheidungsverfahren orientieren sich die Erwartungen der Akteure und der auf dessen Basis errichtete internationale Seegerichtshof entscheidet über resultierende Streitigkeiten. Daraus ist abzuleiten, dass es sich bei der SRÜ um ein internationales Regime im Bereich der Politik der Weltmeere handelt. Bemerkenswert ist, dass bis heute die wichtigste militärische und politische Macht der Welt, die Vereinigten Staaten von Amerika, diesem Regime nicht beigetreten sind. Der Anwendbarkeit der SRÜ tat dies keinen Abbruch, was die Annahme Keohanes, es brauche in Zukunft zur Gründung eines Regimes nicht mehr zwanghaft einen Hegemon unterstützt.

Das SRÜ ist jedoch nicht das einzige internationale Regime im maritimen Bereich. Die „International Convention for the Safety of Life at Sea (SOLAS)“ stellt das wichtigste Regime im Bereich der Sicherheit für Handelsschiffe dar. Ein weiterer wichtiger Meilenstein waren die im Juli 2004 erfolgten Änderungen der SOLAS. Hier wurde unter anderem der ISPS („International Ship and Port Facility Security Code“) implementiert. Der ISPS Code „aimed at providing a standardized, consistent framework for evaluating risk, enabling governments to offset changes in threat levels with changes in vulnerability for ships and port facilities (Raymond/Morrien 2009, 4).“ Dies betrifft sowohl die Häfen als auch Schiffe, die einen Hafen anlaufen. Für Hafeneinrichtungen müssen z.B. spezielle Sicherheitspläne erstellt und Sicherheitspersonal ausgewiesen werden, Schiffe müssen vor Einlaufen ihre genaue Ladung bekannt geben und ebenfalls Notfallpläne erstellen. Die IMO zeigt sich mit der Performance der unterzeichneten Länder sehr zufrieden und meldete bereits knapp sieben Monate nach Inkrafttreten des ISPS Code, dass 94% aller teilnehmenden Staaten für 97% aller Hafenanlagen Sicherheitspläne erlassen haben. Dies bedeutet, über 9.600 Hafenanlagen halten den Minimumsicherheitsstandard des ISPS Code ein (Vgl. IMO 2005). Raymond/Morrien setzten sich in einer Bewertung durchaus kritisch damit auseinander und befürchten, dass „for many, the ISPS Code became nothing more than a checklist with temporary priority; part of a string of other compliance projects that also needed to be completed to stay in business (Raymond/Morrien 2009, 6)“.

Abbildung 11:<sup>59</sup>



Sowohl das SRÜ, als auch die SOLAS wurden von Jemen ratifiziert. Dies zeigt, dass sich Jemen bereits in der Vergangenheit an internationalen Regimes im maritimen Bereich beteiligt hat und bereit ist, seine Handlungsautonomie nach außen einschränken zu lassen<sup>60</sup>.

Die Beantwortung der Frage, wann Staaten dazu bereit sind, auf einen Teil ihrer Souveränität und den damit einhergehenden Machtverlust zu akzeptieren, ist Teil der Regimetheorie und wird kontroversiell diskutiert. Keohane führt dazu die Kosten-Nutzen-Relation als entscheidendes Kriterium an. Je höher der Nutzen ist, den ein Staat aus einer Bindung ziehen kann, desto mehr Kosten ist er bereit, dafür in Kauf zu nehmen. Insbesondere die Interdependenzdichte im jeweiligen Problemfeld beeinflusst den möglichen Nutzen. Wie bereits gezeigt, verfügt Jemen im maritimen Bereich über eine hohe Interdependenzdichte und ist von Veränderungen unmittelbar betroffen. Auf der anderen Seite verfügt Jemen nur über ein eingeschränktes Potential, Alleingänge zu finanzieren. Dies bedeutet, dass er aus einer koordinierten Vorgehensweise potentiell einen besonders großen Nutzen ziehen kann. Insbesondere in der derzeitigen Situation, in der der Druck auf Jemen auf verschiedenen Ebenen steigt, bieten Kooperationen ein mögliches Entlastungspotential.

Hier könnten auch regional gebildeten Regimen eine entscheidende Rolle zukommen. Dies hätte zur Folge, dass weniger Staaten an einer Kooperation beteiligt sind. „Die Anzahl der Staaten beeinflusst insbesondere die Kostenseite der Regimebildung. Je mehr Staaten an einem Regime beteiligt sind, um so schwerer ist es, Kooperationen dezentral durchzusetzen (Zangl 2003, 128f).“

<sup>59</sup> Eigene Darstellung, Daten stammen von der IMO-Homepage, abrufbar unter: [http://www.imo.org/Conventions/mainframe.asp?topic\\_id=248](http://www.imo.org/Conventions/mainframe.asp?topic_id=248); (Zugriff: 07.08.2009).

<sup>60</sup> In dem Fall „CHAI SIRE REEFER II“ des internationalen Seegerichtshof (ITLOS) wurde 2001 eine Anklage gegen die Republik Jemen von Panama erhoben. Die jemenitische Küstenwache zwang einen Fischkutter, der unter der Flagge von Panama fuhr, aufgrund Fischereirechtsverletzungen wieder in Mukalla anzulegen und gab diesen nicht frei. Nach einigen Tagen wurde der Fall jedoch aufgrund einer Einigung zwischen Panama und Jemen von der Liste der Fälle des Gerichtshofs wieder gelöscht. Dennoch kann die schnelle Einigung auf die bloße Existenz des ITLOS zurückgeführt werden.

Und auch auf der Nutzen-Seite könnte sich eine regionale Lösung als vorteilhaft erweisen, da die Interessen der Länder der Region vergleichbar sind. Sie alle sind von den Handelsrouten durch den Golf von Aden und weiter den Suezkanal direkt abhängig und auch die internationale Kriegsflotte stellt für alle Staaten der Region eine potentielle Herausforderung dar.

Auf jemenitischer Seite gibt es starke Anzeichen dafür, dass man durchaus für eine Kooperation mit den Nachbarländern offen wäre. Dies ist durchaus nicht selbstverständlich, da sich das Verhältnis zu den Nachbarstaaten in der Vergangenheit nicht immer als konfliktfrei darstellte. Insbesondere die Beziehung zu Saudi Arabien ist durch zahlreiche Krisen, Konflikte und sogar kriegerische Auseinandersetzungen gekennzeichnet.<sup>61</sup>

Hier möchte ich auf das bereits zitierte Interview des jemenitischen Außenministers al-Qirbi verweisen, in dem er erklärt, dass Jemen die Länder der Region aufruft, ihrer Verantwortung nachzukommen und die Region und deren internationale Handelsrouten gemeinsam erfolgreich zu schützen<sup>62</sup>.

Tabelle 3 zeigt die bisherigen Schritte zur Entwicklung eines regionalen maritimen Sicherheitsregimes. Die Republik Jemen war bereits in der Vergangenheit immer besonders bestrebt, gemeinsame Lösungen zu erzielen. Dies zeigt sich dadurch, dass bereits das erste relevante Treffen im April 2005 in Sana'a unter der Schirmherrschaft Jemens stattgefunden hat. Auch alle weiteren Treffen wurden von höchstrangigen jemenitischen Delegierten besucht. Des Weiteren wurden alle Absichtserklärungen und auch der „Code of Conduct“ von Dschibuti innerhalb des Treffens im Jänner 2009 unterzeichnet.

---

<sup>61</sup> Die Beziehungen zwischen Saudi Arabien und Jemen sind durch zahlreiche Konflikte gekennzeichnet. 1934 kam es wegen eines Territorialkonflikts zum Krieg zwischen Saudi Arabien und der damaligen jemenitischen Monarchie, der mit einem Sieg Saudi Arabiens endete. 1962 unterstützte Saudi Arabien die Monarchisten bei dem Kampf um die Vorherrschaft im nordjemenitischen Bürgerkrieg. Die durch Ägypten unterstützten republikanischen Kräfte siegten. Ein weiterer Höhepunkt wurde im ersten Golfkrieg erreicht. Als Jemen sich nicht direkt auf die kuwaitische Seite stellte, verwies Saudi Arabien tausende jemenitische Gastarbeiter des Landes. Und das vorerst letzte Kapitel wurde 2000 mit dem Vertrag von Jidda geschrieben, als ein latent schwelender Grenzkonflikt zwischen Jemen und Saudi Arabien beendet wurde.

<sup>62</sup> Interview abrufbar unter: Yemen struggles to fight piracy, [http://www.youtube.com/watch?v=aH1n\\_Ev3Fm8](http://www.youtube.com/watch?v=aH1n_Ev3Fm8); (Zugriff: 02.05.2009).



**Tabelle 3: Entwicklung eines regionalen Regimes<sup>63</sup>**

Datum / Ort	Art des Treffen / Erfolge	TeilnehmerInnen
April 2005, Sana'a / Jemen	„Sub“-Regionales Seminar zur Piraterie und bewaffnete Überfälle gegen Schiffe und die maritime Sicherheit „Sana'a Seminar“ → „Resolution on Prevention and suppression of piracy and armed robbery against ships and enhancement of maritime security“ wurde einstimmig verabschiedet. Dies führte zur Entwicklung eines Entwurfs für ein „ <b>Memorandum of Understanding (MoU)</b> “.	Vertreter aus Dschibuti, Ägypten, Eritrea, Äthiopien, Jordanien, Oman, Saudi Arabien, Somalia, Sudan und Jemen
Jänner 2006, Maskat / Sultanat Oman	„Oman Workshop“ → MoU (nun mit Konzept für ein regionales maritimes Informationszentrum/system). wurde weiter verbessert und abgestimmt. Als „work in progress“ deklariert.	Dschibuti, Ägypten, Eritrea, Jordanien, Oman, Somalia and Jemen
November 2007	25. Versammlung der IMO, hier wird die Resolution A.1002(25) verabschiedet. Aufruf an alle Regierungen in der Region, gemeinsam mit der IMO ein Abkommen zur Bekämpfung, Überwachung und Abschreckung der Piraterie in der Region zu implementieren.	
April 2008, Daressalam / Tansania	„Sub-Regional meeting on piracy and armed robbery against ships in the western indian ocean, gulf of aden and red sea area“: Gemeinsame Taktiken werden entwickelt. „ <b>Memorandum of Understanding</b> “ wird unterzeichnet.	60 VertreterInnen aus 13 Staaten (u.a. Jemen) und internationale Organisationen
November 2008 Kairo / Ägypten	Hochrangiges Meeting in Kairo. Gemeinsames Interesse/Notwendigkeit einer regionalen Lösung wurde besprochen. Keine konkreten Vereinbarungen.	Ägypten, Saudi Arabien, Jemen, Sudan, Somalia, Dschibuti und Jordanien
Jänner 2009 Dschibuti	Meeting in Dschibuti → „ <b>Code of Conduct</b> “ wurde von neun Staaten (darunter auch Jemen und Somalia) noch während des Treffens unterzeichnet und trat dadurch bereits in Kraft. Insgesamt sind 21 Staaten aus der Region zur Unterzeichnung eingeladen. Kooperationen im Bereich der Bekämpfung der Piraterie wurden vereinbart. Daneben soll jeder Staat seine nationalen Gesetze im Hinblick auf die Piraterie und bewaffnete Überfälle überarbeiten. Es wurde die Möglichkeit von gemeinsamen Aktionen (inkl. militärischer Natur, insb. gemeinsame Patrouillen) vereinbart und auch die Errichtung von Beobachtungs-, Trainings- und Informationszentren, darunter das regionale maritime Informationszentrum in Sana'a. Weiters wurden alle INGO's und auch Nato, EU etc. aufgerufen, die unterzeichnenden Staaten finanziell und technisch zu unterstützen. Es beschränkt aber keinesfalls die Souveränität des Staates über das jeweilige Küstenmeer.	VertreterInnen aus 17 Staaten (inkl. Jemen) sowie Beobachter aus anderen IMO-Mitgliedstaaten; Sonderorganisationen der Vereinten Nationen und Gremien sowie die internationalen, regionalen, zwischenstaatlichen und Nicht-Regierungs-Organisationen.

Vorbild für den gesamten Prozess war das „Regional Cooperation Agreement on Combating Piracy and Armed Robbery against Ships in Asia (ReCAAP)“, dies stellt das erste regionale zwischenstaatliche Abkommen im Bereich des Kampfs gegen Piraterie und bewaffnete Überfälle dar. Das Abkommen wurde von 16 Staaten unterzeichnet und ratifiziert und ist seit 4. September 2006 in Kraft. Hier stand insbesondere der Aufbau eines Informationszentrums „Information Sharing Center“ in Singapur im Vordergrund. Daneben wurden weitere gemeinsame Aktionen (auch militärischer Natur), welche für eine wirksame gemeinsame Bekämpfung der maritimen Bedrohungen unbedingt notwendig sind, vereinbart (Vgl.

<sup>63</sup> Eigene Darstellung; Daten stammen von (IMO 2009 a, b).

Singapore Government, 1f.).

Die Schritte bis zu dem Treffen in Dschibuti und die Verabschiedung des „Code of Conduct“ stellen wesentliche Meilensteine in der Entwicklung eines regionalen Regimes dar. Jedoch zeigt sich bei genauerer Betrachtung, dass die beteiligten Staaten bisher nicht gewillt sind, ihr vermeintlich höchstes Gut, die territoriale Souveränität, preiszugeben (in Art. 15 lit. explizit ausgeschlossen). Piraten und andere bewaffnete Gewalttäter halten sich nicht an territoriale Grenzen, sie nützen sie aus. Genau hierin liegt einer der Schwachpunkte aller bisherigen Maßnahmen. Denn erst wenn eine grenzüberschreitende Verfolgung eines Piratenschiffs möglich ist, können sich Piraten nicht durch das Überqueren von territorialen Grenzen vor einem Zugriff schützen<sup>64</sup>.

Bereits das SRÜ beschäftigt sich mit dieser Thematik und regelt in Art. 111 das Recht der „hot pursuit“. Jedoch ermöglicht dies eine Verfolgung nur unter bestimmten Bedingungen und ausschließlich in den „high seas“.

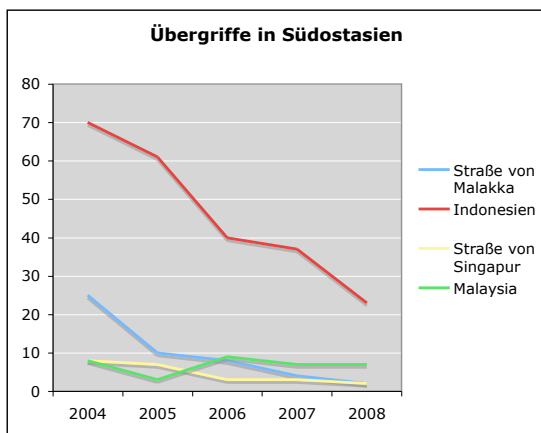
Dazu findet sich in einem Kommentar: *„as soon as the ship being pursued enters the territorial sea of its flag State or that of a third State the right of hot pursuit ceases. This applies regardless of where the pursuit commences. This recognizes the sovereignty of a State in its territorial sea over all matters. In that situation, any enforcement for violations will be a matter for resolution between the State concerned, and may fall under bilateral or multilateral agreements to which those States are parties.“* (Nordquist 1995, 257)

Hier könnte Artikel 7 des „Code of Coduct“ eine entscheidende Rolle zukommen. Diese Bestimmung ermöglicht es den teilnehmenden Staaten, sogenannte „embarked Officers“ einzusetzen. Diese Personen, die fremdes Personal darstellen, werden voll in die Strukturen des anderen teilnehmenden Staates integriert und sie können dadurch an gemeinsamen Patrouillen teilnehmen. Die Erfahrungen, die in Südostasien mit dieser Form von Integration gemacht wurden, sind durchaus vielversprechend.

---

<sup>64</sup>Auf Basis des bereits erwähnten ReCAAP wurden ebenfalls koordinierte Patrouillen der Anrainerstaaten Indonesien, Malaysia und Singapur ermöglicht. Die gemeinsamen Aktionen machen so nicht mehr vor den Grenzen der Hoheitsgewässer Halt.

Abbildung 12<sup>65</sup>



Erst als der Druck auf die Anrainerstaaten groß genug war, gingen diese von ihren nationalen Interessen ab und vereinbarten gemeinsame Aktionen, die über die territorialen Grenzen hinweg gehen. Diese koordinierte Vorgehensweise konnte zahlreiche Erfolge erzielen. Die Zahl der Übergriffe sinkt in den beteiligten Gebieten kontinuierlich (siehe Abbildung 12).

Die Frage nach der für die teilnehmenden Staaten entstehenden Kosten ist in diesem Zusammenhang sehr schwer zu beantworten, da derartig tiefgreifende Kooperationen eine Vielzahl von Kosten mit sich bringen. Der Druck von außen könnte dadurch aber durchaus gesenkt werden und auch Rufe nach mehr Einsatz und einer Internationalisierung<sup>66</sup> der Gewässer könnten verstummen. Die weiteren Auswirkungen im Inneren und auch nach außen sind sehr schwer zu bewerten. Dennoch glaube ich, dass der Nutzen einer verstärkten Kooperation die Kosten für die Republik Jemen schnell übersteigt.

Ob weitere Schritte in diese Richtung unternommen werden, hängt vom politischen Willen der Eliten in der Region ab. Sollte sich die Situation am Golf von Aden nicht verbessern, so werden sich die Kosten für alle Beteiligten weiter erhöhen und die Rufe nach tiefgreifenden Lösungen lauter werden. Diese betreffen immer auch zumindest indirekt die Souveränität der Küstenstaaten und dadurch werden diese gut beraten sein, alle ihre Handlungsalternativen zu analysieren.

## 5.7. Abschließende Bemerkungen

Wie bereits dargestellt, wirken sich die anhaltenden Übergriffe von somalischen Piraten massiv und direkt auf die Republik Jemen aus. Diese Auswirkungen sind mannigfaltig und bedrohen auch das Herzstück einer Nation, die nationale Souveränität. Um nicht in ihrem

<sup>65</sup> Eigene Darstellung, Daten stammen von: IMB 2008, 6

<sup>66</sup> Israel forderte bereits nach der Blockade des Bab el-Mandeb durch Ägypten und Jemen, während des Oktoberkriegs 1973, eine Internationalisierung des Roten Meers.

eigenen Überleben bedroht zu sein, muss die jemenitische Elite in Zukunft entschieden auf diese Bedrohungen reagieren.

Abdullah al-Faqih, Professor für Politikwissenschaft an der Universität Sana'a, bringt die Situation auf den Punkt: „Yemen has completely failed to face marine piracy in its waters because of its lack of marine forces and the vast area of the Gulf of Aden.“ (Assamiee 2008)

Dieses bisherige Versagen wirkt sich, wie dargestellt, in hohen Kosten sowohl auf der Ebene der Sensitivity- als auch Vulnerability-Interdependenzen aus. Die Handlungsalternativen Jemens schränken sich zusehend ein und dadurch erhöht sich die Gefahr, dass noch höhere Kosten entstehen. Dieses Kapitel hat aufgezeigt, dass jedoch bereits erste wichtige Schritte eingeleitet wurden und Jemen insbesondere in den arabischen Staaten um Kooperationen wirbt. Um diese schwierige Situation in den Griff zu bekommen, ist Jemen auf Hilfe angewiesen, ob diese zugekauft wird (PMU's), durch eine internationale Kooperation (Jemens Beteiligung an EU/NATO-Operationen) oder durch die Bildung eines funktionierenden regionalen maritimen Sicherheitsregimes erreicht wird, ist bisher ungewiss. Dennoch zeigen die bisherigen Aussagen und Bemühungen, dass Jemen sich stark an der Etablierung eines Sicherheitsregimes beteiligt.

Da die derzeitige Situation am Golf von Aden sich täglich verändert, sind sowohl sofortige als auch langfristige Reaktionen gefragt. Offensichtlich ist, dass die jemenitische Küstenwache für ihre Aufgaben derzeit zu wenig Ausrüstung und Personal besitzt und das Budget bei weitem nicht reicht. Dies wird auch von der Küstenwache selbst offen zugegeben und sie wirbt bei allen Gelegenheiten um Unterstützung<sup>67</sup>. Hier könnte eine eingeschränkte und befristete Kooperation mit PMU's durchaus gewünschte kurzfristige Effekte mit sich bringen. Die Gefahren, die dadurch auf längere Sicht für den gesamten Staat entstehen könnten, und die bisherige Erfahrung zeigen aber, wie gefährlich jede Privatisierung des Gewaltmonopols ist.

Zusammengefasst kann gesagt werden, dass der jemenitische Staat die Bedrohung, die von den somalischen Piraten ausgeht, sehr ernst nimmt und alle Handlungsmöglichkeiten in

---

<sup>67</sup> So auch beim „9th Meeting of the UN Informal Consultative Process on Oceans & the Law of the Sea“ 2008. Hier wurden 7 Lösungsansätze der Yemen Coast Guard präsentiert. Darunter findet sich auch die Beschaffung von neuen Schiffen, die den Anforderungen entsprechen (wenn möglich mit anderen Nachbarländern gemeinsam, um die Erhaltungs-, Trainings-, und Beschaffungskosten zu minimieren).

Erwägung ziehen muss. Dies bedeutet, dass auf alle Fälle die eigenen maritimen Kapazitäten stark ausgebaut werden müssen. Ob dies durch die Kooperation mit anderen Streitmächten oder auch teilweisen Zukauf von PMU's geschieht, ist eine Ermessensfrage, die von den jemenitischen Verantwortlichen beantwortet werden muss.

Es zeigt sich immer mehr das Bild, dass die Sicherung der Seerouten durch das Rote Meer und den Golf von Aden, die Lebensadern des Welthandels sind, eine Aufgabe ist, die von den Anrainerstaaten nur gemeinsam erfüllt werden kann. Sollten sich Bestrebungen in diese Richtung nicht als wirksam erweisen, werden internationale Mächte ihre Präsenz weiter erhöhen. Dies würde den Anspruch auf das Gewaltmonopol, insbesondere von schwächeren Staaten wie Jemen, erneut auf die Probe stellen. Daher kann es nur im Interesse der jemenitischen Eliten sein, regionale Lösungen zu finden.

In dieser Bewertung fehlt der wichtigste Lösungsansatz bewusst. Es liegt auf der Hand, dass die Piratenbedrohung langfristig nur eingedämmt werden kann, wenn sich die Situation in Somalia entscheidend ändert. Das wird vermehrt auch von den politischen Machthabern verstanden und es gibt erste Versuche, neue Perspektiven für den „failed state“ Somalia zu entwickeln. Dies wird noch viel Zeit in Anspruch nehmen und ein Erfolg ist mehr als nur ungewiss. Das Ziel dieses Kapitels war es jedoch, die derzeitige Situation, vor der die Republik Jemen steht, zu analysieren und mögliche Handlungsoptionen aufzuzeigen. Daneben ist ein aktives Engagement des Jemens für die Entwicklung und Gestaltung einer Zukunft für Somalia unbedingt notwendig.

## **6. Die Migrationsbewegung am Golf von Aden**

### **6.1. Begriffe**

#### **6.1.1. Flüchtling**

Flüchtlinge sind Personen, die aufgrund einer Notsituation (Bürgerkrieg, Verfolgung, Folter usw.) ihren bisherigen Lebensraum verlassen und in einem anderen Landesteil (Binnenflüchtling) bzw. im Ausland (Asyl) Schutz suchen. Den Begriff des politischen Flüchtlings definiert das Flüchtlingshochkommissariat der Vereinten Nationen (UNHCR), entsprechend der Genfer Flüchtlingskonventionen enger. Unter Flüchtlingen werden hier Menschen verstanden, die sich aus wohlbegründeter Furcht vor Verfolgung (aus politischen, rassistischen, ethnischen oder religiösen Gründen) im Ausland aufhalten. Bei dieser engeren Definition sind aber weder die Binnenflüchtlinge noch die durch ökologische Katastrophen und extreme Unterentwicklung vertriebenen Armutsflüchtlinge berücksichtigt (Vgl. Rieger 2004, 240).

Bisher bekommen in Jemen alle somalischen MigrantInnen „prima facie“-Flüchtlingsstatus zugesprochen und daher werden in dieser Arbeit alle SomalierInnen, die langfristig nach Jemen kommen, als Flüchtlinge bezeichnet.

Die Praxis der „prima facie“-Anerkennung hat sich als Reaktion auf Massenfluchtbewegungen entwickelt. In diesen Fällen erweist es sich als schwierig, jeden einzelnen Asylantrag nach den in der UN-Flüchtlingskonvention und im Protokoll festgelegten Verfahren zu prüfen. Daher werden in diesen Fällen die einzelnen Mitglieder der Gruppe als „prima facie“-Flüchtlinge, ohne besondere Überprüfung, anerkannt. Auch in dem Fall der somalischen Flüchtlinge in Jemen wird diese Praxis angewendet (Vgl. UNHCR 2007, 3).

Auch die erweiterte Definition des Flüchtlingsbegriffs durch die Konvention von 1969 über spezielle Aspekte der Flüchtlingsprobleme in Afrika hat zu der Entwicklung dieser Praxis beigetragen.

„Gemäß Art. 1 Abs. 2 dieser Konvention ist der Begriff „Flüchtling“ zusätzlich zu den in der Genfer Konvention von 1951 und im Protokoll von 1967 aufgeführten Personenkategorien auch auf Personen anzuwenden, die infolge einer Aggression von außen, einer Besetzung,

einer Fremdherrschaft oder von Ereignissen, die die öffentliche Ordnung in ihrem Land ernstlich stören, entwurzelt wurden.“ (ebd.)

### **6.1.2. Migration**

Unter dem Begriff der Migration werden alle Wanderungsbewegungen verstanden, gleich welcher Verursachung, mit denen Gruppen oder Individuen ihren Wohnsitz vorübergehend oder ständig verändern (Vgl. Rieger 2002, 537). Unter diese breitere Definition fallen demnach sowohl somalische als auch alle anderen nicht jemenitischen Menschen, die sich in Jemen niederlassen. Für diese Arbeit ist jedoch die Unterscheidung zwischen MigrantInnen und Flüchtlingen nicht entscheidend, da alle somalischen Neuankömmlinge sofort als „prima facie“-Flüchtlinge anerkannt werden. Sollte sich an dieser Praxis etwas ändern, so würde dann auch der Unterscheidung zwischen MigrantIn und Flüchtling eine entscheidende Rolle zukommen.

## **6.2. Tradition der Migration/Emigration**

Jemen, heute eines der Hauptaufnahmeländer von Flüchtlingen aus Somalia, hat, bedingt durch die geographische Lage am Horn von Afrika und in unmittelbarer Nähe zu den reichen Golfstaaten eine lange Tradition der Migration (sei es als Ursprungs-, Ziel- oder Transitland) (Vgl. MSF 2008, 6).

„In historischen Quellen finden sich Hinweise auf verschiedene Wanderungsbewegungen großer Bevölkerungsgruppen, die schon in vorislamischer Zeit aus Jemen insbesondere nach Ostafrika hinüberzogen.“ (Meyer 1986, 9)

Und auch in den folgenden Jahrhunderten kam es immer wieder zu größeren und kleineren Wanderbewegungen in verschiedenste Teile der Welt.

Insbesondere viele aus dem Hadramaut<sup>68</sup> stammende Personen emigrierten in weite Teile der Welt. Als Hauptauswanderungsländer werden insbesondere Indien, Ostafrika, Ägypten und Saudi Arabien genannt. Dazugehörige Zahlen finden sich nur sehr schwer und werden immer als Richtwerte angegeben. Einer Schätzung aus den frühen 1930-ern zufolge lebten 90.000 bis 100.000 Hadramis im Ausland, davon ca. 13.000 alleine in Ostafrika. In allen größeren

---

<sup>68</sup> Das Wadi Hadramaut (auch Hadhramaut) liegt im Osten des Jemens und war bis 1967 ein britisches Protektorat und wurde erst 1990 in das heutige Jemen eingegliedert. Die bekannteste Auswanderfamilie aus dem Hadramaut stellt wohl die Familie Bin Laden dar.

Hafenstädten des Horns von Afrika befanden sich eigene Hadrami-communities (Vgl. Freitag 2003, 38ff.).

Es gab aber auch schon damals eine Gegenbewegung. So war auch das Hadramaut das Zielgebiet vieler MigrantInnen. So gab es in al-Shiḥr, dem Haupthafen des Hadramauts, im 19. Jahrhundert zumindest ein indisches und ein somalisches Viertel (Vgl. Freitag 2003, 47). Auch aus den anderen Landesteilen des heutigen Jemens kam es weiterhin zu zahlreichen Auswanderungsströmen. Um 1975 lebten bereits 150.000 bis 250.000 Personen aus Nordjemen als Langzeitemigranten auf der ganzen Welt verstreut (Vgl. Meyer 1968, 10). Hier spielen die nahe gelegenen Golfstaaten, allen voran Saudi Arabien, eine entscheidende Rolle. Ab den 1960er-Jahren kam es zu einer verstärkten temporären Arbeitsimmigration in die anderen Golfstaaten. Diese basiert auf der ungleichen Verteilung des Erdölreichtums und der dadurch induzierten wirtschaftlichen Expansion in den Förderländern der Golfregion. Mitte der 1980ern arbeiteten bis zu 1,5 Millionen JemenitInnen im Ausland (Vgl. Baldwin-Edwards 2005, 11).

### **6.3. Jemen als Aufnahmeland**

Heute leben zwar nach wie vor viele JemenitInnen, sowohl als Langzeit- als auch als Kurzzeit-MigrantInnen im Ausland. Für diese Arbeit sind jedoch die MigrantInnen, die nach Jemen (als Aufnahmeland) kommen, von Interesse, stellen doch gerade sie eine zentrale Herausforderung für die Republik Jemen dar.

Seit dem Sturz von Siad Barre im Jahr 1991 befindet sich Somalia in einem anhaltenden Ausnahmezustand. Die Phasen der zahlreichen Regierungsumstürze, internationalen Einsätze und der allgemeinen Ignoranz werden von humanitären Katastrophen begleitet. Die Zivilbevölkerung ist der größte Verlierer der Situation in Somalia und so verwundert es auch nicht, dass tausende SomalierInnen als Flüchtlinge in alle Welt ziehen. Von dieser dramatischen Migrationsbewegung ist die Republik Jemen aus verschiedenen Gründen besonders stark betroffen. Die Annahme, dass ein so massiver Zustrom von Menschen für ein Land Auswirkungen hat, darf wohl als unbestritten bezeichnet werden und wird als Voraussetzung für diese Arbeit dienen. Ziel dieses Kapitels ist es daher, aufgrund dieser Wanderbewegung sich entwickelnde Folgen zu analysieren und mögliche Handlungsoptionen für Jemen aufzuzeigen.



## 6.4. Derzeitige Migrationsbewegung

Tausende Menschen riskieren jährlich ihr Leben, um vor dem Konflikt, der Gewalt, Dürre und Armut aus Somalia nach Jemen zu flüchten. Die Überfahrt über den Golf von Aden auf den kleinen, meist überladenen Booten ist sehr gefährlich und viele SomalierInnen bezahlen diese mit ihrem Leben<sup>69</sup>. Dennoch steigen die Zahlen der neuankommenden Flüchtlinge in der Republik Jemen kontinuierlich an. So wurde von der UNHCR für das Jahr 2008 ein Anstieg um 70% auf nun über 50.000 Neuankömmlinge (in 2007, 29.500) gemeldet<sup>70</sup>.

Gesicherte, absolute Zahlen für alle in Jemen lebenden, aus Somalia stammenden Flüchtlinge und AsylwerberInnen gibt es derzeit allerdings nicht. Das hohe Flüchtlingskommissariat der Vereinten Nationen rechnet mit insgesamt 126.000 somalischen Flüchtlingen, die in Jemen leben. Abu Bakr al-Qirbi, Jemens Außenminister, kommentiert diese Daten sehr kritisch: „those registered with the UNHCR represent only the tip of an iceberg.“ (IRIN 2008a, 1)

Auch der jemenitische Minister für Soziales und Arbeit, Amat Al-Razaq Hummad, erklärt: „we cannot speak about correct figures or statistics because African emigrants are reaching Yemeni coasts illegally.“ (Saba 2009a, 2) Die jemenitische Regierung selbst geht von Werten zwischen 500.000 und 800.000 afrikanischstämmigen Flüchtlingen aus, die Mehrzahl davon aus Somalia (Vgl. IRIN 2008a, 1; Al-Wad'ee 2008,1).

Da es für somalische Flüchtlinge keine legale Möglichkeit gibt um nach Jemen einzureisen, bezahlen sie Menschenhändler, der Preis für eine Überfahrt variiert dabei zwischen USD\$ 50 und USD\$ 200, je nach Route und Art des Boots. Als Ausgangspunkt für die Überfahrt dient meist die Hafenstadt Bossasso<sup>71</sup> in der teilautonomen Provinz Puntland (siehe Karte auf Seite 128). Eine weitere teurere Route beginnt in Dschibuti über das Rote Meer. Dabei beginnt die Flucht der Menschen aber oft viel früher, sie ziehen hunderte Kilometer weit aus allen Landesteilen von Somalia, um bis an die Nordküste zu gelangen.

---

<sup>69</sup> Das UN-Flüchtlingshochkommissariat (UNHCR) schätzt für 2007, dass wenigstens 5% der Menschen, die die Reise angetreten haben, die Küste von Jemen nicht lebend erreicht.

<sup>70</sup> Daten stammen von UNHCR 2009a, 1 sowie United States Committee for Refugees 2009, 1

<sup>71</sup> Bossasso liegt im Nordosten von Somalia in der teilautonomen Provinz Puntland. Die Hafenstadt entwickelt sich immer mehr zum Zentrum von Schmuggel, Waffenhandel und Piraterie. Eine Karte dazu findet sich im Anhang.

Die Bedingungen der mehrtägigen Überfahrt sind menschenunwürdig und viele dieser als „boat people“ bezeichneten Flüchtlinge überleben sie nicht<sup>72</sup>. Der französische Journalist Daniel Grandclément riskierte 2007 die Überfahrt auf einem dieser Schmugglerboote, hier einige Passagen aus seinem Bericht:

„Die Enge ist unbeschreiblich. [...] Sogar unter die Decksplanken, in den Kielraum, haben sie Menschen gepfercht. Ich weiß nicht, wie sie dort unten Luft bekommen [...] Die meisten sind das erste Mal auf dem Meer, müssen sich ständig übergeben – und eine Tüte ist selten zur Hand [...] Am dritten Tag spiele ich mit dem Gedanken, über Bord zu springen, um dem Martyrium zu entgehen. [...] In der letzten Nacht werfen sie uns brutal aus dem Boot, kurz vor der Küste.“ (Tagesschau 2007, 1)

Diese Aussagen und die Zahl der angespülten Leichen lassen die humanitäre Katastrophe, die am Golf von Aden herrscht, erahnen. Dennoch nimmt die Weltöffentlichkeit kaum Notiz davon. Die Aussage von UN-Flüchtlingskommissar António Guterres unterstreicht dies eindeutig:

„When we compare the needs with what we do, we have to confess that we are doing very little compared to what is needed. I make a strong appeal to the international community to help Yemen. But Yemen is a very poor country. The international community needs to give solid support Yemen to help the country cope with its challenges.“ (IRIN 2008a, 1)

## **6.5. Einwanderungspolitik im Jemen**

Die derzeit herrschende Politik im Umgang mit Flüchtlingen in Jemen kann als zwiespältig bezeichnet werden. Die Republik Jemen hat als einziges Land der Arabischen Halbinsel die Genfer Flüchtlingskonvention und dessen Zusatzprotokoll aus dem Jahre 1967 unterzeichnet. Eine adäquate nationale Umsetzung gibt es bis heute dennoch nicht. Die einzige nationale gesetzliche Grundlage für den Umgang mit MigrantInnen stammt aus dem Jahre 1991 und ist laut Sulaiman Tabrizi, Leiter der Abteilung für internationale Organisation im jemenitischen Justizministerium, nicht in Übereinstimmung mit der Flüchtlingskonvention. Seit Jahren wird über eine Neufassung debattiert und im Februar 2008 wurde ein neuer Vorschlag ausgearbeitet, der bisher aber vom Parlament nicht angenommen wurde. Daher fehlt bis heute immer noch ein wirksames Gesetz für den Umgang mit MigrantInnen (Vgl. IRIN 2008b, 1).

---

<sup>72</sup> Die Boote sind völlig überfüllt und oft kaum mehr seefähig. Die Menschen sitzen teilweise aufeinander, können sich nicht bewegen und werden ständig geprügelt. Fäkalien und Erbrochenes sind überall. Tote sind auf der Überfahrt keine Seltenheit und werden über Bord geworfen. Eine gute Zusammenfassung bietet ein von der Organisation „Ärzte ohne Grenzen“ erstellter Bericht „No Choice“ . Dieser basiert auf 250 Interviews, die mit Menschen aus 69 Booten geführt wurden. Abrufbar unter: [http://www.msf.org.uk/yemen\\_no\\_choice\\_20080619.news](http://www.msf.org.uk/yemen_no_choice_20080619.news); (Zugriff: 02.06.2009).

Somalia und Jemen haben eine lange Tradition von Migration und Kommunikation, die schon vor dem Kollaps des somalischen Staats bestand. Diese ist durch die Nachbarschaft und die kulturellen und religiösen Ähnlichkeiten bedingt (Vgl. Grabundzija et al. 2006, 50). Die enge Verbindung widerspiegelt sich auch im Umgang mit somalischen Flüchtlingen. So wird jeder somalische Flüchtling von der jemenitischen Regierung als „prima facie“-Flüchtling anerkannt und genießt dadurch zahlreiche Rechte.

Im Gegensatz dazu werden alle äthiopische MigrantInnen als illegale Einwanderer gesehen und die jemenitischen Sicherheitskräfte haben Befehl vom Innenministerium, äthiopische Neuankömmlinge sofort festzunehmen. Dabei wird keine Unterscheidung zwischen MigrantInnen und AsylwerberInnen gemacht, alle gelten als illegal und sollen möglichst rasch wieder abgeschoben werden. Dabei wird ihnen nicht die Möglichkeit eingeräumt, eventuell bestehende Asylgründe vorzubringen, was einem Verstoß gegen Artikel 33 („Grundsatz der Nichtzurückweisung“) der Flüchtlingskonvention gleichkommt (Vgl. MSF 2008, 9).

Dieser Zustand deckt sich mit den Ausführungen weiter oben zu der institutionalisierten Informalität. SomalierInnen können bislang darauf vertrauen, dass sie als Flüchtlinge anerkannt werden. Dies ist ihnen jedoch durch kein Gesetz und keine Institution zugesichert, sie sind letztendlich vom „good will“ der Behörden und in letzter Instanz des Patrons abhängig. Dagegen ist die Haltung gegenüber den äthiopischen Flüchtlingen vollkommen anders, sie werden als nicht legitime Flüchtlinge von dem politischen System Jemens gesehen und es wird mit aller Schärfe gegen sie vorgegangen. Ob sich in Zukunft der Umgang mit den in Jemen lebenden und den neuankommenden SomalierInnen nicht verschärft, ist durchaus ungewiss. Eine veränderte Vorgangsweise wird zahlreiche Konsequenzen mit sich bringen (um nur ein Beispiel zu nennen: es ist mit einer starken Reaktionen der somalischen Diaspora zu rechnen).

## **6.6. Analyse**

Eine starke Einwanderung hat eine Vielzahl von Auswirkungen auf das Senderland und ebenso viele hat es auch auf das Aufnehmerland. Die Verbindungen zwischen Sender- und Aufnehmerland sind nicht zu unterschätzen, Migrationsbewegungen können zahlreiche demographische, soziale und kulturelle Veränderungen mit sich bringen. In dieser Arbeit liegt

der Fokus auf den möglichen Auswirkungen des Flüchtlingsstroms von Somalia auf das Aufnehmerland Jemen. Theoretisches Fundament stellt die bereits bekannte Interdependenzanalyse dar. Wichtig ist dabei festzuhalten, dass, wie schon mehrfach beschrieben, im Zentrum der Analyse die entstehenden Kosten stehen. Innerhalb dieses Kapitels ist es durchaus schwierig, die durch die Migration entstehenden Kosten zu identifizieren, geschweige denn, diese dann einer Kategorie zuzuordnen.

Das Konzept der Kosten ist hier in einer breiteren Definition zu verstehen. Kosten können in allen Bereichen entstehen und sind nicht immer in Geldeinheiten messbar. Ich werde in diesem Kapitel von verschiedensten Veränderungen sprechen – all diese stellen potentielle Kosten dar, die es in der Analyse zu berücksichtigen gilt. Die Verbindungen zwischen Somalia und Jemen, als Sender- und Aufnahmeland, werden stetig größer und dadurch wächst auch die Gefahr, dass bereits kleine Veränderungen im herrschenden System zu bedeutenden Kosten im jeweils anderen Land führen.

Die anhaltende Migrationsbewegung hat, wie eingangs festgehalten, in vielerlei Bereichen Auswirkungen auf die Republik Jemen. Der Minister für Soziales und Arbeit bringt dies auf den Punkt: "No doubt that African refugees, whose numbers are increasing immensely, represent great burdens on Yemen." (Saba 2009, 1)

In der Debatte um somalische Flüchtlinge wird sichtbar, dass die JemenitInnen sich einerseits mit dem Schicksal der Flüchtlinge solidarisieren und sich verpflichtet fühlen, ihnen Hilfestellungen zu bieten. Andererseits werden sie aber als „burden“ – Last wahrgenommen und mit zunehmender Zahl werden auch die Ressentiments gegen die Zuwanderer größer. Es gab bereits Berichte in lokalen jemenitischen Medien, die von einer Verbreitung von HIV/Aids und einem Anstieg der Kriminalität und Prostitution im Zusammenhang mit SomalierInnen berichteten (Vgl. UNHCR 2007, 3). Derartige Berichte stören die fragile Ordnung und diese könnte durch die anhaltende Wirtschaftskrise und andere Faktoren, hier insbesondere Wasserknappheit, weiter und nachhaltiger gestört werden.

Auch Najim Atheer, Helfer des Welternährungsprogramms in Jemen und für die Austeilung von Essensrationen im Flüchtlingscamp Kharaz zuständig, schlägt mit seinen Aussagen in die selbe Kerbe :

„The increasing influx of refugees in Yemen causes a great burden on its already fragile economy and limited resources [...] Unemployment and inflation are very high, job opportunities very low, water resources are a problem, especially in the northern part of the country, and integration is very difficult.“ (UNV 2008, 1)

### **6.6.1. Ausbreitung von Konflikten**

Die anhaltende Migrationsbewegung wirft jedoch noch weitere Fragen in Bezug auf den Sicherheitsbereich auf. Kristian Gleditsch und Idean Salehyan beschäftigen sich in einer Studie aus dem Jahre 2006 mit der Gefahr der Übertragung von Konflikten durch MigrantInnen. Durch quantitative Forschung kommen sie in ihrer Analyse zum Ergebnis, dass Flüchtlinge aus einem Nachbarland das Risiko eines innerstaatlichen Konflikts signifikant erhöhen. Dabei argumentieren sie nicht, dass jede Fluchtbewegung zwangsläufig zum Überschwappen eines Konflikts führen muss, aber es gibt Anzeichen, dass eine große Anzahl von „vertriebenen“ Menschen die Sicherheitsrisiken im Aufnehmerland erhöht.

Dieser Anstieg von Sicherheitsrisiken wird durch verschiedene Faktoren beschrieben:

- Veränderung der ethnischen Zusammensetzung des Aufnehmerlandes
- Verschärfung der ökonomische Konkurrenz
- Import von gewaltbereiten Kämpfern und Ideologien, die dem Ausbruch von Gewalt zuträglich sind
- Unterstützung der Opposition im Sender- sowie Aufnehmerland.

Weiters wird festgehalten, dass die überwiegende Zahl der MigrantInnen Opfer und nicht Täter von Gewalt sind und durch die Studie nicht dämonisiert werden sollen. Dennoch soll der Gedanke, dass Bevölkerungsverschiebungen nicht nur Konsequenz eines Konflikts, sondern auch Auslöser eines solchen sein können, erlaubt sein.

### **6.6.2. Veränderung der ethnischen Zusammensetzung**

Glaubt man den offiziellen jemenitischen Schätzungen, so halten sich im gesamten Land ca. 800.000 somalische Flüchtlinge auf. Im Gegensatz dazu sind jedoch lediglich 126.000 somalische MigrantInnen bei der UNHCR registriert.

**Tabelle 4: Verhältnis Flüchtlinge zur Gesamtbevölkerung<sup>73</sup>**

<b>Aufnahmeland</b>	<b>Verhältnis Flüchtlinge zur Gesamtbevölkerung</b>
Jordanien	1:9
Libanon	1:12
<b>Jemen</b>	<b>1:21 (Regierung)</b> <b>1:180 (UNHCR)</b>
Tschad	1:37
Pakistan	1:90
Serbien	1:97
Zypern	1:100
Venezuela	1:109

Hinzu kommt, dass die Flüchtlingsbevölkerung in Jemen keinesfalls homogen auf das Land aufgeteilt ist. UNHCR unterhält ein Flüchtlingscamp in Kharaz, in dem über 9.000 Menschen dauerhaft leben, die meisten sind Jugendliche unter 18 und Frauen. Die meisten anderen somalischen Flüchtlinge ziehen in urbane Gegenden rund um die Städte Taizz, Aden und Sana'a weiter.

Diese regionale ungleiche Verteilung der Flüchtlinge führt dazu, dass in diesen Regionen die ethnische Zusammensetzung stärker beeinflusst wird. Daher argumentierten auch Salehyan und Gleditsch, dass ihre Auswirkungen in bestimmten Regionen und Gebieten besonders gravierend seien (Vgl. Salehyan/Gleditsch 2006, 349).

In der Region um das Flüchtlingscamp Kharaz kam es bereits vermehrt zu Problemen mit den dort beheimateten Stämmen, zuletzt während des Besuchs des niederländischen Staatssekretärs für auswärtige Angelegenheiten Bert Koeneders im März 2008. Hier musste das Camp Kharaz von Soldaten bewacht werden, nachdem ca. 200 bewaffnete Stammesangehörige<sup>74</sup> eindringen wollten, um ihren Forderungen an die jemenitische Regierung Nachdruck zu verleihen. Koeneders erklärte später zu dem Vorfall: „Tribes in the

---

<sup>73</sup>Quellen: eigene Darstellung, Daten stammen von: United States Committee for Refugees 2008; Al-Wad'ee 2008,1

<sup>74</sup> Wie bereits beschrieben, ist das Tragen einer Waffe in Jemen weit verbreitet und stellt nicht notwendigerweise eine aggressive Bedrohung dar.

district are hostile because they want to force the Yemeni government to grant certain favors.“  
(Al-Ariqi 2008,1)

Dies zeigt, dass bereits erste Sicherheitsrisiken im Zusammenhang mit Flüchtlingen entstanden sind. Hier zeigt sich UNHCR sehr bemüht und versucht deeskalierend zu wirken, indem auch Dienstleistungen für die ansässige jemenitische Bevölkerung erbracht werden, insbesondere Gesundheitsversorgung und Bildungsmaßnahmen (Vgl. UNHCR 2007, 318f.).

Salehyan und Gleditsch schreiben gerade den Flüchtlingen aus Nachbarstaaten eine besondere Rolle zu: „we do not expect the risk of civil war in the United States to be affected by the influx of refugees from Somalia, but Somali refugees could increase the risk of civil conflict in Ethiopia.“ (Salehyan/Gleditsch 2006, 350)

Hier beziehen sie sich besonders auf den Faktor der Sippe oder des Clans. Obwohl auch Jemen in Stämme aufgeteilt ist, ist das Risiko, dass sich somalische Einwanderer mit speziellen Stämmen aufgrund ihrer Gemeinsamkeiten verbünden, weitaus geringer als beispielsweise in Äthiopien. Im Staatsgebiet von Äthiopien leben viele Somalis (Region Ogaden). Hier ist es naheliegend, dass somalische MigrantInnen sich mit den Somalis, die in der äthiopischen Ogadenregion leben, in ihrem Kampf um Unabhängigkeit von Äthiopien solidarisieren.

Dies ist in Jemen zwar nicht der Fall, dennoch stellt die ethnische Veränderung durch somalische Einwanderer eine potentielle Gefahr für die jemenitische Stammesordnung dar.

### **6.6.3. Exkurs: Auswirkungen auf den jemenitischen „Heiratsmarkt“**

Die ethnische Veränderung wirkt sich auch in vielen sozialen und kulturellen Lebensbereichen aus. Hier sei exemplarisch auf den „Heiratsmarkt“ verwiesen. In der Republik Jemen ist es für Männer durchaus üblich, mehrere Ehefrauen zu haben und auch die Tradition des „Brautpreises“ ist weit verbreitet. Die Höhe variiert je nach Region und Ansehen der Brautfamilie, stellt aber für viele potentielle Ehemänner und deren Familien eine große finanzielle Herausforderung dar (Vgl. Cline 1994, 1). Für viele Familien der Braut ist das Brautgeld eine willkommene Einkommensquelle und nicht selten kommt es vor, dass es dadurch zu arrangierten Zwangshochzeiten kommt.

Ein besonders krasser Fall, der den Weg in die Weltöffentlichkeit gefunden hat, ist der der Nojoud Ali. Die Achtjährige wurde von ihrem Vater an einen 22 Jahre älteren Mann „verkauft“. Nojoud gab sich mit ihrem Schicksal nicht zufrieden und erreichte die Scheidung durch ein Gericht in Sana'a. Dies stellt eine kleine Revolution dar. Nojoud Ali wurde 2009 der Women World Award verliehen. Dieser Extremfall illustriert exemplarisch, wie lebendig die Tradition der Zwangsheirat und des Brautgeldes auch im modernen Jemen noch ist

In diesem Zusammenhang ist die Rolle der somalischen Flüchtlingsfrauen zu beachten. Junge Somalierinnen flüchten oft alleine in den Jemen und haben hier keinerlei Familien<sup>75</sup>. Sie sind daher potentielle „Gratis“-Ehefrauen. Dies mag für westliche LeserInnen befremdend erscheinen, stellt aber für eine Kultur, in der ein Brautpreis fest verankert ist und gewisse Sicherheitsfunktionen für Brautfamilie und Ehepaar erfüllt, eine potentielle Bedrohung für das soziale Gleichgewicht dar. Jemenitische Frauen im heiratsfähigen Alter konkurrieren nun mit somalischen Flüchtlingsfrauen, die kein Brautgeld kosten. Natürlich muss bedacht werden, dass diese im sozialen Rang und Ansehen am unteren Ende der Hierarchie stehen, jedoch gerade für sozial schwächere Familien bzw. Ehemänner könnte der Kostenfaktor eine entscheidende Rolle bei der Frauenwahl spielen. Die somalischen Frauen sind daher direkte Konkurrentinnen von jemenitischen Frauen, die aus weniger angesehenen Familien stammen. Aber genau diese Familien sind es, für die das Brautgeld von entscheidender Bedeutung ist. Diese Entwicklung birgt einiges an sozialer Sprengkraft in sich, die schnell zu hohen Kosten führen kann.

#### **6.6.4. Ökonomische Situation:**

Bisher sind viele somalische Flüchtlinge, die sich in städtischen Gebieten niedergelassen haben, im informellen Sektor tätig. Frauen haben es oftmals einfacher, Arbeit zu finden, da sie in vielen privaten Haushalten beschäftigt werden, Männer arbeiten meist als Hilfsarbeiter, Tagelöhner und in handwerklichen Bereichen (Vgl. Grabundzija et al. 2006, 52).

Ein wesentlicher Faktor sind in diesem Zusammenhang die Auswirkungen der herrschenden wirtschaftlichen Krise. Die jemenitische Regierung gibt diesbezüglich kaum Informationen und Daten nach außen. Ahmed Ismail Al-Bawab, Universitätsprofessor und für die staatsnahe

---

<sup>75</sup> Laut UNHCR-Statistik sind zwischen 20 und 30% aller Neuankömmlinge Frauen. Bei den durch Ärzte ohne Grenzen durchgeführten Interviews gaben 46% aller interviewten Frauen an, Single zu sein und 43% kamen völlig allein in den Jemen (Vgl. MSF 2008, 23).

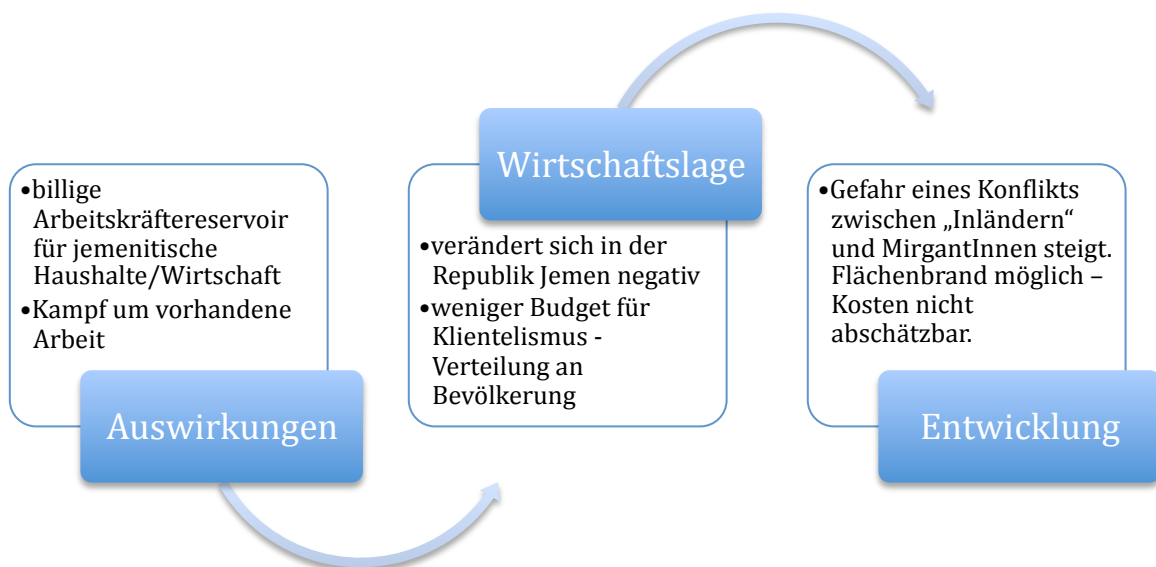


Yemen Bank for Reconstruction and Development tätig, meint in einem Interview gar, dass die derzeitige „Weltkrise“ Jemen auf keinen Fall betrifft. In weiterer Folge liefert er aber keinerlei stichhaltige Beweise für diese Hypothese und widerspricht sich selbst, indem er später davon spricht, dass der sinkende Ölpreis Jemen stark beeinträchtigt (Vgl. Al- Omari 2009, 1).

Die Regierung unter Saleh ist sehr darauf erpicht, dass möglichst wenig negative wirtschaftliche Daten an die Öffentlichkeit gelangen. Dies kann damit im Zusammenhang stehen, dass dem Staatshaushalt in Jemen auch eine gesamtgesellschaftliche, stabilisierende Funktion zukommt. Über die Vermittlung von Dienstleistungen und Ressourcen (insbesondere durch Infrastrukturprojekte, Pensionszahlungen etc.) werden Teile der Bevölkerung bei Laune gehalten, sodass sie sich ruhig verhalten. Sollte das Budget nun als Folge der Krise beträchtlich sinken, könnte dies das jemenitische System in Bedrängnis bringen.

In einer aufgeheizten Stimmung könnte sich die Haltung der JemenitInnen zu den Somalis schnell ändern und neue Konflikte, dann insbesondere ökonomischer Natur, wären vorprogrammiert. Da jedoch kaum wirtschaftliche Daten veröffentlicht werden, können diese auch nicht von oppositionellen Kräfte der amtierenden Regierung verwendet werden.

**Abbildung 13: Folgen einer wirtschaftlichen Verschlechterung**



Die Kosten, die durch ein Aufkommen eines Arbeitskonflikts entstehen könnten, sind nicht abschätzbar. Die Gefahr einer Entwicklung zum Flächenbrand sind hoch, dies könnte die Stabilität des gesamten Landes gefährden. Die Handlungsmöglichkeiten der jemenitischen Regierung sind sehr begrenzt, was darauf schließen lässt, dass die Interdependenz-Verwundbarkeit beträchtlich ist. Dies lässt den Schluss zu, dass der Arbeitsmarkt einen wesentlichen Faktor im Zusammenhang mit der anhaltenden Migration aus Somalia darstellt.

#### **6.6.5. Import von gewaltbereiten Kämpfern und gewalttätigen Ideologien**

Gleditsch und Salehyan identifizieren sowohl den direkten Import von Kämpfern, Waffen und Ideologien als auch die Unterstützung von Oppositionskräften durch Flüchtlinge als potentielle Sicherheitsrisiken (Vgl. Salehyan/Gleditsch 2006, 342f.).

Derzeit gibt es keine Anzeichen, dass somalische Flüchtlinge sich in der jemenitischen Innenpolitik aktiv engagieren. Dennoch bleibt die potentielle Gefahr der Oppositionsbildung zur etablierten Regierung durch SomalierInnen in Jemen. Gerade auf lokaler Ebene, in urbanen Gebieten mit hohem Flüchtlingsanteil, ist dies vorstellbar. Diese Entwicklung könnte zahlreiche Sicherheitsrisiken mit sich bringen.

Der politische Jemen gewährt auch immer wieder führenden politischen Persönlichkeiten Somalias Asyl. So hielt sich Sharif Sheikh Ahmed von 2007 bis zu seinem Amtsantritt als Präsident Somalias am 31.01.2009 in Jemen auf. Auch der von diesem abgelöste Präsident Abdullahi Yusuf Ahmed lebt seit seinem Rücktritt in Jemen. Dieses Engagement birgt viele Risiken in sich. So könnten die jeweiligen AnhängerInnen eines prominenten somalischen Migranten, der in Jemen lebt, sich politisch engagieren und somalische Probleme könnten sich in Jemen perpetuieren.

Das Phänomen des Imports von gewaltbereiten Kämpfern und Ideologien ist in Jemen derzeit (noch) nicht sichtbar. Es gibt keine Meldungen, dass somalische Flüchtlinge in den Stammeskämpfen oder in Aktivitäten gegen die Regierung involviert wären. Dies bedeutet jedoch nicht, dass sich die Lage nicht sehr schnell verändern könnte, dann sind weitreichenden Folgen zu erwarten.

Ein etwas anders gelagertes Problem, welches aber in diesen Zusammenhang eingeordnet werden kann, muss aber noch unbedingt genannt werden. Es gibt zumindest einen gesicherten Fall, dass sich ein junger Jemenit in Somalia zum Selbstmordattentäter ausbilden ließ. Dieser verübte nach erfolgtem Training durch al-Qaeda Angehörige in Somalia das Attentat in Shibam<sup>76</sup>, bei dem im März 2009 vier südkoreanische Touristen ums Leben kamen (Vgl. Reuters 2009, 1).

Dieser Vorfall gibt Grund zur Sorge, dass es zu einer verstärkten Zusammenarbeit zwischen al-Qaeda auf der Arabischen Halbinsel und den in Somalia tätigen Extremisten kommen könnte.

### **6.7. Piraterie und Menschenmuggel – ein doppeltes Geschäft?**

"Wir haben inzwischen Anzeichen dafür, dass es Verbindungen zwischen den Piraten und den Menschenmugglern gibt", so Nabil Othman, der Vize-Repräsentant des UN-Flüchtlingshochkommissariats (UNHCR) im Jemen (zit. nach Süddeutsche 2009, 1).

Der Verdacht liegt nahe und würde für die Piraten ein doppeltes Geschäft bedeuten. Auf der Hinfahrt von Somalia nach Jemen werden Flüchtlinge transportiert, dadurch werden die Schiffe nicht als Piratenschiffe identifiziert und von den internationalen Einsatzkräften ignoriert. Auf der Rückfahrt wird es kurzerhand zum Piratenschiff umfunktioniert und es wird ein Schiff überfallen.

Diese Befürchtung erhärtete sich durch einen Vorfall, der sich in am 21. März 2009 im Hafen von Aden ereignete. Ein völlig überladenes und manövrierunfähiges Schiff mit ca. 100 Flüchtlingen aus Somalia und Äthiopien wurde von der französischen Marine im Golf von Aden entdeckt. Nachdem es von der Marine in den Hafen von Aden geschleppt wurde, liefen alle Passagiere auf eine Seite, sodass das Boot kenterte, acht Menschen starben. Später wurden von der französischen Marine Waffen im Rumpf des Schiffes entdeckt, die eindeutig darauf schließen lassen, dass die Menschenmuggler in das Piratengeschäft involviert sind (Vgl. ebenda).

---

<sup>76</sup> Die Stadt Shibam liegt im Wadi Hadramaut, im Osten des Jemens und ist vor allem für seine Lehmhochhäuser bekannt. Seit 1982 ist Shibam in der Liste des UNESCO-Weltkulturerbes.

Sollte sich diese Befürchtung bewahrheiten, so könnte dies weiteren Sprengstoff in der angespannten Situation im Golf von Aden bedeuten: Flüchtlinge, von den Piraten als lebende Schutzschilder missbraucht, und neue Probleme für Flüchtlinge im Jemen.

## **6.8. Handlungsoptionen der Republik Jemen**

Bisher habe ich aufgezeigt, dass die anhaltende Migration von Somalia nach Jemen weitreichende Folgen, sowohl für das politische als auch das soziale, gesellschaftliche und kulturelle System des Jemens, hat. Alle diese Veränderungen können auf einer theoretischen Ebene als Kosten verstanden werden. Diese Kosten üben einen wachsenden Druck auf die jemenitische Regierung aus. Wie aber kann diese darauf reagieren? Innerhalb des ersten thematischen Kapitels, der Sicherheitssituation rund um den Golf von Aden, konnte ich mehrere Handlungsoptionen und einige dadurch entstehenden Kosten aufzeigen. In dem Fall der Migration stellt dies eine besondere Herausforderung dar, die kaum zu einem befriedigenden Ergebnis führen kann.

Daher möchte ich mich hier auf einige wesentliche Ausführungen theoretischer Natur beschränken.

### **6.8.1. Beibehaltung der bisherigen Einwanderungspolitik**

Die naheliegendste und kurz- bis mittelfristig auch wahrscheinlichste Option ist, dass sich an der Einwanderungspolitik des Jemens kaum etwas ändert. Hinsichtlich MigrantInnen aus anderen Ländern ist mit einer zunehmenden Verschärfung der Kontrollen und Abschiebepraktiken zu rechnen. Im Bezug auf somalische Flüchtlinge deuten aber bisher alle Hinweise darauf, dass sich nichts Wesentliches ändern wird. Dies würde bedeuten, dass sich die wesentlichen Kosten, die „eher“ der Empfindlichkeits-Dimension zuzurechnen sind, weiter ansteigen werden. Dabei ist zu berücksichtigen, dass sich die Situation sehr rasch wandeln kann. Es genügt ein Aufstand in einem von vielen SomalierInnen bewohnten Stadtteil oder andere Anlassfälle und die Lage könnte sich binnen Tagen verändern. Eine solche Veränderung impliziert immer auch stark ansteigende Kosten.

Ich glaube daher, dass die Beibehaltung der derzeitigen Politik für die Republik Jemen einen schwerwiegenden Fehler darstellt, der in der Zukunft kaum mehr wieder gut gemacht werden kann. Die Frage ist in einem weiteren Schritt aber, welche anderen Praktiken der Regierung überhaupt offen stehen? Hier wird sichtbar, dass kaum alternative Politiken verfügbar sind.

Dies lässt den Schluss zu, dass die Interdependenz-Verwundbarkeit „vulnerability-Dimension“ hier besonders stark ist.

Wie bereits im theoretischen Teil besprochen, ist der „hypothetische“ Extremfall jener, indem gar keine Gegenreaktionen zur Verfügung stehen oder aber die getroffenen Maßnahmen keinerlei Wirkung zeigen.

### **6.8.2. Verschärfung der Vorgehensweise**

Eine zu berücksichtigende Handlungsoption wäre eine Verschärfung der Vorgehensweise im Hinblick auf somalische Flüchtlinge. Es könnte jederzeit von der „prima facie“-Politik abgewichen werden und Neuankömmlinge könnten verhaftet werden. Es gibt bereits Anzeichen, dass dies in Einzelfällen auch im Fall von SomalierInnen geschieht. So meldete die jemenitische Nachrichtenagentur Saba am 15. Juni 2009, dass die jemenitische Polizei 151 somalische Flüchtlinge aufgegriffen hat, als sie illegal nach Jemen gelangen wollten (Vgl. Saba 2009b, 1).

Dieser Bericht zeigt einmal mehr, dass die Politiken keineswegs abgestimmt sind. Auf der einen Seite wird offizielle die „prima facie“-Politik vertreten, auf der anderen Seite kursieren immer wieder Berichte von Verhaftungen von neuankommenden SomalierInnen. Diese Unkoordiniertheit und Unsicherheit birgt zahlreiche Risiken in sich, denn die wachsende Zahl der SomalierInnen, die im Jemen leben, sind bisher noch nicht durch politische oder gewalttätige Aktivitäten aufgefallen. Wenn sich aber die Politiken weiter verschärfen oder aber weiterhin eine solche Informalität herrscht, dann wäre das Aufkeimen von Widerständen innerhalb der somalischen Diaspora für mich nicht weiter verwunderlich.

Weiters ist die Frage der durch eine Verschärfung entstehenden Kosten zu berücksichtigen. Neben der bereits erwähnten Möglichkeit von Unruhen würde eine härtere Vorgehensweise auch finanzielle Kosten verursachen. Die militärischen und polizeilichen Kapazitäten werden derzeit schon im ganzen Land benötigt und eine signifikante Verstärkung der Kontrollen für die Überwachung der Grenzen ist nur schwer vorstellbar.

Ein noch größeres Risiko würde aber die Situation darstellen, dass man zwar offiziell eine härtere Vorgehensweise verkündet, diese aber nicht in die Realität umsetzen könnte. In diesem Fall würde die Führung in Sana'a ihre beschränkten Möglichkeiten unter Beweis stellen und den separatistischen Kräften weiteren Auftrieb verleihen.

### **6.8.3. Internationale Zusammenarbeit – Abrücken vom jemenitischen System**

Wie bereits beim Kapitel der Piraterie und des maritimen Terrorismus besprochen, könnte auch im Zusammenhang der Migration eine internationale Kooperation eine Handlungsoption für die Republik Jemen darstellen. Jemen ist das einzige Land der Arabischen Halbinsel, welches die Genfer Flüchtlingskonvention und das Zusatzprotokoll aus dem Jahre 1967 unterzeichnet hat. Das könnte eine geeignete Grundlage für eine internationale Unterstützung Jemens im Bereich der Flüchtlingsbetreuung darstellen.

Die Einführung von nationalen Gesetzen, die mit der Konvention konform sind, wäre ein weiterer, wichtiger Schritt hin zu einer internationalen Kooperation. Gleichzeitig würde dies aber ein Abrücken vom bisherigen jemenitischen System bedeuten. Dadurch würden die Flüchtlinge eine gesetzliche Grundlage bekommen und die institutionalisierte Informalität würde an Einfluss verlieren. Dies würde auch zu einem gewissen Machtverlust des obersten Patrons führen, da er nun nicht mehr unbeschränkt nach seinem freien Willen entscheiden könnte.

Die dadurch für den Patron entstehenden Kosten könnten aber im optimalen Fall durch gewisse Zuwendungen aus dem Ausland abgedeckt werden. Hier müsste jedoch die internationale Gemeinschaft bereit sein, große Hilfsleistungen zur Verfügung zu stellen. In diesem Zusammenhang meine ich sowohl Mittel zur Flüchtlingsbetreuung, Integration und Ausbildung als auch Hilfestellungen, um eine effektive Überwachung der Grenzen zu ermöglichen. Weiters müssen Mittel zur Verfügung stehen, um der lokalen Bevölkerung Perspektiven zu bieten, sodass sie sich nicht im Nachteil gegenüber der Flüchtlingsbevölkerung fühlt.

Auf einer theoretischeren Ebene betrachtet, kann gesagt werden, dass eine nüchterne Kosten-Nutzen Abwägung vollzogen werden muss. Nur wenn der aus einer internationalen Kooperation gezogene Nutzen für die Republik Jemen die Kosten derselben weit übersteigt, wird eine Veränderung in diese Richtung möglich. Wie diese Kooperation dann genannt wird, ob Entwicklungszusammenarbeit, humanitäre Hilfe oder internationales Regime ist zweitrangig.

Dennoch glaube ich nicht daran, dass kurz- bzw. auch nicht mittelfristig eine Veränderung in diese Richtung stattfindet. Die Machthaber in der Republik Jemen zeigen keinerlei Ambitionen, von dem bisherigen System abzurücken und auch die internationale Gemeinschaft bzw. die „westlichen“ Nationalstaaten zeigen wenig Interesse an der Flüchtlingskatastrophe am Golf von Aden.

### **6.9. Abschließende Bemerkungen:**

Betrachtet man die massive Migrationsbewegung nach Jemen, so wird schnell klar, dass sich hier rasch etwas ändern muss. Die Republik Jemen ist mit der derzeitigen Situation allein gelassen und völlig überfordert.

Die Regierung hat keine Notfallpläne und ist damit beschäftigt, die Lage auf der einen Seite zu beschwichtigen, auf der anderen Seite aber um internationale Unterstützung zu werben. Dies ist symptomatisch für das offizielle Jemen. Denn würden sie offen darstellen, dass sie mit der Flüchtlingssituation überfordert sind, so müssten sie um das noch spärlich vorhandene Gewaltmonopol fürchten.

Dies wiegt umso schwerer, da das Flüchtlingsproblem sich im Südteil des Landes konzentriert. Gerade hier hat es aber die Zentralregierung besonders schwer, werden doch separatistische Kräfte, die für eine erneute Teilung des Landes eintreten, im Süden immer stärker (Vgl. Worth 2009, 1). Ein Eingeständnis, dass die Lage nicht mehr unter Kontrolle ist, würde den Separatisten offen in die Hände spielen.

Die von mir aufgezeigten Handlungsoptionen der Republik Jemen werden in näherer Zukunft wohl kaum ergriffen werden (können). Dies bedeutet, dass sich die Kosten weiter erhöhen werden, mehr Flüchtlinge werden an den Küsten Jemens ankommen, mehr werden sich im Jemen niederlassen, die Situation wird sich kaum verbessern. Die Gefahr, dass es zu Konflikten, sowohl innerhalb der Diaspora als auch zwischen JemenitInnen und SomalierInnen kommen wird, wird sich erhöhen.

Das System des Jemens, das ich als Hybridsystem beschrieben habe, besitzt wenige Möglichkeiten, darauf zu reagieren. Die Interdependenz-Empfindlichkeiten sind dementsprechend hoch und ein aufkeimender Konflikt kann zu ungeahnten Folgen führen.

Eine internationale Kooperation könnte neue Chancen bringen, bisher bleiben die mahnenden Rufe des UNHCR, der Ärzte ohne Grenzen und anderer Hilfsorganisationen aber weitgehend ungehört und so bahnt sich ein weiteres Verschärfen der Katastrophe an. Denn die Situation in Somalia scheint immer mehr außer Kontrolle zu geraten, die internationale Gemeinschaft schaut überrascht zu und der Flüchtlingsstrom wird in Zukunft weiter zunehmen. Dies alles bedeutet steigende Gefahren für Jemen.

## **7. Conclusio:**

In dieser Arbeit zeige ich, dass der Konflikt in Somalia folgenreiche Konsequenzen für die Republik Jemen hat und dass die Situation am Horn von Afrika äußerst kompliziert und verwoben ist. Die Interdependenzen zwischen Somalia und Jemen, aber auch mit der restlichen Welt sind sehr intensiv und die Betrachtungen lassen den Schluss zu, dass für „unsere“ westlichen Staaten die Lage am und um den Golf von Aden ebenfalls keineswegs unbedeutend ist. Ganz im Gegenteil, die Situation in der Republik Jemen und den restlichen Anrainerstaaten hat eine wesentliche Bedeutung für „unser“ westliches Staatensystem und „unsere“ Sicherheitslage. „Unsere Sicherheit wird nicht nur, aber auch am Hindukusch verteidigt, wenn sich dort Bedrohungen für unser Land, wie im Falle international organisierter Terroristen, formieren.“ (Struck 2004, 1) Diese Aussage vom ehemaligen deutschen Verteidigungsminister Peter Struck hat in den letzten Jahren sehr an Bedeutung gewonnen und ich bin der Ansicht, dass uns eine Intervention in Somalia in nächster Zeit bevorsteht. Diese Ansicht wird durch folgende Fakten gestützt:

- Die US Regierung gibt nun offen zu, die Übergangsregierung Somalias direkt mit Waffen und Geld auszustatten. Ian Kelly, Sprecher des US State Departments erklärte dazu: „At the request of that government, the State Department has helped to provide weapons and ammunition on an urgent basis.“ (Department of State 2009) Für alle Waffenlieferungen nach Somalia gilt nach wie vor das UN-Waffenembargo, welches seit 1992 durch die Resolution 733 des Sicherheitsrats besteht. Seit kurzer Zeit gibt es zwar die Möglichkeit, Waffenlieferungen für bestimmte Gruppen bei der UNO anzumelden, um dann eine Genehmigung für einzelne Lieferungen zu erhalten, ob dies in diesem Fall geschehen ist, darf bezweifelt werden. Kelly antwortet auf diese Frage ausweichend: „it’s my understanding that all this assistance is provided in accordance with the relevant UN Security Council resolutions.“ (Department of State 2009)



- Die Rhetorik der US-Behörden verschärft sich zusehends und dabei gerät auch die Republik Jemen ins Visier. Der CIA-Direktor Leon Panett erklärt in diesem Zusammenhang: „Our concern right now is that likely safe havens are areas in the Horn of Africa, like Somalia and Yemen, that are countries that because of their political status can be attractive to al Qaeda in order to operate there“. (CNN 2009, 1) Dies zeigt, dass die Situation in Somalia mit Jemen verknüpft wird und jede Veränderung im Konflikt in Somalia auch unmittelbare Auswirkungen auf den Jemen mit sich bringt.

Umso erstaunlicher ist es für mich, dass diese Themen bisher kaum wissenschaftlich bearbeitet wurden.

Ich habe mir in meiner Arbeit zum Ziel gesetzt, Verbindungen zwischen dem Konflikt in Somalia und der Republik Jemen aufzuzeigen und zu analysieren, wie empfindlich das fragile innerjemenitische System auf äußere Einflüsse reagiert. Dabei habe ich die ungleichen Themen „somalische Piraterie“ und „somalische Flüchtlingsströme“ analysiert und aufgezeigt, welche Konsequenzen sie für den Jemen bringen.

Obwohl angenommen werden kann, dass die Bereiche somalische Piraterie und Menschenmuggel, wie bereits beschrieben, eng miteinander verknüpft sind, werden die Themen kaum gemeinsam behandelt. Während der Piraterie weltweit sehr viel Aufmerksamkeit geschenkt wird, wird die Flüchtlingskatastrophe kaum beachtet. Diese Asymmetrie in der öffentlichen Wahrnehmung ist derart frappierend, dass sich für mich im Laufe meiner Analyse die Frage gestellt hat, aus welchem Grund die Piraterie ein so wichtiges Thema geworden ist, die humanitäre Situation in Somalia und die Flüchtlingsströme nach Jemen und anderswo aber bestenfalls Randnotizen bleiben.

In den westlichen Medienberichten wird immer wieder darauf hingewiesen, dass durch die Piraterie die westliche Wirtschaft bedroht sei. Diese hat natürlich ein vitales Interesse daran, dass der Golf von Aden, sprich die kürzeste Verbindung zwischen Mittelmeer und Indischem Ozean und damit eine der weltweit wichtigsten Handelsrouten, sicher und passierbar bleibt. Vergleicht man aber die Kosten, die durch die Piraterie bisher insgesamt entstanden sind mit den Volumina der weltweiten Handelsströme oder den bisherigen Kosten der Anti-Piraterie-Einsätze, so wird man zum Schluss kommen, dass diese in keinem Verhältnis stehen. Ich

nehme an, dass neben der rein wirtschaftlichen Komponente noch andere weiter reichende Interessen stehen.

Ich glaube, dass es hier um Macht, Fragen der internationalen Sicherheit und insbesondere geopolitische Interessen geht. Es zeigt sich, dass die Entsendung einer Armada von Kriegsschiffen zur Bekämpfung der Piraterie kaum geeignet ist. Die Zahl der Übergriffe bleibt weiterhin hoch und der Aktionsradius der Piraten weitet sich aus.

Die Piraterie hat dazu geführt, dass die westliche Bevölkerung die Einsätze durchwegs positiv aufnimmt und nicht hinterfragt. Die Piraten wurden als Täter identifiziert, die „unsere“ Wirtschaft bedrohen und gegen die unbedingt vorgegangen werden muss. Dadurch konnten, ohne großen Widerstand der eigenen Bevölkerung, Truppen in die Region rund um das Horn von Afrika entsendet werden. Wie die Erfahrungen zeigen, ist es für Regierungen von Demokratien durchaus schwierig, militärische Interventionen im Ausland vor der eigenen Bevölkerung zu rechtfertigen. Im Falle von Afghanistan wurde dies durch die Bedrohung von al-Qaeda/Taliban erreicht, im Irak war es schon wesentlich schwieriger. Als Rechtfertigung für den Irakeinsatz wurde die Angst vor Massenvernichtungswaffen in den Händen von Saddam Hussein benutzt.

Ein Einsatz am Horn von Afrika ist noch wesentlich schwieriger rechtfertigen. Die Bilder der toten US-Soldaten, die im Oktober 1993 durch die Straßen von Mogadischu geschleift wurden, sind noch sehr präsent und ich befürchte, dass auch eine neuerliche Intervention viele Menschenleben fordern wird.

Nun kreuzen in der Region aber nicht nur westliche Schiffe, sondern es beteiligen sich Kräfte aus der ganzen Welt (Tabelle 1: Übersicht über die am Horn von Afrika eingesetzten Schiffe). Diese Einsätze sind jedoch weder zentral koordiniert noch zentral gesteuert. Es zeigt sich, dass auch Mächte wie China, Russland oder Indien Interesse an der Bekämpfung der Piraterie haben. Für mich kommt der Verdacht auf, dass es hier sehr wohl auch um geopolitische Interessen geht und das Abstecken von zukünftigen Einflussbereichen. Das Horn von Afrika hat eine sehr große geopolitische Bedeutung, nicht nur aus wirtschaftlicher Perspektive, sondern insbesondere auch militärisch/strategischer.

Die internationale Präsenz der ausländischen Kriegsschiffe vor der Küste Jemens wird von der jemenitischen Regierung für mich berechtigterweise durchaus kritisch betrachtet und auch als potentielle Bedrohung gesehen. Dies führt keineswegs dazu, dass sich die Lage im Land selbst stabilisiert, sondern zu einer weiteren Infragestellung des Machtanspruchs des Jemens von außen (Vgl. S. 64 ff.).

Jemen selbst hat der somalischen Piraterie bisher kaum etwas entgegenzusetzen, und so erhöht sich der Druck auf die Regierung. Ich habe innerhalb dieser Arbeit versucht, einige Handlungsoptionen und deren Kosten und Risiken zu analysieren, dabei hat sich gezeigt, dass nur eine Kombination von verschiedenen Ansätzen Erfolg verspricht. Weder die Ausgliederung der Sicherungsfunktionen hin zu privaten militärischen Unternehmen, der Ausbau von eigenen militärischen Kapazitäten noch die Bildung eines maritimen Sicherheitsregimes können die dringende, rasche und nachhaltige Eindämmung der Seeräuberei am Golf von Aden bewirken.

Es ist unbedingt erforderlich, dass die Regierung unter Saleh die Bedrohung realistisch betrachtet, mit allen verfügbaren Partnern kooperiert und eine möglichst schlagkräftige Antwort auf die Bedrohung findet. Hier müssen sowohl kurzfristig wirksame Optionen als auch nachhaltige Lösungen berücksichtigt werden. Die Entwicklung der letzten Jahre und insbesondere die jüngsten Ereignisse<sup>77</sup> in Jemen zeigen, dass die Terrororganisation al-Qaeda Jemen verstärkt als Rückzugs- und auch Operationsgebiet verwendet. Sollte es sich bewahrheiten, dass die bisher scheinbar unorganisiert agierenden Piraten gemeinsame Sache mit islamischen Terroristen machen, so könnte diese Zusammenarbeit Folgen ungeahnten Ausmaßes, sowohl für Jemen als auch die restliche Welt mit sich bringen. Das Machtvakuum in Somalia und die derzeitige Situation in Jemen sind ideale Voraussetzungen für eine derartige Entwicklung und dadurch könnte die maritime Bedrohung stark ansteigen.

Die zweite von mir analysierte Auswirkung des Konflikts in Somalia auf die Republik Jemen ist die der Flüchtlingsströme von Somalia nach Jemen. Dieses Thema wird von westlichen Medien kaum behandelt. In dieser Arbeit zeige ich, wie sich der massive Strom an Flüchtlingen von Somalia nach Jemen in vielen Bereichen des sozialen, ökonomischen, gesellschaftlichen, kulturellen und politischen Lebens des Jemens auswirkt. Dabei habe ich

---

<sup>77</sup> Die Anschläge wie die auf die USS Cole, MV Limburg, die Raketenangriffe auf die US Botschaft in Sana'a 2008 und auch das Attentat im März 2009 auf Touristen in Shibam zeigen, dass Terroristen im ganzen Land aktiv sind und auch Anschläge in Jemen verüben. In letzter Zeit kam durch die Verhaftung eines hochrangigen al-Qaeda-Finanziers durch jemenitische Sicherheitskräfte und die Ermordung von zumindest drei ausländischen Staatsbürgern zusätzliche Sprengkraft in die Situation (Vgl. Saba 2009c, 1).

festgestellt, dass die Lage kritisch ist und dass die Gefahr durchaus gegeben ist, dass sich Ressentiments, die in der jemenitischen Bevölkerung gegenüber Flüchtlingen aus Afrika bereits bestehen, verschärfen und in einen offenen Konflikt münden (Vgl. UNHCR 2007,3). Dies zeigt auch die Demonstration von hunderten JemenitInnen in der Provinz Lahj im Februar 2008, die dafür eintraten, dass die Regierung auch ihnen die gleiche Aufmerksamkeit schenke wie den somalischen Flüchtlingen im Kharaz Camp. Hier ging es insbesondere um Infrastruktureinrichtungen wie Elektrizität, Wasser und Gesundheitsversorgung (Vgl. News Yemen 2008, 1).

Hier spielt die ökonomische Entwicklung des Landes eine große Rolle. Sollten sich die Renteneinnahmen des Staates nicht stabilisieren oder sollte aus anderen Gründen eine Verbesserung der derzeitigen schwierigen finanziellen Lage in Jemen nicht eintreten, dann bin ich der Meinung, dass ein Konflikt zwischen der somalischen Diaspora und der jemenitischen Bevölkerung, respektive der ortsansässigen Stämme nur eine Frage der Zeit ist. Die Handlungsmöglichkeiten auf die Massenmigration zu reagieren sind sehr begrenzt und mit hohen Kosten verbunden. Selbst hochentwickelte Industrienationen sind oftmals überfordert im Umgang mit Flüchtlingen. Die Errichtung einer Festung, wie im Falle Europas geschehen, stellt für Jemen keine Möglichkeit dar. Dies ist schon alleine wegen den beschränkten finanziellen Mitteln kaum vorstellbar.

Und auch sonst zeichnen sich kaum Lösungsansätze ab und die Unterstützung aus dem Ausland ist bis heute noch sehr dürftig. Das Budget der UNHCR-Jemen wurde 2007 zwar von vier Mill. USD auf knapp sieben erhöht, hinkt den tatsächlichen benötigten Summen jedoch nach wie vor weit hinterher (Vgl. UNHCR 2007, 5).

Bei allen von mir skizzierten Handlungsoptionen der Republik Jemen, auf die Folgen des Konflikts in Somalia zu reagieren, bleibt die wohl einzige langfristige Lösung unberücksichtigt. Ich bin der Ansicht, dass sowohl das Problem der Piraterie als auch die Migration erst in den Griff zu bekommen ist, wenn sich die Lage in Somalia selbst stabilisiert. Durch den Aufbau einer Staatlichkeit, wenn auch nicht unbedingt nach westlichem Muster, und einem funktionierenden Kontrollsystem könnte die Piraterie eingedämmt werden. Und noch viel wichtiger ist es, dass eine Beilegung des Konflikts der somalischen Bevölkerung neue Perspektiven eröffnen könnte. Dies würde dringend benötigte Impulse für die Lösung sowohl der Piraterie- als auch der Flüchtlingssituation bringen. Sowohl die Entstehung der Piraterie (Vgl. S. 51 ff.) als auch der Anstieg der Flüchtlingszahlen („Push-Faktoren“) hängt

direkt mit dem Konflikt in Somalia und den daraus resultierenden fehlenden Perspektiven für die Zivilbevölkerung zusammen.

Die Möglichkeit, dass sich die Situation in Somalia selbst verbessert, habe ich aus mehreren Gründen bewusst nicht in meine Analyse einbezogen. Die Situation droht zur Zeit weiter zu eskalieren. Auch die neue Regierung unter dem gemäßigten Islamisten Sheikh Sharif Sheikh Ahmed, die erst seit Jänner 2009 im Amt ist, hat bisher keinen Fortschritt erzielen können<sup>78</sup>. Nachdem im Juni 2009 ein Minister und ein Parlamentarier von radikal islamischen Milizen getötet wurden, flüchten nun vermehrt somalische Politiker ins Ausland und die blutigen Kämpfe flammen immer wieder auf (Vgl. Die Zeit 2009, 1).

Die Situation für die somalische Regierung wird immer prekärer und so forderte der Parlamentspräsident Sheikh Aden Mohamed Nur die Nachbarstaaten Kenia, Dschibuti, Äthiopien und den Jemen auf, binnen 24 Stunden Truppen nach Somalia zu entsenden, um die Regierungstruppen im Kampf gegen die Rebellen zu unterstützen (Vgl. NTV 2009, 1).

Eine solche Intervention von Seiten Jemens halte ich für überaus riskant. Die Truppen werden im eigenen Land benötigt und ein Einsatz birgt die Gefahr, dass eine direkte militärische Intervention bei Teilen der somalische Diaspora nicht auf Befürwortung stößt und diese gegen Jemen aufbringt. Weiters wäre dies auch eine zusätzliche Provokation für al – Qaeda und könnte das Netzwerk dazu veranlassen, vermehrt Anschläge auf jemenitischem Territorium zu verüben.

Dabei darf jedoch nicht darauf vergessen werden, dass jemenitische Akteure, seien dies die jemenitische Regierung oder jemenitische Waffenschmuggler, durch ihre Unterstützung bzw. Waffenlieferungen auch heute bereits direkt im Konflikt involviert sind.

Jemenitische Repräsentanten beteiligten sich bereits in der Vergangenheit und auch heute immer wieder an Versuchen, die Lage in Somalia durch Vermittlungen zu stabilisieren, bisher jedoch mit bescheidenem Erfolg<sup>79</sup>.

---

<sup>78</sup> Sheikh Sharif Sheikh Ahmed war vor seinem Amtsantritt ein Anführer der UIC (Union islamischer Gerichtshöfe), die große Teile von Somalia bereits 2006 unter ihrer Kontrolle hatte. Die Vormachtstellung der UIC wurde durch den Einmarsch von äthiopisch geführten Truppen in Somalia gebrochen. Sheikh Ahmed lebte daraufhin für einige Zeit im Exil in Kenia und Jemen und wurde nach dem Rücktritt von Präsident Ahmed Yusuf neuer somalischer Präsident (Vgl. BBC 2009, 1).

<sup>79</sup> Beispielsweise organisierte Jemen im Januar 2006 Friedensgespräche zwischen unterschiedlichen Konfliktparteien (Vgl. The International Crisis Group, 2006, 26). Und auch im Mai 2008 wurde auf jemenitische Initiative in Sana'a zwischen Oppositionsvertretern über ein Friedensabkommen verhandelt (Vgl. Ryu 2008, 1).

Diese Ausführungen zeigen, dass die Interdependenzen zwischen Somalia und Jemen in vielen Bereichen sehr hoch sind. Dabei sind die Staaten nicht die alleinigen Akteure, sondern genauso Flüchtlinge, NGO's, PMU's, Reedereien, die Vereinten Nationen, Ölkonzerne und sogar einzelnen Individuen kommt eine entscheidende Rolle zu (beispielsweise dem einzelnen somalischen Freibeuter oder einzelnen Flüchtlingen). Dies zeigt, dass mit einer rein realistischen Sichtweise allein die Realität nicht erfasst werden kann. Der Realismus sieht als einzige wichtige Akteure der internationalen Politik die souveränen Staaten an, ich glaube aber, dass hier auch andere Akteure großen Einfluss haben.

Ganz allgemein kann die heutige Situation im Jemen mit einem Druckkochtopf verglichen werden. Das bisherige System des Jemens, ich habe es in Anlehnung an die Texte von Erdmann als neopatrimoniales Hybridsystem bezeichnet, gerät immer stärker unter Druck. Dabei erhöht sich der Druck sowohl im Inneren als auch von außen. Die von mir aufgezeigten Felder der Piraterie und der Migration sind zwei ausgewählte Aspekte der Auswirkungen des Konflikts in Somalia. Ich habe weiters aufgezeigt, dass es Anzeichen dafür gibt, dass die zwei Bereiche miteinander verbunden sind und die Piratengruppen nun ein doppeltes Geschäft betreiben. Auf der Hinfahrt Richtung Jemen werden Flüchtlinge geschmuggelt und auf der Rückfahrt werden Schiffe überfallen.

Hier zeigt sich, dass in einer Welt, die durch Interdependenzen gekennzeichnet ist, einzelne Aspekte oft untereinander verwoben sind und so kaum vollständig voneinander getrennt analysiert werden können.

Meine Arbeit illustriert, wie wichtig es heute für Nachbarstaaten wie Jemen, darüber hinaus aber auch für die „westliche“ Welt, ist, dass rechtsfreie Räume, wie derzeit in Somalia, geschlossen werden. Sollte sich in nächster Zeit nicht etwas in diese Richtung bewegen, so glaube ich, besteht durchaus die Gefahr, dass die Folgen des Konflikts in Somalia für Jemen den berühmten Tropfen, der das Fass endgültig zum Überfließen bringt, darstellen könnten.

Jede Auswirkung, die von außen auf das jemenitische System hinzutritt, bringt das fragile System innerhalb Jemens, das aus dem Spannungsfeld zwischen Stammesordnung und Zentralstaat besteht, weiter aus dem Gleichgewicht. Die Lage in Jemen wird durch die Situation in Somalia sehr stark beeinflusst und das Land wird zusehends destabilisiert. Sowohl innerjemenitische Lösungen als auch Handlungsoptionen der „westlichen“ Mächte

sind gefragt, ansonsten befürchte ich ähnliches wie Gilles de Kerchove, Koordinator für Terrorismusbekämpfung der Europäischen Union, der meint: „It's a state that really needs to be assisted. It is confronted with many challenges and we have to avoid Yemen becoming another safe haven or another Afghanistan.“ (Lowe 2009, 1)





## 8. Literaturverzeichnis:

### A

- Abdullahi, Nadja (2008). „*Toxic waste*“ behind Somali Piracy, in: ALJAZEERA.NET, 11.Oktober 2008, abrufbar unter: <http://english.aljazeera.net/news/africa/2008/10/2008109174223218644.html>; (Zugriff: 28.04.2009).
- Al-Ariqi, Amel (2008). *Kharaz refugee camp caught in crossfire between government and tribes*, in: *Yemen Times online*, abrufbar unter: <http://www.yementimes.com/article.shtml?i=1136&p=front&a=1>; (Zugriff:04.06.2009).
- Al Asrar, Fatima Abo (2006). *Democratic Governance in a Tribal System*, Central European University – Center of Policy Studies, Open Society Institute, Budapest.
- Albrecht, Holger (2006). *Wirtschaftskrise und Strukturanpassung: Die Jemenitische Methode*, in: Wippel, Steffen (Hrsg.), *Wirtschaft im Vorderen Orient – Interdisziplinäre Perspektiven*, Berlin.
- al-Jazeera (2008). *Yemen struggles to fight piracy*, abrufbar unter: [http://www.youtube.com/watch?v=aH1n\\_Ev3Fm8](http://www.youtube.com/watch?v=aH1n_Ev3Fm8); (Zugriff: 02.05.2009).
- al-Kibsi, Mohammed (2009). *Foreign warships forbidden to pursue pirates into Yemeni territorial waters*, in: *Yemen Observer*, 10.03.2009, abrufbar unter: <http://www.yobserver.com/local-news/10015936.html>; (Zugriff: 05.05.2009), Sana´a.
- Almasmari, Hakim (2009). *More Problems for Pood, Old Saleh*, in: *Yemen Post*, 28. Juni 2009, abrufbar unter: <http://www.yemenpost.net/Detail123456789.aspx?ID=100&SubID=883&MainCat=2>; (Zugriff: 15.07.2009).
- al-Mikhlafla, Mohammad Ahmad/ Majed, Ziad et al. (2005). *Building Democracy in Yemen: Women's Political Participation Political Party Life and Democratic Elections*, International Institute for Democracy and Electoral Assistance (IDEA), Stockholm.
- Almotamar [Präsident Salehs Parteihomepage] (2006). *Saleh: Two thousand individuals prepared to guard Yemeni coasts*, abrufbar unter: <http://www.almotamar.net/en/1729.htm>; (Zugriff: 30.05.2009).
- Al- Omari (2009). *Businessmen Lose \$ 2 Billion; Effects of World Financial Crisis on Yemen Unrecognized*, in: *Yemen Post*, abrufbar unter: <http://www.yemenpost.net/65/Business/20081.htm>; (Zugriff: 04.06.2009).
- Al-Wad'ee, Ibrahim (2008). *Somali surge to Yemeni coasts increases*, in: *Yemen Times online*, abrufbar unter: <http://www.yementimes.com/article.shtml?i=1212&p=local&a=4>; (Zugriff: 03.06.2009).

Assamiee, Mahmoud (2008). *Amid fears of foreign plan to internationalize the Red Sea - Yemen seeks Arab efforts to combating piracy*, in: Yemen Times, Issue 1197, Volume 16, abrufbar unter: <http://www.yementimes.com/article.shtml?i=1197&p=front&a=2>; (Zugriff: 12.05.2009).

Auswärtiges Amt (2009). *Länderinformation Jemen*, abrufbar unter: <http://www.auswaertiges-amt.de/diplo/de/Laenderinformationen/Jemen/Wirtschaft.html>; (Zugriff: 20.06.2009).

Auswärtiges Amt (2009a). *Jemen Innenpolitik*, abrufbar unter: <http://www.auswaertiges-amt.de/diplo/de/Laenderinformationen/Jemen/Innenpolitik.html> (Zugriff: 23.06.2009).

## **B**

Barrio, Erik (2005). *CASTING A WIDER NET: ADDRESSING THE MARITIME PIRACY PROBLEM IN SOUTHEAST ASIA*, in: Boston College International & Comparative Law Review, Volume 28, Number 1, 149-164, Boston.

BBC (2009). *Profile: Somalia's President Ahmed*, British Broadcasting Corporation, abrufbar unter: <http://news.bbc.co.uk/2/hi/africa/7865808.stm>; (Zugriff: 22.06.2009).

Beckman, Robert (2009). *Somali Piracy – Is International Law Part of the Problem or Part of the Problem*, Präsentation an der S. Rajaratnam School of International Studies, Singapur.

Blair, C. Dennis (2009). *Annual Threat Assessment of the Intelligence Community for the Senat Select Committee on Intelligence*, abrufbar unter: [http://www.dni.gov/testimonies/20090212\\_testimony.pdf](http://www.dni.gov/testimonies/20090212_testimony.pdf); (Zugriff: 26.05.2009).

Blackwater Press Release (2008). *BLACKWATER WORLDWIDES'S MARITIME OPERATIONS READY TO ASSIST SHIPPING INDUSTRY*, Moyock, North Carolina.

Borchard, Ralf (2004). *Interdependenztheoretische Ansätze*, in: Nohlen, Dieter/ Schultze, Rainer-Olaf (2004). *Lexikon der Politikwissenschaft, Band 1 A-M*, C.H.Beck, München.

## **C**

Chalk, Peter (2008). *The Maritime Dimension of International Security – Terrorism, Piracy, and Challenges for the United States*, RAND Corporation, Santa Monica/ Arlington/ Pittsburgh.

Chalk, Peter (1997). *Grey-Area Phenomena in Southeast Asia: Piracy, Drug Trafficking and Political Terrorism*, Canberra.

- Clayton, Jonathan (2005). *Somalia's secret dumps of toxic waste washed ashore by tsunami*, in: Times online, 4.März 2005, abrufbar unter: <http://www.timesonline.co.uk/tol/news/world/article418665.ece>; (Zugriff: 28.04.2009).
- Cline, Kenneth (1994). *RAMBLES IN YEMEN*, in: *Yemen Update 35 (1994):17-21*, abrufbar unter: <http://www.aiys.org/webdate/clin.html>; (Zugriff: 04.06.2009).
- CNN (2009). *U.S. providing weapons to Somali government, officials say*, abrufbar unter: <http://www.cnn.com/2009/POLITICS/06/25/us.somalia.weapons/>; (Zugriff: 12.07.2009).
- Code of Practice for the Investigation of the Crimes of Piracy and Armed Robbery Against Ships (2002). abrufbar unter: <http://daccessdds.un.org/doc/UNDOC/GEN/N02/363/24/IMG/N0236324.pdf?OpenElement>; (Zugriff: 26.04.2009).
- Coffen-Smout, Scott (1999). *Pirates, Warlords and Rogue Fishing Vessels in Somalia's Unruly Seas*, abrufbar unter: <http://www.chebucto.ns.ca/~ar120/somalia.html>; (Zugriff: 28.04.2009).

## D

- ded – Deutscher Entwicklungsdienst (2009). *Jemen – Rahmenbedingungen*, abrufbar unter: [http://www.ded.de/cipp/ded/custom/pub/content,lang,1/oid,278/ticket,g\\_u\\_e\\_s\\_t/~/Jemen.html](http://www.ded.de/cipp/ded/custom/pub/content,lang,1/oid,278/ticket,g_u_e_s_t/~/Jemen.html); (Zugriff: 20.06.2009).
- Department of State (2009). *Daily Press Briefing 25.June 2009*, abrufbar unter: <http://www.state.gov/r/pa/prs/dpb/2009/125415.htm>; (Zugriff: 03.07.2009), Washington D.C.
- Die Zeit (2009). *Bürgerkrieg - Somalias Politiker fliehen*, abrufbar unter: <http://www.zeit.de/online/2009/27/somalia-parlamentarier-flucht>; (Zugriff: 26.06.2009).

## E

- EIA – Energy Information Administration (2008). Country Analysis Brief, *World Oil Transit Chokepoints*, abrufbar unter: [http://www.eia.doe.gov/cabs/World\\_Oil\\_Transit\\_Chokepoints/Full.html](http://www.eia.doe.gov/cabs/World_Oil_Transit_Chokepoints/Full.html); (Zugriff 29.04.2009).
- Ende, Werner/ Steinbach/Udo, et al. (2005). *Der Islam in der Gegenwart Entwicklung und Ausbreitung Kultur und Religion Staat, Politik und Recht*, 5. Auflage, C.H.Beck, München.

Erdmann, Gero (2001). *Neopatrimoniale Herrschaft - Der Übergang zur Demokratie ist nicht gelungen*, in: E+Z - Entwicklung und Zusammenarbeit, Nr. 10, Oktober 2001, Frankfurt.

EU – Europäische Union (2009). *EU naval operation against piracy EU- NAVFOR Somalia – Operation ATALANTA*, abrufbar unter: [http://www.consilium.europa.eu/uedocs/cmsUpload/090507%20Factsheet%20EU%20NAVFOR%20Somalia%20-%20version%207\\_EN.pdf](http://www.consilium.europa.eu/uedocs/cmsUpload/090507%20Factsheet%20EU%20NAVFOR%20Somalia%20-%20version%207_EN.pdf); (Zugriff: 31.05.2009).

## F

Fansa, Khaled (2004). *Would help control refugee numbers - National refugee law is needed*, in: Yemen Times Online, abrufbar unter: <http://www.yementimes.com/article.shtml?i=740&p=community&a=1>; (Zugriff: 03.06.2009).

FAO – Welternährungsorganisation (2005). *Fishery and Aquaculture Country Profil Somalia*, abrufbar unter: [http://www.fao.org/fishery/countrysector/FI-CP\\_SO/en](http://www.fao.org/fishery/countrysector/FI-CP_SO/en); (Zugriff: 30.04.2009).

Filzmaier, Peter, Leonore Gewessler, Otmar Höll und Gerhard Mangott (2006). *Internationale Politik: Eine Einführung*, Wien.

Freedom House (2009). *Country Report Yemen*, abrufbar unter: <http://www.freedomhouse.org/template.cfm?page=22&country=7521&year=2008>; (Zugriff: 09.06.2009).

Freitag, Ulrike (2003). *Indian Ocean migrants and state formation in Hadhramaut – Reforming the Homeland*, Leiden/Boston.

Freitag, Ulrike (1999). *Hadhrami migration in the 19th and 20th centuries*, abrufbar unter: <http://www.al-bab.com/bys/articles/freitag99.htm>; (Zugriff: 25.04.2009).

Funds for Peace (2009). *Country Profile Yemen – Failed State Index*, abrufbar unter: [http://www.fundforpeace.org/web/index.php?option=com\\_content&task=view&id=338&Itemid=499](http://www.fundforpeace.org/web/index.php?option=com_content&task=view&id=338&Itemid=499); (Zugriff: 09.06.2009).

## G

Gebauer, Matthias/Goetz, John/Höges, Clemens, et. alt. (2009). *TERROR ON THE HIGH SEAS- Somali Pirates Form Unholy Alliance with Islamists*, in: Spiegel Online, 20.04.2009, abrufbar unter: <http://www.spiegel.de/international/world/0,1518,620027,00.html>; (Zugriff: 06.05.2009).

Glosemeyer, Iris (2006). *Jemen: Staatsbildung mit Hindernissen*, in: Schneckener, Ulrich (Hrsg.), *Fragile Staatlichkeiten – „States at Risk“ zwischen Stabilität und Scheitern*, Nomos Verlag, Berlin.

Grabundzija, Maggy/ Moret, Joëlle et al. (2006). *The Path of Somali Refugees into Exile A Comparative Analysis of Secondary Movements and Policy Responses*, *SFM Studies* 46, NEUCHÂTEL.

## H

Haefliger, Markus M. (2008). *Somalias Piraten im Sog der Islamisten*, in: NZZ am Sonntag, 23.11.2008, Zürich.

Hansen, Hans Tino (2009). *Distinctions in the Finer Shades of Gray: The „Four Circles Model“ for Maritime Security Threat Assessment*, in: Burns, Rupert Herbert/ Bateman, Sam/ Lehr, Peter (Hrsg.), *Lloyd's MIU Handbook of Maritime Security*, Boca Raton/ London/ New York.

Harenberg Staatenlexikon (2000). *Die Geschichte aller Staaten im 20.Jahrhunder*, Harenberg Lexikon Verlag, Dortmund.

HollowPoint, Protective Services LLC (2009) *HollowPoint Protective Services, LLC secures agreement to operate marine security from Yemen*, abrufbar unter: <http://www.hollowpointprotection.com/media/HP%20Secures%20Agreement%20to%20Operate.pdf>; (Zugriff 10.05.2009).

## I

ICC - International Maritime Bureau (IMB) (2008). *Piracy and armed robbery against ships, Report for the period 1 January – 30 September 2008*, London.

ICMPD (2007). *The East African Migration Routes Report*, International Center for Migration Policy Development, Wien.

IMB – International Maritime Bureau (2009a). *PIRACY AND ARMED ROBBERY AGAINST SHIPS – ANNUAL REPORT*, London.

IMB – International Maritime Bureau (2009b). *PIRACY AND ARMED ROBBERY AGAINST SHIPS – REPORT FOR THE PERIOD 1.JANUARY – 31.MARCH 2009*, London.

IMO – International Maritime Organisation (2009a). *PROTECTION OF VITAL SHIPPING LANES – Sub-regional meeting to conclude agreements on maritime security, piracy and armed robbery against ships for States from the Western Indian Ocean, Gulf of Aden and Red Sea areas*, COUNCIL, 102nd session, Agenda item 14.

- IMO – International Maritime Organisation (2009b). *Press Release: High-level meeting in Djibouti adopts a Code of Conduct to repress acts of piracy and armed robbery against ships*, abrufbar unter: [http://www.imo.org/About/mainframe.asp?topic\\_id=1773&doc\\_id=10933](http://www.imo.org/About/mainframe.asp?topic_id=1773&doc_id=10933); (Zugriff: 12.05.2009).
- IMO – International Maritime Organisation (2008a). *Piracy off Somalia*, abrufbar unter: [http://www.imo.org/home.asp?topic\\_id=1178](http://www.imo.org/home.asp?topic_id=1178); (Zugriff: 30.04.2009).
- IMO – International Maritime Organisation (2008b). *PROTECTION OF VITAL SHIPPING LANES - Report on the Sub-regional meeting on piracy and armed robbery against ships in the Western Indian Ocean, Gulf of Aden and Red Sea area, COUNCIL, 100th Session, Agenda item 7*.
- IMO – International Maritime Organisation (2005). *Maritime Security on agenda as USCG Commandant visits IMO*, abrufbar unter: [http://www.imo.org/Newsroom/mainframe.asp?topic\\_id=892%20&doc\\_id=4714](http://www.imo.org/Newsroom/mainframe.asp?topic_id=892%20&doc_id=4714); (Zugriff: 08.05.2009).
- International Maritime Organisation (1982). *United Nations Convention on the Law of the Sea (UNCLOS)*.
- Intertanko - International Association of Independent Tanker Owners (2008). *PIRATES IN SOMALIA THREATEN LIVES OF SEAFARERS AND THE SECURITY OF WORLD TRADE*, Press release 29.09.2008, abrufbar unter: <http://www.ship.gr/news4/intertanko3.htm>; (Zugriff: 30.04.2009).
- IRIN (2008a). *YEMEN-AFRICA: UNHCR calls for help to stem rising tide of African migrants*, abrufbar unter: <http://www.irinnews.org/Report.aspx?ReportId=78308>; (Zugriff: 03.06.2009).
- IRIN (2008b). *YEMEN: Government to consider new law for asylum seekers*, abrufbar unter: <http://www.alertnet.org/thenews/newsdesk/IRIN/3bc90c2ea050b4e44ef2044ebc63d03d.htm>; (Zugriff:04.05.2009).
- ITOPF – International Tanker Owners Pollution Federation (2003). *Red Sea & Gulf of Aden, Regional Profiles*, abrufbar unter: <http://www.itopf.com/information-services/country-profiles/documents/redsea.pdf>; (Zugriff: 30.04.2009).

## K

- Kammerer-Grothaus, Helke (2000). *Von Argonauten und Piraten in der Antike*, in: Hartmut Roder (Hrsg.): *Piraten – Die Herren der Sieben Meere*, Edition Temmen, Bremen.
- Keohane, O. Robert (2005, First edition 1984). *After Hegemony – Cooperation and Discord in the World Political Economy*, Princeton/Oxford.

- Keohane, O. Robert, Nye, S. Joseph (1977). *Power and Interdependence. World Politics in Transition*, Boston/Toronto.
- Kopp, Horst (Hrsg.) (2005). *Länderkunde Jemen*, Reichert Verlag, Wiesbaden
- Krasner, Stephan D. (1983). *International Regimes*, Ithaca.
- Krosigk, Friedrich von (1992). *Interamerikanische Beziehungen im Zeichen turbulenter Interdependenz*, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte* 28, S. 23-31.

## L

- Leggiere, Phil (2008). *Piracy at Sea: A 21st Century Threat*, Homeland Security Today, abrufbar unter: [http://www.hstoday.us/index2.php?option=com\\_content&do\\_pdf=1&id=3717](http://www.hstoday.us/index2.php?option=com_content&do_pdf=1&id=3717); (Zugriff: 25.05.2009).
- Lehr, Peter (2009). *Maritime Terrorism: Locations, Actors, and Capabilities*, in: Burns, Rupert Herbert/ Bateman, Sam/ Lehr, Peter (Hrsg.), *Lloyd's MIU Handbook of Maritime Security*, Boca Raton/ London/ New York.
- Lennox, Patrick (2008). *Contemporary Piracy off the Horn of Africa*, Canadian Defense & Foreign Affairs Institute, Calgary.
- Lieckfeld, Claus-Peter (2006). *Immer wieder Jemen - Geständnisse eines reisenden Wiederholungstäters*, in: *Die Zeit*, Nr. 2, 05.01.2006, Hamburg.
- Lowe, Christian (2009). *Yemen could be „another Afghanistan“*, Reuters, abrufbar unter: <http://www.alertnet.org/thenews/newsdesk/LH871314.htm>; (Zugriff: 18.06.2009).

## M

- Maihold, Günther/ Petretto, Kerstin (2008). *Gefahrenabwehr auf See*, SWP Aktuell-56, Berlin.
- Manea, Elham (1998). *YEMEN, THE TRIBE AND THE STATE*, abrufbar unter: [http://home.hetnet.nl/~wec/library/WEC\\_pdf/YemenTribeAndState\\_1995.pdf](http://home.hetnet.nl/~wec/library/WEC_pdf/YemenTribeAndState_1995.pdf); (Zugriff 06.06.2009).
- Mayring, Philipp (2000). *Qualitative Inhaltsanalyse*, FORUM: QUALITATIVE SOZIALFORSCHUNG.
- Martin, Peter (2009). *Security in the Maritime Sector of the Liquefied Natural Gas Industry*, in: Burns, Rupert Herbert/ Bateman, Sam/ Lehr, Peter (Hrsg.), *Lloyd's MIU Handbook of Maritime Security*, Boca Raton/ London/ New York.

- Microsoft Encarta (2009). *Rentenstaat*, *Enzyklopädieartikel*, abrufbar unter: [http://de.encarta.msn.com/encyclopedia\\_1201509219/Rentenstaat.html](http://de.encarta.msn.com/encyclopedia_1201509219/Rentenstaat.html); (Zugriff: 23.06.2009).
- Miller, Derek B. (2003). *Demand, Stockpiles and Social Controls: Small Arms in Yemen*, Small Army Survey, Occasional Paper No. 9, Genf.
- Mirak-Weißbach, Muriel (2004). *Von der "Arabia felix" zum modernen Jemen*, in: Journal Schiller Institut, Jahrgang 2004, abrufbar unter: <http://www.schiller-institut.de/seiten/journal/archiv/jemen.htm>; (Zugriff: 06.06.2009).
- Monitoring Group (2006). *Report of the Monitoring Group on Somalia pursuant to Security Council resolution 1676 (2006)*.
- MRAG – Marine Resources Assessment Group Ltd (2005). *Review of Impacts of Illegal, Unreported and Unregulated Fishing on Developing Countries*, London.
- Murphy, N. Martin (2007). *CONTEMPORARY PIRACY AND MARITIME TERRORISM – The threat to international security*, ADELPHI PAPER 388, London.
- MSF (2008). *NO CHOICE: Somali and Ethiopian Refugees, Asylum Seekers and Migrants Crossing The Gulf of Aden*, MSF Report June 2008.
- Meyer, Günter (1986). *Arbeitsemigration, Binnenwanderung und Wirtschaftsentwicklung in der Arabischen Republik Jemen*, Wiesbaden.
- Mus'ed, Fuad/ Saeed, Ali (2009). *Protesters attack security in southern governorates*, in: Yemen Times online, 29.04.2009, abrufbar unter: <http://yementimes.com/article.shtml?i=1255&p=front&a=2>; (Zugriff: 02.05.2009).
- Musse, Gabobe Hassan/ Tako, Mahamud Hassan (1999). *ILLEGAL FISHING AND DUMPING HAZARDOUS WASTES THREATEN THE DEVELOPMENT OF SOMALI FISHERIES AND THE MARINE ENVIRONMENT*, abrufbar unter: <http://www.geocities.com/gabobe/illegalfishing.html>; (Zugriff: 28.04.2009).

## N

- News Yemen (2008). *We need to be cared like Somalis: Yemeni citizens*, (Zugriff: 15.05.2009).
- Nordquist, Myron H. (Hrsg.) et. alt. (1995). *UNITED NATIONS CONVENTION ON THE LAW OF THE SEA 1982 – A COMMENTARY 3*, Center for Oceans Law and Policy, University of Virginia School of Law, Virginia.



NTV (2009). *"Wir stehen vor einer Notsituation" - Somalia ruft um Hilfe*, abrufbar unter: <http://www.n-tv.de/politik/meldungen/Somalia-ruft-um-Hilfe-article375475.html>; (Zugriff: 27.06.2009).

## O

Office of Counterterrorism, U.S. Department of State (2002). *Terrorist Attack in Yemen Has Serious Economic Impact - Yemeni shipping industry harmed by Oct. 6 attack*, abrufbar unter: <http://tinyurl.com/ms5r26>; (Zugriff: 02.05.2009), Washington, DC.

Ong, Graham Gerard (2004). *'Ships Can Be Dangerous Too': Coupling Piracy and Maritime Terrorism in Southeast Asia's Maritime Security Framework*, ISEAS Working Paper: International Politics & Security Issues Series No. 1, Singapur.

Osler, David (2008). *Blackwater sends warship to Gulf of Aden*, Lloyd's List, abrufbar unter: <http://www.lloydslist.com/ll/news/blackwater-sends-warship-to-gulf-of-aden/20017581692.htm>; (Zugriff: 13.07.2009).

## P

Pfeifer, Sylvia (2009). *Aegis to help combat piracy off Somali coast*, in: The Financial Times, 21.04.2009, abrufbar unter: <http://www.ft.com/cms/s/0/f236ca0c-2e01-11d1-9eba-00144feabdc0.html>; (Zugriff: 06.05.2009).

Phoenix Intelligence Support Services (2009). *Internationales Gipfeltreffen zur Piratenbekämpfung in Kairo, Ägypten, einberufen*, abrufbar unter: [http://www.presseportal.de/pm/75371/1397362/phoenix\\_intelligence\\_support\\_service\\_s\\_inc\\_anti\\_piracy\\_unit](http://www.presseportal.de/pm/75371/1397362/phoenix_intelligence_support_service_s_inc_anti_piracy_unit); (Zugriff: 06.05.2009).

## R

Raymond, Catherine Zara/ Morrien, Arthur (2009). *Security in the Maritime Domain and Its Evolution Since 9/11*, in: Burns, Rupert Herbert/ Bateman, Sam/ Lehr, Peter (Hrsg.), *Lloyd's MIU Handbook of Maritime Security*, Boca Raton/ London/ New York.

Reuters (2009). *Qaeda bomber behind Yemen attack trained in Somalia*, abrufbar unter: <http://www.reuters.com/article/worldNews/idUSTRE52G26G20090317>; (Zugriff: 10.06.2009).

Rieger, Günter (2004). *Flüchtlinge/Flüchtlingspolitik*, in: Nohlen, Dieter/ Schultze, Rainer-Olaf, (2004). *Lexikon der Politikwissenschaft, Band 1 A-M*, C.H.Beck, München.

Rieger Günter (2002). *Migration*, in: Nohlen, Dieter/ Schultze, Rainer-Olaf (2002). *Lexikon der Politikwissenschaft, Band 1 A-M*, C.H.Beck, München.

- Roder, Hartmut (2002). *Piraten – Abenteuer oder Bedrohung*, Edition Temmen, Bremen.
- Ruf, Werner (2003). *Private Militärische Unternehmen*, in: Ruf, Werner (Hrsg.), *Politische Ökonomie der Gewalt. Staatszerfall und die Privatisierung von Gewalt und Krieg*, Opladen.
- Ryu, Alisha (2008). *Somali Opposition Factions to Hold Talks in Yemen*, Global Security, abrufbar unter: <http://www.globalsecurity.org/military/library/news/2008/07/mil-080701-voa02.htm>; (Zugriff: 15.05.2009).

## S

- Saba (2009a). *African refugees, increasing burden on Yemen*, abrufbar unter: <http://www.sabanews.net/en/news174085.htm>; (Zugriff: 03.06.2009).
- Saba (2009b). *Police capture African immigrants*, abrufbar unter: <http://www.sabanews.net/en/news186563.htm>; (Zugriff: 16.06.2009).
- Saba (2009c). *Al-Qaeda Saudi national surrenders to Yemen*, abrufbar unter: <http://www.sabanews.net/en/news186817.htm>; (Zugriff: 27.06.2009).
- Salehyan, Idean/ Gleditsch, Kristian Skrede (2006). *Refugees and the Spread of Civil War*, in: *International Organization, Volume 60, Number 2, Spring 2006*.
- Sauer, Birgit (2008). *Methodologie politischer Ideengeschichte: Hermeneutik*, Nachlese Vorlesung Politische Theorien und Ideengeschichte, abrufbar unter: <http://birgitsauer.org/SoSe%202008/VO%20Politische%20Theorien/nachlese.php>; (Zugriff: 20.06.2009).
- Scahill, Jeremy (2007). *Blackwater. Der Aufstieg der mächtigsten Privatarmeen der Welt*, Verlag Antje Kunstmann, München
- Schlichte, Klaus (2005). *Einführung in die Arbeitstechniken der Politikwissenschaft*, Opladen.
- Schneckener, Ulrich (2006). *States at Risk. Zur Analyse fragiler Staatlichkeiten*, in: Schneckener, Ulrich (Hrsg.), *Fragile Staatlichkeiten – „States at Risk“ zwischen Stabilität und Scheitern*, Nomos Verlag, Berlin.
- Schneckener, Ulrich (2003). *Staatszerfall als globale Bedrohung. Fragile Staaten und transnationaler Terrorismus*, in: *Internationale Politik*, 58, 11, Berlin.
- Schofield, Clive (2008). *Horn of Africa Conflicts Threaten U.S. Anti-Terrorism Efforts*, Jane's Intelligence Review, Coulsdon.
- Singapore Government. *FACTSHEET ON THE REGIONAL COOPERATION AGREEMENT ON COMBATING PIRACY AND ARMED ROBBERY AGAINST SHIPS IN ASIA (RECAAP)*, abrufbar unter: [http://app.mot.gov.sg/data/ReCAAP%](http://app.mot.gov.sg/data/ReCAAP%20)

20factsheet%20\_Nov06\_%20%5BFINAL%5Das%20of%20281106.pdf; (Zugriff: 12.05.2009), Singapur.

Solomon, John (2007). *Expansion of Yemen's Refining Capacity Raises Terrorism Concerns*, in: Terrorism Focus Volume: 4, Issue: 16, The Jamestown Foundation, Washington, DC.

Steffen, Hans (1979). *Population geography of the Yemen Arab Republic*, Wiesbaden.

Struck, Peter (2004). *Erklärung der Bundesregierung durch den Bundesminister der Verteidigung, Dr. Peter Struck, am 11. März 2004 in Berlin*, abrufbar unter: <http://tiny.cc/mGye5>; (Zugriff: 15.06.2009), Berlin

Styckow, Petra/ Daase, Christopher et.al. (2009). *Politikwissenschaftliche Arbeitstechniken*, Paderborn.

Süddeutsche (2009). *Flüchtlinge als Schutzschilde*, abrufbar unter: <http://www.sueddeutsche.de/panorama/783/465375/text/>; (Zugriff: 10.06.2009).

## T

Tagesschau (2007). *Bootsflüchtlinge aus Ostafrika - Höllenfahrt der Hoffnungslosen*, abrufbar unter: <http://www.tagesschau.de/ausland/meldung32094.html>; (Zugriff: 03.06.2009).

Tarcici, Adnan (1972). *The Queen of Sheba's land Yemen (Arabia Felix)*, Beirut.

Terlinden, Ulf (2008). *Konfliktporträt Somalia*, bpb – Bundeszentrale für politische Bildung, abrufbar unter: <http://www.bpb.de/themen/SMLQ7U,0,0,Somalia.html>; (Zugriff: 18.06.2009).

The fund for Peace (2008). *Failing State Index 2008*, Washington, D.C., abrufbar unter: [http://www.fundforpeace.org/web/index.php?option=com\\_content&task=view&id=99&Itemid=323](http://www.fundforpeace.org/web/index.php?option=com_content&task=view&id=99&Itemid=323); (Zugriff: 31.03.2009).

The International Crisis Group (2006). *Can the Somali crisis be contained?*, Africa Report No. 116, August 2006, Nairobi/ Brüssel.

The White House (2002). *National Security Strategy of the United States of Amerika*, Washington, D.C., abrufbar unter: <http://merln.ndu.edu/whitepapers/USnss2002.pdf>; (Zugriff: 27.03.2009).

Transparency International (2008). *Corruption Perceptions Index 2008*, abrufbar unter: [http://www.transparency.org/policy\\_research/surveys\\_indices/cpi/2008](http://www.transparency.org/policy_research/surveys_indices/cpi/2008); (Zugriff: 10.06.2009).

## U

- UKMTO, UK Maritime Trade Operations – Dubai (2006). *UKMTO Dubai Briefing 21 September 2006 Piracy & Maritime Crime (Horn of Africa)*, abrufbar unter: [http://www.rncom.mod.uk/uploadedFiles/RN/Maritime\\_Operations/0029\\_21Sep06.pdf](http://www.rncom.mod.uk/uploadedFiles/RN/Maritime_Operations/0029_21Sep06.pdf); (Zugriff: 30.05.2009).
- UN Division for Ocean Affairs and the Law of the Seas (2009). *Table recapitulating the status of the Convention and of the related Agreements, as at 5 February 2009*, abrufbar unter: [http://www.un.org/Depts/los/reference\\_files/status2008.pdf](http://www.un.org/Depts/los/reference_files/status2008.pdf); (Zugriff: 07.05.2009).
- UNHCR (2008). *UNHCR chief opens Yemen conference on Gulf of Aden crossings*, abrufbar unter: <http://tiny.cc/ijd3q>; (Zugriff: 20.06.2009).
- UNHCR (2008a). *UNHCR Country Operations Plan Yemen 2008/2009*.
- UNHCR (2007). *Global Report Yemen*, abrufbar unter: [www.unhcr.org/publ/PUBL/48490a552.pdf](http://www.unhcr.org/publ/PUBL/48490a552.pdf); (Zugriff: 03.06.2009).
- UNHCR (?). *Die Genfer Konvention von 1951 über die Rechtsstellung der Flüchtlinge: Ihre Bedeutung in der heutigen Zeit*, abrufbar unter: [http://www.unhcr.ch/include/fckeditor/custom/File/06\\_GFK\\_Bedeutung\\_heute\(1\).pdf](http://www.unhcr.ch/include/fckeditor/custom/File/06_GFK_Bedeutung_heute(1).pdf); (Zugriff: 03.06.2009).
- United Nations Organisation (1988). *Convention for the suppression of unlawful acts against the safety of maritime Navigation*, abrufbar unter: <http://untreaty.un.org/English/Terrorism/Conv8.pdf>; (Zugriff 27.04.2009).
- United States Committee for Refugees (2008). *Ratios of Refugees to Host Country Population*, in: *World Refugee Survey 2008*, abrufbar unter: <http://www.refugees.org/article.aspx?id=2182>; (Zugriff: 04.06.2009).
- United States Committee for Refugees (2009). *Yemen 2008 Summary*, abrufbar unter: <http://www.worldrefugeesurvey.org/index.php?title=Yemen>; (Zugriff: 05.07.2009).
- UN- Sicherheitsrat (2008a). *Resolution 1816 (2008)*, S/RES/1816.
- UN- Sicherheitsrat (2008b). *Resolution 1838 (2008)*, S/RES/1838.
- UN- Sicherheitsrat (2008c). *Resolution 1846 (2008)*, S/RES/1846.
- UN- Sicherheitsrat (2008d). *Resolution 1851 (2008)*, S/RES/1851.
- UNV – United Nations Volunteers (2008). *Somali refugees in Yemen gain from UNV volunteer's expertise*, abrufbar unter: <http://www.unv.org/en/current-highlight/world-refugee-day-2008/doc/somali-refugees-in-yemen.html>; (Zugriff: 04.06.2009).
- USCRI (2008). *World Refugee Survey 2008, Country Report Yemen*, abrufbar unter: <http://www.refugees.org/countryreports.aspx?id=1340>; (Zugriff: 03.06.2009).

U.S. Navy (2009). *Navy Task Force, Partner Nations Deter Pirate Attacks*, abrufbar unter: [http://www.navy.mil/search/display.asp?story\\_id=42236](http://www.navy.mil/search/display.asp?story_id=42236); (Zugriff: 31.05.2009).

## W

Waldo, Mohammed Abshir (2009). *THE TWO PIRACIES IN SOMALIA: WHY THE WORLD IGNORE THE OTHER?*, abrufbar unter: [http://wardheernews.com/Articles\\_09/Jan/Waldo/08\\_The\\_two\\_piracies\\_in\\_Somalia.html](http://wardheernews.com/Articles_09/Jan/Waldo/08_The_two_piracies_in_Somalia.html); (Zugriff: 29.04.2009).

Waltz, Kenneth (1979). *Theory of World Politics*, New York.

Ward, Christopher (2001). *Yemen's water crisis*, The British-Yemeni Society, abrufbar unter: <http://www.al-bab.com/bys/articles/ward01.htm>; (Zugriff: 18.06.2009).

Weber, Max (1922). *Wirtschaft und Gesellschaft: Grundriss der verstehenden Soziologie*, Fünfte revidierte Auflage 1985, J.C.B. Mohr, Tübingen.

Wieland, Thomas (2009). *43 Schiffe, mehr Meer & Order of Battle*, abrufbar unter: [http://wiegold.focus.de/augen\\_geradeaus/2009/05/43-schiffe-mehr-meer-order-of-battle-update-.html](http://wiegold.focus.de/augen_geradeaus/2009/05/43-schiffe-mehr-meer-order-of-battle-update-.html); (Zugriff: 31.05.2009).

Worldbank, the (2006). *Yemen Development Policy Review*.

Worth, Robert F. (2009). Violence in Yemen Shows Growing Power of Insurgency, in: New York Times, 04.05.2009, abrufbar unter: [http://www.nytimes.com/2009/05/05/world/middleeast/05yemen.html?\\_r=1](http://www.nytimes.com/2009/05/05/world/middleeast/05yemen.html?_r=1); (Zugriff: 16.05.2009).

## Y

Young, Adam/ Valencia, Mark (2003). „*Piracy and Terrorism Threats Overlap*“, in: Washington Times 07.07.2003, Washington.

## **Anhang:**

### **Abkürzungsverzeichnis:**

AWZ – ausschließliche Wirtschaftszone

DVRJ – demokratische Volksrepublik Jemen

FAO – Food and Agriculture Organisation of the United Nations; Ernährungs- und Landwirtschaftsorganisation der Vereinten Nationen

GOA – Gulf of Aden; Golf von Aden

IB – internationale Beziehungen

IMB – International Maritime Bureau

INGO – International Non-Governmental Organisation; internationale Nichtregierungsorganisation

INGO's – Plural von INGO

IP – internationale Politik

ISPS – International Ship and Port Facility Security Code

ITLOS – International Tribunal for the Law of the Sea; Internationalen Seegerichtshof

IUU – illegal, unreported and unregulated Fishery; illegale, nicht gemeldete und unregulierte Fischerei

Lit. – litera

LNG – liquefied natural Gas; verflüssigtes Erdgas

MSPA – Maritime Security Patrol Area; durch Kriegsschiffe gesicherter Korridor am Golf von Aden

NAVFOR – Naval Force; Seestreitkräfte

NGO – Non-Governmental Organisation; Nichtregierungsorganisation

NGO's – Plural von NGO

NLF – nationale Befreiungsfront; im Südteil des Jemens tätig

OECD – Organisation for Economic Co-operation and Development; Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung

PMU – Private militärische Unternehmen

ReCAAP – Regional Cooperation Agreement on Combating Piracy and Armed Robbery against Ships in Asia

Sm – Seemeilen

SOLAS – International Convention for the Safety of Life at Sea; Internationales Übereinkommen zum Schutz des menschlichen Lebens auf See

SRÜ – Seerechtsübereinkommen der Vereinten Nationen

SUA – Convention for the Suppression of Unlawful Acts Against the Safety of Maritime Navigation

TEU – Twenty-foot Equivalent Unit; Standardcontainer

UIC – Union islamic courts; Union islamischer Gerichtshöfe

UN – United Nations; Vereinigte Nationen

UNCLOS – United Nations Convention on the Law of the Seas; Seerechtsübereinkommen der Vereinten Nationen

UNESCO – United Nations Educational, Scientific and Cultural Organization; Organisation der Vereinten Nationen für Erziehung, Wissenschaft und Kultur

UNHCR – United Nations High Commissioner for Refugees; Hoher Flüchtlingskommissar der Vereinten Nationen

Abbildung 14: Schmugglerrouten / Flüchtlingsrouten<sup>80</sup>



<sup>80</sup> Quelle: UNHCR, abrufbar unter: <http://www.alertnet.org/thefacts/satelliteimages/121248478672.htm> ; (Zugriff: 05.07.2009)



## **Abstract**

Die moderne Republik Jemen, erst 1990 durch die Vereinigung des Süd- und Nordteils entstanden, ist ein faszinierendes Land im Herzen einer geopolitisch sehr sensiblen Region. Dennoch ist hierzulande nur sehr wenig über Jemen und dessen politisches System bekannt. In einem ersten Schritt werden in dieser Arbeit daher Besonderheiten der jemenitischen Politik und Gesellschaft, wie etwa die Stamm-Staat Beziehungen, die institutionalisierte Informalität und der Patrimonialismus analysiert sowie geschichtliche und gesellschaftliche Besonderheiten beschrieben. Dabei wird deutlich, dass die Republik zahlreichen Problemen wie beispielsweise Ressourcenknappheit (ganz dramatisch zeigt sich dies bei Trinkwasser), Separatismus, Abhängigkeit von Ölexport und Terrorismus gegenübersteht. Das Hauptaugenmerk der Arbeit liegt jedoch auf einer zusätzlichen, von außen hinzutretenden und bisher vernachlässigten Dimension von Herausforderungen für den jemenitischen Staat und dessen Bevölkerung. Denn nur wenige Kilometer vor der Küste Jemens, durch den Golf von Aden getrennt, liegt Somalia. Ein Land das seit dem Sturz des Regimes von Siad Barre als Lehrbuchbeispiel eines sogenannten „failed States“ bezeichnet werden kann. Die anhaltend chaotischen, rechtlosen und humanitär katastrophalen Zustände in Somalia führen dazu, dass Nachbarstaaten, darunter besonders auch Jemen, mit massiven Auswirkungen des Konflikts konfrontiert sind. Innerhalb dieser Arbeit werden die transkontinentalen Auswirkungen des Konflikts in Somalia auf die Republik Jemen aufgezeigt und systematisch analysiert. Der Fokus liegt auf der Aufarbeitung von zwei sehr unterschiedlichen Thematiken, die beide ihre Ursache in Somalia haben. Dabei handelt es sich einerseits um den massiven Zustrom an Flüchtlingen von Somalia nach Jemen und andererseits die Situation der Piraterie am Golf von Aden. Diese stellen nicht nur die Republik Jemen, sondern auch die internationale Staatengemeinschaft vor bisher ungelöste Probleme. Bei genauerer Betrachtung stellt sich heraus, dass die zunächst sehr verschieden anmutenden Themen eng miteinander verwoben sind und die ohnehin fragile Staatlichkeit des Jemens zusätzlich unterminieren. In weiterer Folge wird versucht, exemplarisch Reaktionsmöglichkeiten des Jemen, wie etwa Aufrüstung seiner militärischen Kapazitäten, eine Regimebildung oder einen „policy change“ aufzuzeigen und deren Nutzen und Kosten gegeneinander abzuwägen.

## **Abstract**

The modern Republic of Yemen, formed in 1990 by the unification of the southern and northern part, is a fascinating country in the very heart of a geopolitically sensitive region. Nevertheless, in the Western region knowledge about Yemen and its political system are very little. This work details Yemeni politics and society, by analyzing the tribe-state relations, the institutionalized informality and the phenomenon of Patrimonialism and describing the historical and social peculiarities. It becomes apparent that the Republic is faced with numerous problems such as scarcity of resources, separatism, dependence on oil exports and terrorism. The main part in this paper is devoted to an additional and often neglected dimension of challenges for the Yemeni government and its people. Only a few kilometers off the coast of Yemen, separated by the Gulf of Aden, is Somalia - a country which can be described as a prototype of a "failed state". The continuing chaotic, lawless and humanitarian conditions in Somalia have lead to a massive impact on neighboring countries, including especially Yemen. Within this paper, the trans-continental effects of the conflict in Somalia to the Republic of Yemen are identified and systematically analyzed. The paper is mainly focused on two very different issues of impacts on Yemen, which are caused by the situation in Somalia, namely, the massive influx of refugees from Somalia to Yemen, and the situation of piracy in the Gulf of Aden. The modern Somali piracy confronts not only Yemen, but also the international community with unsolved problems. In this paper possible solutions are proposed such as upgrading the military capabilities of Yemen, establishing a regime or a policy-change.

## **LEBENS LAUF:**

### **PERSÖNLICHE DATEN**

Name: Zadra  
Vorname: Daniel  
Geburtstag: 24. Dezember 1984  
Geburtsort: Bregenz  
Staatsangehörigkeit: Österreich  
Mail: daniel@zadra.biz

### **AUSBILDUNG**

Seit 10.2007 Weiterführung des Studiums an der Universität Wien; Rechtswissenschaften (erster und zweiter Abschnitt abgeschlossen) und Politikwissenschaft  
10.2006-09.2007 Studium an der Karlsuniversität Prag; Socrates/Erasmus Programm „Czech Legal System in European Context“  
SS 2004- 2006 Studium an der Universität Wien; Rechtswissenschaften und Politikwissenschaft  
2003 Matura am BORG Dornbirn Schoren mit Auszeichnung bestanden

### **BESONDERE WEITERBILDUNGEN UND KENNTNISSE**

- Teilnahme an der 26. Internationalen Sommerakademie des Österreichischen Studienzentrums für Frieden und Konfliktlösung, Burg Schlaining. Präsentation der Diplomarbeit im Rahmen des JungforscherInnenworkshop und Publikation in der SAFRAN Reihe (voraussichtliches Erscheinungsdatum Frühjahr 2010).
- Teilnahme an der Studienreise des akademischen Forums für Außenpolitik; Islamische Republik Iran (mit Hauptfokus auf die internationalen Organisationen), Juli 2008.
- Publikation im Verlag der Karlsuniversität Prag zum Thema: „Raumplanung und Umweltschutz am Beispiel des Bundeslandes Vorarlberg“, In: Janko, Andreas/ Damohorsky, Milan (Hrsg.), Sammelband: "Raumordnung und Umweltschutz in Österreich und in der Tschechischen Republik“, Prag/Linz, 2007
- Teilnahme und Präsentation im Rahmen des Fachseminars der Karlsuniversität Prag und Universität Linz zum Thema „Raumordnung und Umweltschutz in Österreich und der Tschechischen Republik“, Mai 2007.
- Studienreise - Republik Jemen (Sana´a, Taizz, Hadramaut und Küstenregion), Februar 2007.
- Abschluss des Studienprogramms „Czech Legal System in European Context“, Prag

## **BERUFLICHE TÄTIGKEITEN**

Sommer 2008	Praktikum bei BVMKW (Betreibervereinigung Motorkraftwerke), Energieversorgungsunternehmen in Ludwigsburg - Bundesrepublik Deutschland
1.4.2007-30.6.2007	Praktikum bei der österreichischen Außenhandelsstelle in Prag - Tschechische Republik
Sommer 2006	Rechtshörerschaft - Bezirksgericht Dornbirn
2005	Verschiedene Tätigkeiten für Fessel GfK, Institut für Marktforschung - Wien
2003 / 2004	Zivildienst; Verein „DOWAS“ der Ort für Wohnungs- und Arbeitssuchende - Bregenz

